



ANTRAGSBUCH ZUR LDK 1.25

Inhalt

Vorschlag zur Geschäftsordnung	3
Anträge	6
Antragsbereich A: Arbeit und Soziales	7
A1_1/25 Deine Zeit gehört dir: Gerechte Arbeit beginnt beim Pendelweg	7
A2_1/25 Saisonarbeiter*innen schützen!	8
A3_1/25 Warmer Punsch statt sozialer Kälte: Sozialistische Wintermärkte für alle!	10
A4_1/25 Kein Zuckerbrot, keine Peitsche - betriebliche Aktivprämien verbieten.....	11
A5_1/25 Unsichtbares sichtbar machen - für eine Aufwertung der Reinigungsarbeit.....	12
A6_1/25 Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende und Geduldete erleichtern.....	14
Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung	15
B1_1/25 Dicke Luft in der Schule? Nicht mit uns!	15
B2_1/25 Erasmus für alle - auch für Azubis!.....	17
B3_1/25 Azubi ist Azubi – Einheitliche Rechte für alle!.....	20
Antragsbereich D: Digitales und Netzpolitik	22
D1_1/25 Eine digitale Brandmauer errichten	22
D2_1/25 Unsere Demokratie ist nicht kaufbar - Gegen den Einfluss von Tech-Milliardären!...25	
Antragsbereich E: Europa und internationale Beziehungen	28
E1_1/25 Wo rohe Kräfte sinnlos walten - für ein Umdenken der Rohstoffpolitik.....	28
E2_1/25 Resolution: Kein imperialistischer Frieden in der Ukraine	30
E3_1/25 Gegen den Druck von Antifeminist*innen - Intersektionales Erinnern an sog. Trostrfrauen!	32
E4_1/25 All eyes on Sudan!	34
Antragsbereich F: Finanzen und Steuern	37
F1_1/25 In die Zukunft steuern!	37
F2_1/25 Die Strompreise müssen runter – für eine sozial gerechte und schnelle Energiewende	40
F3_1/25 Millionenerben müssen nicht geschont werden: Für eine Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung und weiterer Steuertricks	42
Antragsbereich I: Inneres und Justiz	44
I1_1/25 Antragsfrist für Überlebende von häuslicher Gewalt	44
I2_1/25 In the rich man’s democracy? Mehr Transparenz wagen!	47
I3_1/25 Verbreitung von Vergewaltigungsvideos: Schluss mit der Straflosigkeit!	49
I5_1/25 Gefängnisreform: Rückfallquote senken – Resozialisierung stärken	52
I6_1/25 Armenkontrollen beenden - Ran an die großen Summen!.....	54

I7_1/25 Reformation des MedCanG und KCanGs.....	56
I8_1/25 Großveranstalter:innen an Polizeikosten beteiligen	58
I9_1/25 Wo Alkohol drin ist, muss auch Alkohol drauf stehen	59
I10_1/25 Wasserversorgung obdachloser Menschen im Sommer sicherstellen!	61
Antragsbereich O: Organisation und Parteireform	63
O1_1/25 Nein zu stigmatisierenden Begriffen!.....	63
O2_1/25 Nähe in überfordernden Zeiten vermitteln - Die SPD als Partei der Menschen von Jung bis Alt	65
O3_1/25 Antifa ist nicht gleich Antirassismus: Was wir besser machen müssen	70
Antragsbereich W: Wohnen, Bauen & Stadtentwicklung	72
W1_1/25 Wenn Law & Order, dann für Mieter*innen: Entschlossenes Vorgehen gegen Verstöße gegen das Mietrecht!.....	72
W2_1/25 Auch Tauben haben ein Recht auf besseres Leben	74
W3_1/25 Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt – Für einen umfassenden Diskriminierungsschutz im Wohnungswesen	76
W4_1/25 Wohnen ist ein Grundrecht!	79
W5_1/25 Studentisches Wohnen an BAföG Wohnpauschale anpassen!	81
Antragsbereich Z: Zivilgesellschaft und Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen.....	82
Z1_1/25 Resolution: Alle zusammen gegen den Faschismus! Trotz AfD und alledem	82
Z2_1/25 Klares Bekenntnis zur Antidiskriminierung!	84
Z3_1/25 Die Zivilgesellschaft ist die Brandmauer!	85
Z4_1/25 Zivilgesellschaft schützen	87

Vorschlag zur Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisvollversammlungen gewählten Delegierten.
2. Rederecht haben die ordentlichen Delegierten, die Mitglieder des Landesvorstandes, alle Gäste, die vom Landesvorstand oder dem erweiterten Landesvorstand offiziell eingeladen sind, sowie alle anwesenden Jungsozialist*innen.
3. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
4. Die Landesdelegiertenkonferenz wählt ein mindestens zweiköpfiges Präsidium, eine Mandatsprüfungs- sowie eine Wahl- und Zählkommission.
5. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.
6. Die Redezeit für die Diskussionsredner*innen darf 3 Minuten nicht überschreiten.
7. Je Antrag stellender Gliederung müssen die Anträge zu mindestens 40 Prozent von Frauen eingebracht werden. Zu Beginn der Landesdelegiertenkonferenz melden die antragstellenden Gliederungen dem Präsidium die Personen, welche Anträge einbringen werden. Das Präsidium überprüft die Quotierung. Wird diese nicht erreicht, erklären die antragstellenden Gliederungen, für welche Anträge sie auf die mündliche Einbringung verzichten, um die Quotierung zu erreichen. Diese Regelung findet keine Anwendung, wenn eine antragstellende Gliederung nur einen einzelnen Antrag stellt. Änderungs- und Initiativanträge sind von dieser Regelung nicht betroffen. Das Ziel bleibt ein 50-prozentiger Redeanteil von Frauen.
8. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt: Getrennt nach Frauen, Männern und divers identifizierten Personen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhalten Personen der drei Geschlechtskategorien dann jeweils im Wechsel weiblich/ männlich/ divers nach dem Reißverschlussprinzip. Damit die Geschlechtsidentitäten nicht aus den Vornamen abgeleitet werden, vermerken die Redner*innen ihre Pronomen auf

der Wortmeldekarte. Zu der Redeliste zählt bereits die Einbringung des Antrages. Nach der Antragseinbringung ist ein einzelner Redebeitrag zur Erwiderung auch dann möglich, wenn keine weitere Frau mehr auf der Redeliste steht. Anschließend gilt Punkt 9.

9. Wenn keine Frauen mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste für drei Cis-Männer geöffnet werden. Danach ist die Liste wieder geschlossen. Auf Antrag kann die Liste wiederum für drei weitere Cis-Männer geöffnet werden, worüber nur noch die FINTA-Delegierten abstimmen. Sobald sich FINTA melden, wird wieder nachquotiert.
10. Das Recht Geschäftsordnungs-, Initiativ- und Änderungsanträge zu stellen haben alle Delegierten, die Juso-Kreise, der Landesvorstand, die Landesarbeitskreise sowie die Juso-Hochschulgruppen.
11. Anträge und Änderungsanträge haben in einer geschlechtergerechten und diskriminierungsfreien Schreibweise eingereicht zu werden. Ist dies nicht oder nur unzureichend der Fall, ermöglicht das Präsidium der*dem oder den Antragsteller*innen, die Schreibweise unverzüglich zu korrigieren. Geschieht diese Korrektur nicht, wird der Antrag nicht befasst.
12. Initiativanträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 15 Delegierten aus drei Kreisen unterstützt werden und wenn der Anlass für den Antrag nach Ablauf der Frist für Anträge (09.03.2025) entstanden ist. Frist für die Abgabe der Initiativ- und Änderungsanträge mit den erforderlichen Unterschriften ist Samstag, 05. April 2025, eine Stunde nach Konferenzbeginn. Personalvorschläge und Nominierungen sind dem Präsidium ebenfalls bis Samstag, 05.04.2025, eine Stunde nach Konferenzbeginn zuzuleiten.
13. Änderungsanträge zu einem späteren Zeitpunkt werden nur zugelassen, wenn die*der Antragsteller*in Neuformulierungen auf der Basis der eingereichten Änderungsanträge vorlegt oder wenn zwei Drittel des Präsidiums einen nach Ablauf der Antragsfrist eingereichten Änderungsantrag als wesentlich für den Fortgang der Beratung erachten.
14. Änderungsanträge, die nach dem im Antragsbuch veröffentlichten Kopierschluss (30.03.2025, 23:59 Uhr) eingereicht werden, können nicht von der*dem Antragsteller*in des Ursprungsantrags übernommen werden. Sie müssen – sofern sie aufrechterhalten werden –

der Landesdelegiertenkonferenz zur Abstimmung vorgelegt werden. Änderungsanträge sind in schriftlicher oder elektronischer Form einzureichen. Die Formatvorgaben sind dabei zu beachten.

15. Änderungsanträge können von der*dem Antragssteller*in des Ursprungsantrags übernommen werden. Durch Geschäftsordnungsantrag kann die Abstimmung des Änderungsantrags gefordert werden. Sollte die Abstimmung zum Änderungsantrag eröffnet werden, wird die Gegenrede zum Änderungsantrag von dem*der Antragssteller*in des GO-Antrags gehalten. Die Debatte kann dann – wie andere Änderungsantragsdebatten – über erneuten Geschäftsordnungsantrag geöffnet werden.

16. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission begründen Vertreter*innen der unquotierten Delegationen, welche Maßnahmen zur Förderung von Frauen ihres Kreises sie bereits geplant haben, um die Ursachen der mangelnden Repräsentanz von Frauen in ihren Delegationen bis zur nächsten Landeskonferenz zu beheben. Dieser Fall tritt ein, wenn weniger als 40% der anwesenden angemeldeten Delegierten einer Delegation zum Zeitpunkt der Mandatsprüfung Frauen sind. Diese Rechenschaft ist Pflicht.

Anträge

Antragsbereich A: Arbeit und Soziales

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

A1_1/25 Deine Zeit gehört dir: Gerechte Arbeit beginnt beim Pendelweg

1 Wir kämpfen seit jeher für bessere Arbeitsbedingungen – dazu gehören Arbeitszeitverkürzungen, eine
2 bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben sowie eine faire Bezahlung. Da der Arbeitsweg für die
3 meisten Arbeitnehmer*innen eine notwendige Voraussetzung ist, um ihre Arbeit überhaupt
4 auszuführen, sollte dieser ebenso gerecht entlohnt werden.

5 Stress und andere gesundheitliche Probleme beginnen nicht am Arbeitsplatz, sondern oft schon auf
6 dem Hinweg. Menschen mit langen Pendelwegen haben nachgewiesen mehr Stress und weniger freie
7 Zeit im Alltag. Außerdem gehen lange Pendelwege mit einem erhöhten Risiko für psychische
8 Krankheiten wie Depressionen und anderen körperlichen Beschwerden (z.B. Kopf- und
9 Rückenschmerzen, Herzinfarkt) einher. Eine Entlohnung des Arbeitsweges ist daher auch ein Anstoß
10 für Unternehmen, Home-Office Möglichkeiten, dezentrale Büros, flexiblere Arbeitszeiten und
11 Ähnliches anzubieten.

Arbeitswege intersektional denken:

12 FINTA Personen haben oft längere und kompliziertere Arbeitswege, was an mehrere Faktoren
13 gekoppelt ist. Ein Grund besteht in einer Stadtplanung, die sich an weißen cis-Männern orientiert und
14 die Lebensrealitäten und Arbeitswege von FINTAs, queeren Personen, BIPOCs, Menschen mit
15 Behinderungen und anderen marginalisierte Gruppen nicht berücksichtigt. Hinzu kommen zusätzliche
16 Wege durch Care-Besorgungen. Unbezahlte Pendelzeit verstärkt die Auswirkungen von unbezahlter
17 Care-Arbeit.
18

19 Auch Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen haben häufig längere Wegzeiten, da sie
20 beispielsweise aufgrund hoher Mieten an den Stadtrand gedrängt werden. Hier stellt der bezahlte
21 Arbeitsweg eine wichtige soziale Ausgleichsmaßnahme dar.

22 Um eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben sicherzustellen, müssen Arbeitswege
23 zwingend mitgedacht werden.

Deswegen fordern wir:

- 25 • Arbeitswege zu Teilen staatlich und zu Teilen durch die Arbeitgeber*innen-Seite gerecht zu
26 entlohnen, zum Beispiel durch gesetzlich festgelegte Pauschalbeträge, die sich an der Dauer
27 des Arbeitsweges orientieren
- 28 • Gleichzeitig darf ein längerer Arbeitsweg kein Nachteil bei Bewerbungen sein. Dies gilt
29 insbesondere bei Arbeitnehmer*innen, die auf den ÖPNV angewiesen sind.
- 30 • zusätzliche Anreize zur Nutzung des ÖPNV und des Fahrrads. Denkbar ist hier eine (teilweise)
31 Subventionierung des Arbeitsweg-Lohns, wenn dieser per ÖPNV, zu Fuß oder Fahrrad
32 bewältigt wird.
- 33 • Arbeitsweg bleibt Arbeitsweg: Es muss sichergestellt werden, dass Arbeitgeber*innen nicht
34 verlangen, Arbeitsaufgaben auf den Hin- und Rückwegen zu erledigen.

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

A2_1/25 Saisonarbeiter*innen schützen!

1 Niedrige Löhne, überteuerte Unterkünfte und prekäre Arbeitsbedingungen prägen für viele
2 Saisonarbeiter*innen in Deutschland den Arbeitsalltag. Oft erhalten sie eine Bezahlung, die kaum zum
3 Leben reicht, in vielen Fällen wird der Mindestlohn systematisch umgangen. Gleichzeitig sind sie
4 gezwungen, in überteuerten und oft unzumutbaren Unterkünften zu wohnen, die ihnen von ihren
5 Arbeitgeber*innen vermittelt werden. Ihre Arbeitsverhältnisse sind geprägt von Unsicherheit, langen
6 Arbeitszeiten und mangelndem Schutz vor Ausbeutung. Da ihr Aufenthaltsstatus an den Arbeitsvertrag
7 gekoppelt ist, befinden sie sich in einer besonders abhängigen Position, in der sie sich kaum gegen
8 schlechte Bedingungen wehren können. Diese strukturellen Missstände müssen angegangen werden.
9 Der Aufenthaltsstatus von Saisonarbeiter*innen darf nicht mehr an das Arbeitsverhältnis gebunden
10 sein, denn die Kopplung des Aufenthaltsstatus an den Arbeitsvertrag macht Saisonarbeiter*innen zu
11 einer besonders vulnerablen Gruppe. Arbeitgeber*innen können sie damit erpressen und, auch an
12 Gesetzen wie dem Mindestlohn vorbei, zu menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten lassen. **Daher**
13 **fordern wir die Entkopplung des Aufenthaltstitel von Arbeitsverträgen.**

14 Die Unterbringung von Saisonarbeitenden ist vielerorts katastrophal, Mindeststandards für Hygiene
15 oder Privatsphäre werden oft missachtet. Trotz der schlechten Bedingungen werden oft regelrechte
16 Abzockmieten verlangt, mitunter bis zu 40 Euro pro Quadratmeter. Das ist deutlich mehr als in den
17 teuersten Stadtteilen deutscher Großstädte. Dieses Vorgehen dient der Umgehung des Mindestlohns.
18 So kann auf dem Papier der Mindestlohn gezahlt werden, während jedoch ein großer Teil des Gehalts
19 durch die Unterbringungskosten wieder entzogen wird. Daher fordern wir eine grundsätzliche
20 kostenlose Bereitstellung der Unterkunft durch die Arbeitgeber*innen. Es sollen staatliche
21 Unterkünfte für Saisonarbeiter*innen gestellt werden. Mieten müssen gedeckelt werden. Die
22 Unterkünfte müssen den grundlegenden Standards für Hygiene, Sicherheit und Privatsphäre
23 entsprechen.

24 Nicht selten müssen Saisonarbeiter*innen an staatlich festgelegten Standards vorbei arbeiten. Sie
25 werden dabei nicht angemeldet beschäftigt, sodass sie an Mindestlohn und Sozialversicherung vorbei
26 arbeiten müssen. Diese ausbeuterischen Verhältnisse müssen durch Kontrollen aufgedeckt und
27 bekämpft werden. **Daher fordern wir, dass die Kontrollen durch Zoll und andere relevante Behörden**
28 **besser ausfinanziert werden.**

29 Saisonarbeit ist ein kapitalistisches System: Saisonarbeiter*innen werden unzumutbaren
30 Arbeitsbedingungen ausgesetzt, während Supermärkte von ihrer Arbeit profitieren. Viele Supermärkte
31 arbeiten mit Unternehmen zusammen, die faire Standards nicht einhalten. Zudem verursachen
32 Supermarkt-Konzerne selbst einen hohen Preisdruck, da sie die Erzeugnisse nur zu Dumping-Preisen
33 abnehmen. Fehlende Transparenz über die Herkunft der Produkte und die Bedingungen, unter denen
34 sie produziert werden, begünstigt Ausbeutung. **Daher fordern wir, dass Abnahmepreise gesetzlich**
35 **festgelegt werden, die faire Löhne bei den Erzeugern ermöglichen. Mittelfristig sollen Supermärkte**
36 **vergesellschaftet werden,** um so faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen gewährleisten zu können.

37 Bis dahin müssen Supermärkte zur Transparenz über Arbeitsbedingungen verpflichtet werden und
38 Kooperationen mit ausbeuterischen Unternehmen ausgeschlossen werden.

39 Private Unternehmen folgen kapitalistischen Logiken: Die Maxime der Gewinnmaximierung führt dazu,
40 dass Löhne gedrückt werden und die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden, indem Arbeitszeiten
41 ausgeweitet, Schutzmaßnahmen reduziert und soziale Absicherungen minimiert werden. Daher
42 gehören Dienstleistungen, wie beispielsweise die Gebäudereinigung, in öffentliche Hand! Das stellt
43 sicher, dass Beschäftigte, darunter auch Saisonarbeiter*innen, fair behandelt und angemessen bezahlt
44 werden. **Daher fordern wir, dass öffentliche Dienstleistungen nicht an private Unternehmen**
45 **ausgelagert werden, sondern staatlich organisiert werden und rekommunalisiert werden.**

46 Saisonarbeiter*innen sehen sich Verstößen gegen ihre Rechte oft allein und mit wenig Rechtsbeistand
47 ausgesetzt. Das macht eine Bekämpfung der systematischen Probleme schwer. **Daher fordern wir die**
48 **Einführung eines Verbandsklagerechts für systematische Fälle.** Dies ermöglicht es Gewerkschaften
49 und anderen Interessenvertretungen, kollektiv gegen Missstände vorzugehen und die Rechte von
50 Saisonarbeiter*innen durchzusetzen. Zusätzlich braucht es unabhängige Beschwerde- und
51 Beratungsstellen, bei denen Saisonarbeiter*innen niedrigschwellige Unterstützungsangebote
52 erhalten.

53 Die Anwerbung von Saisonarbeiter*innen läuft meist privat ab. Diese Praxis führt zu Ausbeutung und
54 falschen Versprechen. **Daher fordern wir offizielle Ausschreibungen statt privater Anwerbung.** Die
55 Rekrutierung von Saisonarbeiter*innen soll ausschließlich über offizielle Ausschreibungen erfolgen, die
56 von zuständigen Behörden und Gewerkschaften begleitet werden. Private Anwerbeagenturen, die
57 unregulierte Arbeitsverhältnisse schaffen, müssen unterbunden werden.

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

A3_1/25 Warmer Punsch statt sozialer Kälte: Sozialistische Wintermärkte für alle!

1 Für viele ist die Weihnachtszeit vielleicht noch das Beste am Kapitalismus: Gemütlichkeit, alle sind
2 beisammen und es gibt zahlreiche Weihnachtsmärkte in Berlin, auf denen man sich mit Freund*innen
3 treffen kann. Für andere bedeutet diese Zeit jedoch Einsamkeit, Konsumzwang und soziale
4 Ungleichheit.

5 Weihnachtsmärkte verstärken diese Ungleichheit, denn die Preise für Essen, Getränke und Waren sind
6 oft so hoch, dass sich viele Menschen einen Besuch kaum leisten können. Gleichzeitig wird aber ein
7 hoher Konsumdruck erzeugt und wenig Raum für nicht-kommerzielle Begegnungen ermöglicht.

8 Als Alternative braucht es Wintermärkte, die Solidarität statt Profit in den Vordergrund stellen. Damit
9 alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen teilhaben können, sollen diese Märkte durch das
10 Land Berlin und damit mit öffentlichen Geldern finanziert werden, während die Organisation kollektiv
11 oder genossenschaftlich erfolgt. Zeitgleich sollen diese Märkte eben nicht nur Konsumorte sein,
12 sondern auch Orte der Begegnung, Bildung und politischen Teilhabe. Mit Lesungen,
13 Podiumsdiskussionen, Gewerkschaftsständen, Kleidertauschbörsen und Foodsharing- und anderen
14 Solidar-Modellen wird eine Alternative zum kapitalistischen Weihnachtsgeschäft geschaffen.

15 In Berlin gibt es zwar bereits Ansätze von alternativen Projekten, die ein Vorbild für sozialistische
16 Wintermärkte sein können, allerdings sind auch diese nicht für alle Menschen zugänglich und
17 existieren nur in wenigen Berliner Bezirken.

18 **Für eine Winterzeit ohne Kapitalismus fordern wir:**

- 19 • solidarische Wintermärkte in allen Berliner Bezirken, die ausreichend finanziert werden und
20 kollektiv, zum Beispiel genossenschaftlich organisiert sind

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

A4_1/25 Kein Zuckerbrot, keine Peitsche - betriebliche Aktivprämien verbieten

- 1 Streaks? Die sind eher was für Duolingo, oder?
- 2 Doch bei manchen Arbeitgeber*innen sind Streaks gelebte Praxis im Betrieb und in der
- 3 Entgeltordnung. Eine Sondervergütung in Form einer Aktiv- oder Gesundheitsprämie wird am Streak,
- 4 also an die aufeinanderfolgende Anwesenheit, gekoppelt.
- 5 Immer mehr Arbeitgeber*innen setzen verstärkt auf solche Anwesenheitsprämien oder staffeln Boni
- 6 nach Fehlzeiten, um Krankenstände zu reduzieren.
- 7 Ein Paradebeispiel liefert Amazon. Amazon-Mitarbeiter*innen können bis zu 10 % ihres Bruttolohns
- 8 als Bonus erhalten, wobei 6 % an krankheitsbedingte Fehltagel gekoppelt sind. Die Prämie setzt sich
- 9 aus einem individuellen und einem Gruppenanteil zusammen: Mitarbeitende profitieren nur dann
- 10 voll, wenn sie selbst keine Krankheitstage aufweisen und auch ihre Abteilung geringe Fehlzeiten
- 11 aufweist.
- 12 Doch anders als bei Duolingo ist die Konsequenz keine verärgerte grüne Eule, sondern finanzielle
- 13 Diskriminierung unter den Beschäftigten, die Übertragung der Verantwortung auf individuelle
- 14 Arbeitnehmer*innen und die Aushöhlung der Fürsorgepflicht.
- 15 Diese Prämien schaffen eine Ungleichbehandlung unter Beschäftigten und setzen insbesondere
- 16 gesundheitlich Eingeschränkte, ältere und/ oder schwangere Arbeitnehmer*innen unter Druck.
- 17 Aktivprämien bevorzugen Beschäftigte, die ohnehin gesundheitlich privilegiert sind, und
- 18 benachteiligen jene, die aufgrund von chronischen Erkrankungen, Behinderungen oder anderen
- 19 Einschränkungen nicht mithalten können. Arbeitnehmer*innen erscheinen dann krank zur Arbeit und
- 20 setzen sich ungesunden Wettbewerben oder sogar Gruppenzwang aus, um finanziell nicht
- 21 benachteiligt zu werden. Die gesundheitlichen Konsequenzen von Präsentismus vertiefen die
- 22 körperlichen und finanziellen Kosten für betroffene Arbeitnehmer*innen und somit auch die
- 23 Ungleichbehandlung.
- 24 Zudem fördern solche Modelle eine individualisierte Verantwortung für Gesundheit, anstatt
- 25 strukturelle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen voranzutreiben. Die Fürsorgepflicht der
- 26 Arbeitgeber*innen wird damit umgangen. Statt individueller Anreize müssen Unternehmen in
- 27 präventive Maßnahmen und verbesserte Arbeitsbedingungen investieren.
- 28 Wir fordern also ein umfassendes Verbot derartiger Prämienmodelle.

Antragsteller*innen: Jusos Lichtenberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

An die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses:

A5_1/25 Unsichtbares sichtbar machen - für eine Aufwertung der Reinigungsarbeit

1 Begründung:

2 Reinigungskräfte leisten eine essenzielle Arbeit in unserer Gesellschaft und erhalten dafür kaum
3 Anerkennung. Als Jusos Berlin wollen wir hier für mehr Sichtbarkeit sorgen und fordern für mehr
4 Anerkennung in Form von expliziten, politischen Maßnahmen.
5 Die besonderen Herausforderungen durch Gig-Work sind uns bekannt und müssten in einem
6 gesonderten Antrag behandelt werden.

7 Allgemeines:

8 Unter unsichtbarer Arbeit werden Tätigkeiten verstanden, die oft nicht als Arbeit wahrgenommen
9 bzw. anerkannt werden, obwohl sie eine essenzielle Funktion für die Gesellschaft erfüllen. Darunter
10 werden u.a. Hausarbeit, Kinderbetreuung, Pflege aber auch Reinigungsarbeit gezählt. Gerade in
11 unserer modernen Gesellschaft gehört Sauberkeit und Reinlichkeit zum guten Ton. Wir erwarten, dass
12 unsere Mitmenschen gepflegt sind und dass öffentliche Räume sauber sind. Was wir dabei meist
13 ausblenden, ist, dass die öffentlichen Räume von Menschen gereinigt werden. Sie sind für uns
14 unsichtbar. Ein Grund dafür sind die Arbeitszeiten der Reinigungskräfte. Sie arbeiten am frühen
15 Morgen, noch bevor die meisten Menschen die Räumlichkeiten nutzen. Reinigungskräfte beseitigen
16 den Dreck, den wir hinterlassen und haben daher mit besonderen Stigmata zu kämpfen. Den Schmutz,
17 den wir hinterlassen, wollen wir nicht mehr sehen (aus den Augen aus dem Sinn), doch
18 Reinigungskräfte müssen regelmäßig dafür sorgen, diesen Schmutz wieder zu entfernen. Die
19 Reinigungsarbeit ist meist durch sehr prekäre Arbeitsbedingungen geprägt.

20 Feministische und BIPOC Perspektive

21 Hinzu kommt, dass viele Reinigungskräfte Frauen sind. Es stärkt traditionelle Rollenbilder und trägt
22 dazu bei, dass Reinigung vorallem als etwas angesehen wird, was von Frauen erledigt werden muss.
23 Des Weiteren haben viele Reinigungskräfte einen Migrationshintergrund oder kommen aus dem
24 Ausland. Sie sind neben der Stigmatisierung durch den Beruf Rassismen ausgesetzt. Auch zwischen
25 den Beschäftigten kommt es häufig zu rassistischen Ausgrenzungen.

26 Arbeitsbedingungen

27 War es früher noch so, dass Firmen ihre Reinigungskräfte selbst angestellt haben oder die
28 Reinigungsarbeit von diversen Mitarbeitern übernommen wurde, so werden diese Aufgaben
29 heutzutage meist an Subunternehmen ausgelagert. Dies sind spezielle Dienstleistungsfirmen, die sich
30 darauf spezialisieren, Reinigungskräfte für Firmen oder Behörden bereit zu stellen. Dadurch fehlt eine
31 gewisse Bindung an das Unternehmen oder die Behörde. Sobald Probleme auftreten, gehen die
32 Beschwerden an den Dienstleister, der immer versucht, die Wünsche seiner Kunden zu erfüllen. Sehr

33 zu Lasten der betroffenen Reinigungskräfte. Des Weiteren ist die Reinigungsarbeit ein durchaus
34 gefährlicher Job. Diese müssen den ganzen Tag mit Chemikalien hantieren. Das Einatmen und
35 Berühren dieser Chemikalien kann gesundheitsgefährdend sein. Entsprechend brauchen sie
36 unbedingt die richtige Schutzausrüstung. Unsoziale Arbeitszeiten sorgen ebenfalls für eine hohe
37 Belastung. Meist arbeiten Reinigungskräfte in den frühesten Morgenstunden, um andere Menschen
38 nicht zu belästigen. Wie erwähnt handelt es sich um einen sehr prekären Sektor und viele
39 Reinigungskräfte haben keine richtigen Arbeitsverträge, wodurch ihnen der Zugang zu
40 Sozialleistungen (Urlaub, Krankengeld, Rente) fehlt. Zu guter Letzt ist die Reinigungsarbeit ein
41 Knochenjob. Ständig muss sich gebückt werden, der Körper muss an die unmöglichsten Stellen
42 kommen, um Dreck zu entfernen und jeder, der selbst schon mal seine Wohnung geputzt hat, weiß
43 wie anstrengend das sein kann.

44 **Forderungen:**

45 Um der Reinigungsbranche die Wertschätzung zu geben, die sie verdient fordern wir als Jusos Berlin:

- 46 • Einen flächendeckenden, existenzsichernden Mindestlohn, der 60% des Medianeinkommens
47 ausmacht
- 48 • Verpflichtungen der Arbeitgeber*innen Sicherheitsstandards einzuhalten und geeignete
49 Schutzausrüstung zur Verfügung zu stellen
- 50 • Zugang zu Sozialleistungen durch einen rechtlichen Anspruch auf Urlaub, Krankengeld und
51 Rentenansprüche sicher zu stellen
- 52 • Mehr flexible Arbeitszeiten und Einführung von Tagesreinigungen
- 53 • Mehr gewerkschaftliche Unterstützung bei Tarifverhandlungen
- 54 • Mehr Sensibilisierungskampagnen für Reinigungskräfte

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

A6_1/25 Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende und Geduldete erleichtern

1 Der aktuelle Diskurs über Migration ist geprägt von rassistischen und menschenverachtenden
2 Äußerungen und pauschalen Verurteilungen von Asylsuchenden. Die gesamte Debatte dreht sich nur
3 noch um Abschottung und Abschiebungen. Diese Art der Debatte lehnen wir ab und fordern weiterhin
4 eine menschenwürdige Asylpolitik der offenen Grenzen und der Humanität! Zudem müssen wir mehr
5 dafür tun, um bereits hier lebende Asylsuchende besser zu integrieren.

6 Wir sind überzeugt: Arbeit ist dafür ein zentraler Schlüssel. Wer arbeitet, lernt schneller die Sprache,
7 findet Anschluss in der Gesellschaft und trägt aktiv zum Zusammenhalt bei. Deshalb müssen wir uns
8 aktiver dafür einsetzen, dass Asylsuchende so früh wie möglich eine Chance auf Arbeit bekommen.

9 Die SPD hat bereits Hürden abgebaut und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert – doch es gibt
10 noch mehr zu tun. Anstatt Menschen in Unsicherheit und Perspektivlosigkeit zu lassen, wollen wir
11 ihnen ermöglichen, ihre Fähigkeiten einzubringen. Das hilft nicht nur den Betroffenen, sondern auch
12 unserer Wirtschaft, die dringend Arbeitskräfte braucht.

13 Aktuell dürfen Asylbewerber*innen in den ersten drei Monaten nach der Ankunft in Deutschland
14 keiner Arbeit nachgehen. Danach kann erst eine Beschäftigungserlaubnis beantragt werden, falls
15 keine Verpflichtung besteht, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Diesem Antrag müssen
16 meistens das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Bundesagentur für Arbeit
17 zustimmen. Dieses Verfahren sorgt dafür, dass den Menschen unnötig hohe bürokratische Hürden
18 bereitet werden, um überhaupt die Möglichkeit zu bekommen, einer Arbeit nachgehen zu dürfen.

19 **Wir fordern daher:**

20 Asylsuchende und Geduldete sollen eine generelle Arbeitserlaubnis erhalten. Bei Anhaltspunkten, die
21 gegen eine Arbeitserlaubnis sprechen, soll dann die Möglichkeit für das BAMF oder die Bundesagentur
22 für Arbeit bestehen, diese nachträglich wieder zu entziehen.

Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

B1_1/25 Dicke Luft in der Schule? Nicht mit uns!

- 1 Die Qualität der Raumlufte in Schulen ist ein entscheidender Faktor für die Gesundheit, das
2 Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit von Schüler*innen sowie Lehrkräften. Besonders in den
3 letzten Jahren hat die Bedeutung guter Luftqualität zugenommen, da sie nicht nur das Infektionsrisiko
4 durch Viren minimiert, sondern auch Konzentrationsfähigkeit und Lernerfolg positiv beeinflusst.
- 5 Während der COVID-19-Pandemie hat Berlin viele mobile Luftfilteranlagen angeschafft, um die
6 Verbreitung von Krankheitserregern in Schulen zu reduzieren. Doch aktuelle Berichte zeigen, dass
7 zahlreiche dieser Geräte nicht mehr genutzt werden, obwohl sie weiterhin einen wertvollen Beitrag
8 zur Verbesserung der Raumlufte leisten könnten. Schulen stehen daher vor der Herausforderung,
9 bestehende Maßnahmen sinnvoll weiterzuentwickeln und langfristig tragfähige Konzepte zur
10 Luftreinigung zu etablieren.
- 11 Ein erfolgreiches Beispiel liefert die Stadt Lübeck mit dem Projekt „Frische Luft für klare Köpfe“. Dort
12 wurden alle Klassenräume mit CO₂-Messsystemen ausgestattet, die den CO₂-Gehalt kontinuierlich
13 überwachen und durch ein Ampelsystem anzeigen, wann gelüftet werden sollte. Die Initiative sorgt
14 nicht nur für bessere Luft, sondern steigert auch die Konzentrationsfähigkeit und damit die schulischen
15 Leistungen. Dieses Modell zeigt, dass durch einfache, aber wirkungsvolle Maßnahmen eine
16 nachhaltige Verbesserung der Luftqualität in Schulen erreicht werden kann.
- 17 In Berlin fehlt es bisher an einem vergleichbaren ambitionierten Konzept. Stattdessen sind viele
18 Schulen weiterhin auf manuelle Lüftung angewiesen, die in der kalten Jahreszeit zu Zugluft und
19 Energieverlust führt. Zudem sind die vorhandenen mobilen Luftfilter vielerorts nicht mehr im Einsatz,
20 weil unklar ist, wer für ihre Wartung und den Betrieb verantwortlich ist. Auch fehlt eine
21 flächendeckende Ausstattung mit CO₂-Messgeräten, obwohl deren Nutzen wissenschaftlich belegt ist.
- 22 Besonders im Sommer sind die Bedingungen in vielen Berliner Klassenzimmern untragbar. Während
23 der warmen Monate heizen sich schlecht belüftete Räume stark auf und hohe Temperaturen in
24 Kombination mit mangelndem Luftaustausch führen zu Konzentrationsproblemen, Müdigkeit und
25 sinkender Leistungsfähigkeit der Schüler*innen. Studien zeigen, dass bereits ab etwa 26 Grad die
26 kognitive Leistungsfähigkeit deutlich nachlässt. Da das Berliner Konzept primär auf Fensterlüftung
27 setzt, verschärft sich das Problem, wenn es draußen ebenso heiß ist und kaum Luftbewegung herrscht.
- 28 Durch die Klimakrise werden extreme Wetterlagen, insbesondere Hitzewellen, in Zukunft weiter
29 zunehmen. Ein modernes Lüftungskonzept muss daher nicht nur für saubere Luft sorgen, sondern
30 auch verhindern, dass Klassenräume zu Hitzefallen werden.

31 Es ist höchste Zeit, dass Berlin proaktive Schritte unternimmt, um die Luftqualität in seinen Schulen
32 nachhaltig zu verbessern. Wir dürfen nicht zulassen, dass Schüler*innen unter schlechten
33 Lernbedingungen leiden und dadurch auch ihre Leistungen.

34 **Daher fordern wir:**

- 35 • Wiederinbetriebnahme und regelmäßige Wartung bestehender Luftfiltersysteme: Die
36 während der Pandemie angeschafften Luftfilter sollen regelmäßig gewartet und weiterhin in
37 den Klassenräumen genutzt werden, um die Luftqualität nachhaltig zu verbessern. Dabei
38 dürfen Schulen nicht allein auf dieser Verantwortung sitzen bleiben.
- 39 • Installation von CO₂-Messgeräten in allen Klassenräumen: Alle Berliner Klassenzimmer sollen
40 mit CO₂-Messgeräten ausgestattet werden, die den CO₂-Gehalt der Raumluft überwachen und
41 signalisieren, wann gelüftet werden muss. Die Messwerte sollen, wie in Lübeck, jederzeit
42 online einsehbar sein, um Transparenz zu schaffen und eine bedarfsgerechte Nutzung zu
43 ermöglichen.
- 44 • Hitzeschutz und Luftzirkulation in Klassenräumen verbessern: Neben der Luftqualität muss
45 auch der Schutz vor übermäßiger Hitze in den Fokus rücken. Wir fordern Maßnahmen zur
46 besseren Kühlung und Belüftung von Klassenzimmern, insbesondere an heißen Sommertagen.
47 Dazu gehören bauliche Anpassungen wie effektive Sonnenschutzvorrichtungen, eine
48 verbesserte Luftzirkulation durch mechanische Lüftungssysteme sowie Konzepte zur
49 Temperaturüberwachung und gezielte Kühlung in Schulgebäuden.
- 50 • Entwicklung eines standardisierten Lüftungskonzepts mit individuellen Lösungen: Es soll ein
51 einheitliches Konzept für alle Berliner Schulen erarbeitet werden, das klare Richtlinien für
52 effektives Lüften vorgibt. Gleichzeitig muss es Raum für individuelle Lösungen geben, um auf
53 unterschiedliche bauliche Gegebenheiten und klimatische Bedingungen flexibel reagieren zu
54 können. Zudem sollen Lehrkräfte und Schüler*innen für die Bedeutung guter Raumluft
55 sensibilisiert werden.

Antragssteller*innen: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

B2_1/25 Erasmus für alle - auch für Azubis!

1 Die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union sowie des Schengenraums ist eine der größten
2 Errungenschaften, die der europäische Einigungsprozess hervorgebracht hat. Hierdurch können unter
3 anderem junge Menschen deutlich einfacher verschiedene Teile Europas entdecken und die
4 Menschen sowie Kulturen vor Ort kennenlernen. Für viele junge Menschen ist die Europäische Union
5 und ihre Gemeinschaft aus dem Leben nicht mehr wegzudenken. Die Bedeutung des Austauschs für
6 das Zusammenwachsen der Gesellschaften in den einzelnen Mitgliedstaaten ist für die Zukunft des
7 europäischen Projekts nicht hoch genug einzuschätzen.

8 Ein Programm, was vielen jungen Menschen die Möglichkeit bieten soll, einen Aufenthalt in anderen
9 Mitgliedstaaten finanzieren zu können, ist das Erasmus+-Programm. Das Programm wurde für den EU-
10 Haushalt von 2021-2027 nahezu verdoppelt, gerät jedoch aktuell in seiner Höhe wieder unter Druck.
11 Erstmals plant die EU in diesem Bereich eine Kürzung umzusetzen, was wir insbesondere vor dem
12 Hintergrund des zunehmenden Drucks auf die EU ablehnen.

13 Vielmehr braucht es eine Ausweitung der Mittel, um mehr jungen Menschen einen Aufenthalt zu
14 ermöglichen. Die Erasmus-Programme sind bereits eine Erfolgsgeschichte, wobei trotzdem einige
15 Verbesserungsbedarfe, insbesondere für Auszubildende, erkennbar sind. Aktuell nutzen vor allem
16 Menschen im Hochschulstudium die Möglichkeiten innerhalb der EU für mehrere Monate in einem
17 anderen Land zu leben. Personen außerhalb von Universitäten profitieren deutlich seltener vom
18 Angebot Erasmus. Dies hat verschiedene Ursachen, welche behoben werden müssen, um Menschen
19 unabhängig von ihrem Bildungsgrad einen Aufenthalt im Ausland zu ermöglichen.

20 Der Erasmus+-Satz, den eine Person erhält, finanziert einen Teil des Aufenthalts in einem anderen
21 Mitgliedstaat. Dennoch schrecken die bleibenden Kosten für Studium, Ausbildung, Unterkunft und
22 Verpflegung vor allem Menschen mit geringem Einkommen bzw. aus Familien mit geringem
23 Einkommen ab, wodurch diese von dieser Möglichkeit nicht profitieren können. Da aktuell viele
24 Auszubildende von geringen Gehältern leben müssen, ist Erasmus nicht ohne finanzielle Sorgen
25 möglich. Zudem sollte das Erasmus+-Programm Weiterbildungen umfassen, da auch in diesem Status
26 des Erwerbslebens diese Erfahrungen sehr bereichernd sind.

27 Gleichzeitig sind viele Auszubildende im Beantragungsprozess mit diversen bürokratischen Hürden
28 konfrontiert. Dies beginnt bereits im Informationsdefizit, da viele Auszubildende über die Betriebe
29 oder die Berufsschulen gar nicht erfahren, dass für sie die Möglichkeit eines Aufenthaltes im Ausland
30 über das Erasmus+-Programm besteht. Hiernach erschweren die uneinheitlichen Wege der
31 Beantragung den Prozess, da der Betrieb entscheiden muss, ob ein*e Auszubildende*r diesen
32 Auslandsaufenthalt durchführen kann. Hier zeigt sich ein deutliches Defizit gegenüber Universitäten,
33 welche oft ein Beratungsangebot für Auslandsaufenthalte anbieten und Studierenden bei der

34 Antragstellung direkt unterstützen. Deshalb fordern wir einen grundsätzlichen Anspruch auf das
35 Erasmus+-Programm für Auszubildende mit einem begründungspflichtigen Widerspruchsrecht für die
36 Betriebe.

37 Dies soll mit einer Vereinfachung und Vereinheitlichung der Beantragungsprozesse einhergehen. Eine
38 potenzielle Möglichkeit sehen wir in der Schaffung einer Stelle an jeder Berufsschule zur
39 Informationsvermittlung zum Erasmus+-Programm, angelehnt an den Prozess an Universitäten.
40 Hierfür müssen alle Berufsschulen eine entsprechende Finanzierung erhalten, um den vorhandenen
41 Informationsbedarf angemessen decken zu können. Als Folge erwarten wir, dass mehr Auszubildende
42 von der Möglichkeit eines Auslandsaufenthaltes über das Erasmus+-Programm erfahren, was
43 zusätzlich mit einer breiten Informationskampagne ergänzt werden soll.

44 Für den Beantragungsprozess soll eine Vereinheitlichung über digitale Angebote geschaffen werden,
45 sodass alle Auszubildende über eine App bzw. Website den Antrag stellen und verwalten können.

46 Falls eine Zentralisierung nicht möglich sein sollte, sollten verpflichtende, regelmäßige
47 Informationsveranstaltungen für die Betriebe eingeführt werden. Der Zweck hiervon wäre, dass das
48 teilweise vorherrschende Informationsdefizit in den Betrieben reduziert werden würde, wodurch
49 flächendeckend mehr Auszubildende von den Möglichkeiten des Erasmus+-Programms erfahren
50 würden.

51 Eine letzte Hürde findet sich hinsichtlich der Anerkennung der erbrachten Leistungen und erworbenen
52 Qualifikationen während des jeweiligen Aufenthaltes. Die dualen Ausbildungssysteme in den
53 einzelnen Mitgliedstaaten sind sehr unterschiedlich, wodurch eine geringe Vergleichbarkeit
54 vorherrscht. Daher bekräftigen wir unsere Forderung nach einer Schaffung eines Mechanismus zur
55 besseren Vergleichbarkeit der dualen Ausbildungssysteme, angelehnt an das bestehende Bologna-
56 System. Hierdurch sollen die erbrachten Leistungen und erworbenen Qualifikationen vereinfacht für
57 den weiteren Ausbildungsweg anerkannt werden.

58 **Forderung:**

- 59 • Mindestens die Sicherung der EU-Mittel für das Erasmus+-Programm sowie zukünftig die
60 angemessene Ausweitung der Finanzierung, sodass alle Auszubildende und Studierende
61 hiervon profitieren können
- 62 • Die Erhöhung des Erasmus+-Satzes, sodass an jedem Ort entsprechende
63 Lebenshaltungskosten gedeckt sind
- 64 • Die Ausweitung des Erasmus+-Programms auch auf Weiterbildungen
- 65 • Eine Informationskampagne für das Erasmus+-Programm für Auszubildende
- 66 • Die Zentralisierung des Beantragungsverfahrens an Berufsschulen, wofür Berufsschulen eine
67 entsprechende Finanzierung zur Bereitstellung einer solchen Stelle erhalten sollen; Ziel soll es
68 sein, dass die Antragstellenden dies über eine App machen können
- 69 • Falls eine Zentralisierung nicht möglich sein sollte, sollten verpflichtende, regelmäßige
70 Informationsveranstaltungen für die Betriebe eingeführt werden
- 71 • Die Einführung eines grundsätzlichen Anspruchs auf das Erasmus+-Programm für
72 Auszubildende mit einem begründungspflichtigen Widerspruchsrecht für die Betriebe.

- 73
- 74
- 75
- Die Bekräftigung der Forderung der Schaffung eines Mechanismus zur besseren Vergleichbarkeit von (dualen) Ausbildungsleistungen, angelehnt an das Bologna-System, sodass die Anrechnung von erbrachten Leistungen einfacher angerechnet werden können.

Antragssteller*innen: Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

B3_1/25 Azubi ist Azubi – Einheitliche Rechte für alle!

1 In Deutschland unterliegt ein Großteil der Berufsausbildungen dem Berufsbildungsgesetz (BBiG), das
2 grundlegende Regelungen zu den Rechten und Pflichten von Auszubildenden und Betrieben enthält.
3 Dennoch gibt es verschiedene Ausbildungsberufe, die nicht unter das BBiG fallen und stattdessen
4 durch eigene branchenspezifische Gesetze geregelt sind. Ein zentrales Beispiel hierfür ist die
5 Pflegeausbildung, die durch das Pflegeberufsgesetz (PflBG) bestimmt wird. Diese Sonderregelungen
6 führen dazu, dass nicht alle Auszubildenden dieselben Rechte genießen und somit erhebliche
7 Ungleichheiten bestehen.

8 Ein besonders gravierendes Problem ergibt sich beim Arbeitsschutz. Während für Azubis unter dem
9 BBiG klare Schutzmaßnahmen gelten, sind diese für Auszubildende in der Pflege und anderen
10 Bereichen oft nicht in gleichem Maße sichergestellt. So gelten etwa bestimmte Arbeitszeitregelungen
11 und Ruhezeiten für Pflegeauszubildende nicht in gleichem Umfang wie für andere Berufsgruppen. Dies
12 führt in der Praxis dazu, dass einige Azubis erheblich belastet werden und sich schlechter gegen
13 unangemessene Arbeitsbedingungen wehren können. Kritisch ist hier vor allem, dass es keine
14 Regelungen zu Schichtwechseln gibt und so Azubis mehrmals in der Woche von einer Spät-Schicht in
15 eine Früh-Schicht wechseln, was eine enorme Belastung für den Körper darstellt.

16 Ein weiteres Problem stellt zum Beispiel auch die Regelung zur Fehlzeitenbegrenzung in der
17 Pflegeausbildung dar. Nach dem PflBG dürfen Pflegeauszubildende nicht mehr als 10 % der gesamten
18 Ausbildungszeit fehlen – unabhängig davon, ob die Fehlzeit auf Krankheit oder andere unverschuldete
19 Gründe zurückzuführen ist. Diese Regelung setzt die Betroffenen unter enormen Druck, selbst bei
20 Krankheit zur Arbeit oder in die Berufsschule zu erscheinen, um ihre Ausbildung nicht zu gefährden.
21 Eine solche Vorschrift ist unzumutbar und verschärft bestehende Belastungen, insbesondere in einem
22 Bereich, der körperlich und psychisch ohnehin sehr fordernd ist. Solche Regelungen gibt es für
23 Auszubildende nach dem BBiG nicht.

24 Darüber hinaus führt die Zersplitterung der gesetzlichen Grundlagen für Ausbildungsberufe zu
25 Unsicherheiten und Ungleichbehandlungen. Während BBiG-Auszubildende beispielsweise Anspruch
26 auf eine Mindestausbildungsvergütung haben, gilt dies nicht zwangsläufig für andere
27 Ausbildungsberufe. Dies erschwert nicht nur die Attraktivität bestimmter Berufsfelder, sondern
28 verschärft auch soziale Ungleichheiten, da finanzielle Abhängigkeiten entstehen, die sich negativ auf
29 den Bildungserfolg auswirken können. Wir möchten, dass Bildung von der Wiege bis ins Grab für alle
30 Menschen kostenlos ist.

31 Ein Punkt, den wir als Jusos auch nicht vergessen dürfen ist, dass Mitglieder von Jugend- und
32 Auszubildendenvertretungen (JAV), welche wie ein Personalrat die Interessen von Azubis vertreten
33 sollen, auch leiden. Bei vielen JAV-Seminaren werden allgemeine Informationen zu den Rechten und
34 Pflichten von JAVen und der Gesetzes Lage nach dem BBiG vermittelt. JAV-Mitglieder die Azubis

35 betreuen, die nicht dem BBiG unterliegen, oder womöglich sogar mehrere verschiedene Gruppen von
36 Azubis mit Sonderregelungen vertreten (wie es bei Großunternehmen der Fall ist) haben einen
37 enormen Arbeitsaufwand und unterliegen großer Verunsicherungen. Eine Vereinheitlichung würde
38 auch unsere Interessenvertretungen in den Betrieben stärken!

39 Um diese Ungleichheiten zu beseitigen und allen Auszubildenden faire Bedingungen zu garantieren,
40 ist es notwendig, alle Ausbildungsberufe unter das BBiG zu stellen. Dadurch würden einheitliche
41 Regelungen für Arbeitszeiten, Arbeitsschutz, Vergütung und Fehlzeiten geschaffen, die die
42 Auszubildenden unabhängig von ihrem Berufsfeld gleichstellen. Die Sicherstellung einheitlicher
43 Standards würde zudem die Attraktivität von Ausbildungsberufen steigern und die Qualität der
44 Ausbildung insgesamt verbessern.

45 **Daher fordern wir:**

- 46 • Alle Ausbildungen sollen unter das BBiG fallen.
- 47 • Einheitliche Regelungen für Arbeitszeiten und Arbeitsschutz für alle Azubis.
- 48 • Abschaffung unverhältnismäßiger Fehlzeitenregelungen wie der 10 %-Grenze in der
49 Pflegeausbildung.
- 50 • Gleiche Mindestvergütung für alle Auszubildenden unabhängig von der Branche oder der
51 Form der Ausbildung
- 52 • Vermeidung von rechtlicher Zersplitterung und Schaffung einheitlicher
53 Ausbildungsstandards

Antragsbereich D: Digitales und Netzpolitik

Antragssteller*innen: Juso-Arbeitskreis Netzpolitik

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

D1_1/25 Eine digitale Brandmauer errichten

1 Wir schließen uns den 12 Forderungen von 29 digitalpolitischen Initiativen und Organisationen an die
2 nächste Bundesregierung an. Die Forderungen wurden unter anderem vom Chaos Computer Club
3 (CCC), dem D64 e.V., Pro Asyl e.V., Amnesty International, digitalcourage e.V., Digitale Gesellschaft
4 e.V. und der Open Knowledge Foundation Deutschland unterzeichnet:

5 Wir fordern die neue Bundesregierung auf, eine digitale Brandmauer gegen den Faschismus zu
6 errichten. Diese digitale Brandmauer muss Missbrauchspotentiale minimieren, Menschen und
7 gesellschaftliche Gruppen ermächtigen sowie Menschenrechte und demokratische Werte,
8 insbesondere Freiheit, Gleichheit und Solidarität, schützen und fördern. Die aktuellen Geschehnisse in
9 den USA zeigen auf, wie Datensammlungen und -analyse genutzt werden können, um einen Staat
10 handstreichartig zu übernehmen, seine Strukturen nachhaltig zu beschädigen, Widerstand zu
11 unterbinden und marginalisierte Gruppen zu verfolgen.

12 Bekenntnis gegen Überwachung

13 Es ist ein Irrglaube, dass zunehmende Überwachung einen Zugewinn an Sicherheit darstellt. Sicherheit
14 erfordert auch, dass Menschen anonym und vertraulich kommunizieren können und ihre Privatsphäre
15 geschützt wird. Zu oft werden aktionistische Vorschläge wie die Chatkontrolle,
16 Vorratsdatenspeicherung oder biometrische Überwachung als technische Allheilmittel für komplexe
17 gesellschaftliche Herausforderungen präsentiert – ohne ihre massiven Missbrauchspotenziale zu
18 berücksichtigen. Stattdessen braucht es eine evidenzbasierte Politik, die differenzierte
19 Lösungsansätze ohne Massenüberwachung verfolgt. Es ist die Aufgabe des Staates, Grundrechte zu
20 schützen. Dazu gehört insbesondere auch, den Missbrauch von Maßnahmen, Befugnissen und
21 Infrastrukturen durch die Feinde der Demokratie zu verhindern, heute und in Zukunft.

22 Schutz und Sicherheit für alle

23 IT-Angriffe wie die durch „Salt Typhoon“ zeigen die Gefahren staatlicher Hintertüren und
24 unterstreichen: Die Stärkung von IT-Sicherheit und Ende-zu-Ende-verschlüsselter Kommunikation ist
25 eine Frage gesamtgesellschaftlicher Resilienz. Gleichzeitig steht unabhängige und zivilgesellschaftliche
26 Sicherheitsforschung, die Sicherheitslücken zum Wohle der Gesellschaft aufdeckt, immer noch unter
27 Generalverdacht und wird kriminalisiert. Sicherheitslücken in Software müssen von allen staatlichen
28 Stellen im Rahmen eines Schwachstellenmanagements konsequent an die Hersteller zur Behebung
29 gemeldet werden. Sicherheit und Schutz dürfen dabei keine Frage von Privilegien sein, sondern
30 müssen für alle Menschen gelten, insbesondere für marginalisierte Menschen und Gruppen.

31 Demokratie im digitalen Raum

32 Private Überwachung und Machtkonzentration müssen bekämpft werden. Die willkürliche und
33 antidemokratische Machtausübung der Tech-Oligarchen um Präsident Trump erfordert einen
34 Paradigmenwechsel in der deutschen Digitalpolitik und ein erneuertes Bekenntnis zu dezentralen
35 öffentlichen Räumen sowie der konsequenten Rechtsdurchsetzung durch föderale
36 Aufsichtsstrukturen. Gesunde digitale Räume leben auch von einer resilienten Gesellschaft mit starken
37 digitalen Kompetenzen und einem demokratischen Diskurs, in dem digitale Gewalt keinen Platz hat.
38 Dazu fordern wir ein Gewaltschutzgesetz, das seinen Namen verdient, einen Ausbau der digitalen
39 Bildung und die Förderung des digitalen Ehrenamts.

40 Die biometrische Massenüberwachung des öffentlichen Raums sowie die ungezielte biometrische
41 Auswertung des Internets wird verboten. Insbesondere wird aktiv gegen jede Form von Datenbank
42 vorgegangen, die ungezielt Bilder, Videos und Audiodateien aus dem Internet nach biometrischen
43 Merkmalen auswertet. Die entsprechenden Befugnisse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge
44 werden zurückgenommen.

45 **Wir fordern daher von der neuen Bundesregierung:**

- 46 • Die biometrische Massenüberwachung des öffentlichen Raums sowie die ungezielte
47 biometrische Auswertung des Internets wird verboten. Insbesondere wird aktiv gegen jede
48 Form von Datenbank vorgegangen, die ungezielt Bilder, Videos und Audiodateien aus dem
49 Internet nach biometrischen Merkmalen auswertet. Die entsprechenden Befugnisse des
50 Bundesamts für Migration und Flüchtlinge werden zurückgenommen.
- 51 • Anlasslose und massenhafte Vorratsdatenspeicherung wird abgelehnt. Stattdessen werden
52 grundrechtsschonende und effektivere Maßnahmen der Strafverfolgung wie das Quick-
53 Freeze-Verfahren und die Login-Falle verfolgt.
- 54 • Eine automatisierte Datenanalyse der Informationsbestände der Strafverfolgungsbehörden
55 sowie jede Form von Predictive Policing oder automatisiertes Profiling von Menschen wird
56 abgelehnt. Die Kooperationen deutscher und US-Geheimdienste werden eingeschränkt,
57 insbesondere wird jede Art von automatisiertem Massenaustausch von Inhalts- oder
58 Metadaten unterbunden.
- 59 • Die Überwachungsgesamtrechnung wird veröffentlicht, kontinuierlich fortgesetzt und der
60 Umfang staatlicher Überwachungsbefugnisse dementsprechend gesetzgeberisch angepasst.
- 61 • Es wird ein Recht auf Verschlüsselung eingeführt. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein,
62 die Chatkontrolle auf europäischer Ebene zu verhindern und Ende-zu-Ende-Verschlüsselung
63 sowie die Vertraulichkeit von Kommunikation insgesamt zu schützen.
- 64 • IT-Sicherheitsforschung wird unterstützt statt kriminalisiert. Der Hackerparagraph wird
65 abgeschafft. Es wird ein wirksames IT-Schwachstellenmanagement auch für Behörden
66 eingeführt. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik wird unabhängig
67 aufgestellt.
- 68 • Die Bundesregierung setzt sich für wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutz ein, ohne
69 dabei durch eine verpflichtende Altersverifikation die Grundrechte von Kindern und
70 Jugendlichen zu unterminieren. Die anonyme und pseudonyme Nutzung des Internets wird
71 geschützt und ermöglicht.
- 72 • Die Abschaffung der Bezahlkarte für Geflüchtete und die Einstellung von Handyauswertungen
73 durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich

- 74 auf europäischer Ebene gegen die Sammlung personenbezogener Daten geflüchteter
75 Menschen einzusetzen und ihre Privatsphäre und Autonomie zu respektieren.
- 76 • Privater Machtmissbrauch von Big-Tech-Unternehmen wird durch durchsetzungsstarke,
77 unabhängige und grundsätzlich föderale Aufsichtsstrukturen bekämpft, insbesondere in den
78 Bereichen der Plattformregulierung, des Datenschutzrechts und des Kartellrechts.
 - 79 • Die Bundesregierung legt ein umfassendes Förderprogramm für digitale öffentliche Räume
80 auf, die dezentral organisiert, gesellschaftlich eingebettet, interoperabel gestaltet und
81 quelloffen programmiert sind.
 - 82 • Ein digitales Gewaltschutzgesetz wird eingeführt, das Betroffene konsequent in den Fokus
83 stellt. Dazu gehören auch die Reform der Impressumspflicht, die Berücksichtigung
84 gruppenbezogener digitaler Gewalt und die Förderung von Beratungs- und Hilfsangeboten.
 - 85 • Gute digitale Bildung, die Menschen befähigt und frei zugänglich ist, muss zur Priorität werden
86 und allen gesellschaftlichen Gruppen, unabhängig von Alter und Bildungsgrad, zur Verfügung
87 stehen. Wir fordern eine umfassende Strategie zur Förderung von Open Educational
88 Resources und die Förderung des digitalen Ehrenamts.

Antragstellerinnen: Jusos Tempelberg & Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

D2_1/25 Unsere Demokratie ist nicht kaufbar - Gegen den Einfluss von Tech-Milliardären!

1: Die Macht der Tech-Milliardäre

In den letzten Jahren haben Tech-Milliardäre wie Elon Musk, Mark Zuckerberg und Shou Zi Chew eine beispiellose Machtposition in der digitalen Öffentlichkeit erlangt. Ihre Plattformen – X (ehemals Twitter), Meta (Facebook, Instagram) und TikTok – sind zu den zentralen Arenen des öffentlichen Diskurses geworden. Diese Konzentration von Einfluss in den Händen weniger Individuen stellt eine ernsthafte Bedrohung für unsere Demokratie dar. Die Tech-Bosse nutzen ihre Kontrolle über digitale Infrastrukturen, um politische Debatten zu manipulieren, rechtsextreme Bewegungen zu fördern und demokratische Institutionen zu untergraben. Ihre Algorithmen bestimmen, welche Informationen Millionen von Menschen sehen, während ihre geschäftlichen Entscheidungen direkte Auswirkungen auf Wahlen und gesellschaftliche Diskurse. Wir sagen: Unsere Demokratie ist nicht kaufbar!

2: Systematische Beeinflussung sozialer Medien

Im Dezember 2024 veröffentlichte Musk einen Gastbeitrag in der "Welt am Sonntag", in dem er die AfD als "letzten Funken Hoffnung für Deutschland" bezeichnete. Er lobte die Positionen der Partei und stellte sie als "einzige Alternative zum politischen Establishment" dar. Diese offene Parteinahme eines der einflussreichsten Tech-Unternehmer der Welt für eine offene rechtsextreme und menschenfeindliche Partei ist nicht hinnehmbar! Noch gravierender war Musks Auftritt bei der AfD-Wahlkampfauftaktveranstaltung in Halle (Saale) im Januar 2025. Per Videoschleife erklärte er vor tausenden Anhängern: "Die AfD hat meine volle Unterstützung – und die der Trump-Regierung." Diese direkte Einmischung eines ausländischen Milliardärs in den deutschen Wahlkampf zur Unterstützung einer rechtsextremen Partei stellt einen beispiellosen Vorgang dar. Die AfD nutzte Musks enorme Reichweite gezielt, um junge Wähler*innen mit Slogans wie "Make Germany great again" anzusprechen. Die Folgen dieser Unterstützung sind messbar und alarmierend. Eine Studie der TU München belegt, dass der X-Algorithmus AfD-Inhalte um 800% gegenüber Beiträgen der SPD priorisiert. Dies bedeutet eine massive Verzerrung des demokratischen Diskurses zugunsten rechtsextremer Narrative. Millionen von Nutzer*innen werden so täglich mit AfD-Propaganda konfrontiert, während kritische Stimmen systematisch marginalisiert werden. Die Allianz zwischen Tech-Bosse und rechtspopulistischen Politiker*innen wurde besonders deutlich bei Donald Trumps Amtseinführung im Januar 2025. Elon Musk, Mark Zuckerberg und TikTok-Chef Shou Zi Chew demonstrierten ihre Unterstützung für den neuen Präsidenten, indem sie in der ersten Reihe Platz nahmen. Dieses Bild ging um die Welt und symbolisiert die unheilvolle Verschmelzung von Tech-Macht und autoritärer Politik und wie Superreiche direkt politische Macht ausüben und demokratische Prozesse aushebeln.

3: Hate Speech: Entgrenzung und Scheinlösungen

34 Die Verbreitung von Hass und Hetze in sozialen Medien hat in den letzten Jahren dramatisch
35 zugenommen. Betroffene müssen ein menschenverachtendes Verhalten erleben und das Schlimmste
36 daran: Ahndungen, effektive Lösungen und Regulierungen bleiben aus. Täter*innen werden nicht
37 verfolgt und Betroffene alleine gelassen. Statt dieses Problem entschieden anzugehen, haben die
38 Tech-Giganten oft nur Lippenbekenntnisse abgegeben und Maßnahmen ergriffen, die die Situationen
39 fördern. Dies macht sie unzweifelhaft zu Mittäter*innen. So hat Mark Zuckerbergs Ankündigung
40 Januar 2025 angekündigt, Faktenchecks bei Meta abzuschaffen und durch nutzergenerierte
41 "Community Notes" zu ersetzen. Dieses Modell, das bereits auf X zu beobachten ist, öffnet der
42 Verbreitung von Desinformation Tür und Tor. Statt professionelle Faktenchecker*innen einzusetzen,
43 die Falschinformationen identifizieren und kennzeichnen, sollen nun die Nutzer*innen selbst
44 entscheiden, was wahr ist und was nicht. In der Praxis führt dies oft dazu, dass gut organisierte
45 Gruppen – wie rechtsextreme Netzwerke – die "Community Notes" kapern und ihre Sichtweise
46 durchsetzen. Zuckerbergs Ergänzung, dass die Stimmung auf Meta-Plattformen "freundlich und
47 positiv" bleiben solle, steht im krassen Widerspruch zur Realität, da Nutzer*innen täglich mit
48 antisemitischen, rassistischen und diskriminierenden Inhalten konfrontiert werden. Sein Versuch, die
49 Verantwortung zu leugnen, ist untragbar, da er durch Meta eine der einflussreichsten Positionen im
50 Tech-Sektor innehat. Auch unabhängige Journalist*innen werden auch zur Zielscheibe von Hate
51 Speech, was eine ohnehin unabhängige Berichterstattung weiter erschwert und Journalist*innen
52 einschüchtern. Besonders besorgniserregend ist Metas Ankündigung, Moderations-Teams nach Texas
53 zu verlegen. Dies gefährdet den Schutz vor deutschsprachiger Hetze massiv, da kulturelle und
54 sprachliche Nuancen verloren gehen. Die Auslagerung der Content-Moderation in Länder mit
55 schwächeren Arbeitnehmer*innenschutz ist zudem ein Schlag gegen faire Arbeitsbedingungen im
56 digitalen Zeitalter.

57 **4: TikTok als Werkzeug rechter Narrative**

58 Die Plattform TikTok hat sich in den letzten Jahren zu einem mächtigen Werkzeug für die Verbreitung
59 rechtsextremer Ideologien entwickelt. Besonders die AfD nutzt die App gezielt, um junge Wählerinnen
60 und Wähler zu erreichen und zu beeinflussen.

61 Die WDR-Dokumentation "Undercover in der TikTok-Armee der AfD" hat schockierende Einblicke in
62 die Strategien der Partei geliefert. Die AfD setzt auf emotionale Kurzvideos, die komplexe politische
63 Themen auf simple, oft irreführende Botschaften reduzieren. Rassistische Narrative werden in
64 scheinbar harmlose Unterhaltungsformate verpackt, um die Hemmschwelle für die Verbreitung zu
65 senken. Besonders problematisch ist die Priorisierung von AfD-Inhalten durch den TikTok-
66 Algorithmus. Videos, die etwa die menschenverachtende "Remigrations"-Forderung als "humane
67 Lösung" darstellen, erreichen Millionen von Nutzer*innen. Dies führt zu einer Normalisierung
68 rechtsextremer Positionen und untergräbt den demokratischen Diskurs. Die Verflechtungen von Tech-
69 Bosse und Politiker*innen wie Elon Musk und Trump ist gefährlich. Nach Trumps Wahlsieg 2024 kam
70 es zu einem folgenschweren Deal: Trump hob alle Restriktionen gegen Hassrede auf X auf. Im
71 Gegenzug sicherte Musk zu, Trumps Lügen über angeblichen Wahlbetrug nicht mehr als solche zu
72 kennzeichnen. Diese Absprache verdeutlicht, wie Tech-Bosse ihre Plattformen als Machthebel für
73 autoritäre Politiker*innen instrumentalisieren. Die Aufhebung von Hate-Speech-Richtlinien öffnet die
74 Türen für Desinformation und Hetze. Gleichzeitig untergräbt die Weigerung, Falschaussagen zu
75 kennzeichnen, die Integrität demokratischer Prozesse. Die Folgen dieses Deals sind bereits sichtbar:
76 Rechtsextreme Inhalte verbreiten sich ungehindert auf X, während Trumps unbelegte Behauptungen

77 über Wahlmanipulation Millionen von Menschen erreichen. Unsere Demokratie wird zugunsten von
78 einflussreichen Menschen niedergetreten.

79 **5: EU: Zwischen Regulierung und Kapitulation**

80 Bisher hat die EU keine spürbaren Maßnahmen unternommen, um den Tech-Bossen
81 entgegenzuwirken. Ein großes Versagen der EU ist auch der Umgang mit TikTok. Trotz Ermittlungen
82 wegen möglicher Weitergabe von Nutzerdaten an chinesische Behörden gibt es bisher kein EU-weites
83 Verbot oder strikte Auflagen für die Plattform. Dies ermöglicht es der AfD weiterhin, TikTok als
84 Propagandainstrument zu nutzen und junge Menschen mit rechtsextremen Inhalten zu erreichen.

85 Es braucht ein entschlossenes und koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene, damit die Macht der Tech-
86 Bosse wirksam eingedämmt und der digitale Raum demokratisiert wird.

- 87 • EU-weite Sanktionen gegen Tech-Konzerne, die wiederholt rechtswidrige Inhalte hosten oder
88 verbreiten. Dies könnte empfindliche Geldstrafen, aber auch temporäre Zugangssperren
89 umfassen.
- 90 • Verpflichtende Kooperation mit unabhängigen Fact-Checking-Organisationen. Diese sollten
91 durch eine Digitalsteuer finanziert werden, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten.
- 92 • Einrichtung einer europäischen Digitalaufsicht mit echten Durchgriffsrechten. Diese Behörde
93 müsste befugt sein, Inhalte zu löschen, Algorithmen zu prüfen und notfalls auch die
94 Zwangserlegung von Monopolen anzuordnen.
- 95 • Strikte Regeln für politische Werbung auf digitalen Plattformen, einschließlich
96 Transparenzpflichten und Obergrenzen für Ausgaben.
- 97 • Förderung digitaler Medienkompetenz durch EU-weite Bildungsprogramme, um Bürgerinnen
98 und Bürger besser gegen Desinformation und Manipulation zu wappnen.

99 **6: Vergesellschaftung statt Plattformkapitalismus**

100 Wir fordern nach wie vor mit Nachdruck die Vergesellschaftung sozialer Medien.

101 Konkret schlagen wir den Aufbau einer dezentralen, öffentlich-rechtlichen EU-Plattform vor. Diese
102 Plattform soll nach dem Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ARD/ZDF) organisiert sein und
103 dem Gemeinwohl verpflichtet sein. Statt Profitmaximierung stünden hier demokratische Werte,
104 Meinungsvielfalt und der Schutz marginalisierter Gruppen im Vordergrund.

105 **Wir fordern:**

- 106 • umfassende Neuaufstellung der EU bezüglich Tech-Konzernen
- 107 • die Vergesellschaftung sozialer Medien sowie Aufbau einer dezentralen, öffentlich-
108 rechtlichen EU-Plattform
- 109 • die Einführung eines verpflichtenden Transparenz-Registers für politische Werbung und
110 Zielgruppen-Targeting
- 111 • Einführung drastischer Sanktionen für Plattformen bei Verstößen gegen Wahlfairness und
112 politische Manipulation
- 113 • Eine Offenlegung der Algorithmen im Sinne der politischen Neutralität

Antragsbereich E: Europa und internationale Beziehungen

Antragsteller*innen: Juso-Arbeitskreis Klima und Umwelt

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

E1_1/25 Wo rohe Kräfte sinnlos walten - für ein Umdenken der Rohstoffpolitik

- 1 Schon längst vor dem Ringen um Rohstoff-Deals im Oval Office ist die Abhängigkeit der Industrieländer
- 2 von Rohstoffimporten durch geopolitische Krisen, Kriege, Pandemien und Umweltkatastrophen
- 3 immer sichtbarer geworden.

- 4 Die Rohstoffpolitik steht im Zentrum der sozial-ökologischen Transformation sowie der
- 5 sicherheitspolitischen Zeitenwende. Seltene Erden, Lithium und Kobalt sind unerlässlich für den
- 6 Ausbau erneuerbarer Energien und moderner Technologien. Einige dieser sind daher im Katalog von
- 7 34 kritischen Rohstoffen der EU festgelegt.

- 8 Im Zusammenhang mit diesen Mineralien steht der Begriff "kritisch" allerdings eher tangential mit der
- 9 Energiewende in Verbindung. Ein Mineral wird in der Tat aus zwei Hauptgründen als kritisch
- 10 angesehen, die in erster Instanz eher wenig mit der Förderung erneuerbarer Energien zu tun haben.
- 11 Der Rohstoff ist wirtschaftlich wichtig, schwer zu ersetzen, und seine Versorgung ist von
- 12 Unterbrechungen durch geopolitische Ereignisse bedroht.

- 13 Beide Kriterien hängen von der jeweiligen Perspektive ab: für wessen Wirtschaft die Mineralien
- 14 wichtig sind und wessen Lieferketten gefährdet sind.

- 15 Die EU verfügt bereits über robuste Lieferketten für die meisten Mineralien. Im Jahr 2022 importierte
- 16 Deutschland beispielsweise nahezu 80 Millionen Tonnen Metalle, davon rund 90 Prozent
- 17 Primärrohstoffe. Dieser erhebliche Rohstoffverbrauch ist nicht nachhaltig und liegt weit über dem,
- 18 was global als gerecht gilt.

- 19 Dabei rückt ein neokolonialistisches und extraktivistisches Verständnis von Verbrauch, Verteilung und
- 20 Verarbeitung immer wieder ins Licht. Diese Rohstoffliste wurde unter anderem von ehemaligen
- 21 Kolonialmächten und ihren engsten Handelspartner*innen verfasst und somit aus einer klaren
- 22 Machtperspektive heraus, die durch die aktuell anbahnende Militarisierung Europas und die Kürzung
- 23 der internationalen Hilfe zu deren Finanzierung noch verstärkt wird.

- 24 Die Gewinnung dieser Rohstoffe wird nachwievor unter ausbeuterischen Bedingungen in Ländern des
- 25 Globalen Südens durchgeführt und verfestigt den sogenannten Resource-Curse.

- 26 Wenn die Bevölkerungsschichten, die unter diesen Konsequenzen leiden, die Liste der kritischen
- 27 Rohstoffe festgelegt hätten, würde sie ganz anders aussehen. Sie würde Stoffe enthalten, die für das
- 28 menschliche Wohlbefinden unverzichtbar sind - Sand und Zement für den Wohnungsbau und die

29 Infrastruktur, Düngemittel für die Landwirtschaft, Salz für die Ernährung und die Konservierung von
30 Lebensmitteln, Chlor für die Wasseraufbereitung und Flussspat für die Fluoridierung. Dabei würde sie
31 auch die notwendigen Materialien für die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen und -
32 infrastrukturen beinhalten, wie etwa Hochwasserschutzanlagen und klimaresistente Sanierung vom
33 Baubestand.

34 Aus diesem Blickwinkel betrachtet, geht es bei der Sicherheit von Mineralien weniger um nationale
35 Sicherheit und die Erzielung größerer Gewinne aus dem Abbau, sondern vielmehr um Zugang und
36 ausreichende Versorgung für alle. Genauso wie Ernährungssicherheit als universelle Ernährung
37 verstanden wird, muss die Sicherheit von Mineralien universelle Bedürfnisse unterstützen -
38 Unterkunft, Mobilität, Kommunikation, Energie und Lebensunterhalt.

39 Das Gerangel um Ressourcen zur Förderung erneuerbarer Energien im globalen Norden vernachlässigt
40 die anhaltend hohen Kapitalkosten für Anlagen und den mangelnden Zugang zu Strom in den
41 Abbauländern. Der globale sozial-ökologische Übergang und die Bekämpfung der Klimakrise wird
42 krachend scheitern, wenn Länder von einer kohlenstoffarmen Entwicklung ausgeschlossen werden.

43 Die Senkung des Bedarfs an Primärrohstoffen im Globalen Norden ist unerlässlich, um die
44 Versorgungssicherheit zu erhöhen und gleichzeitig die verheerenden sozialen und ökologischen
45 Auswirkungen des Rohstoffabbaus weltweit zu minimieren.

46 **Wir fordern daher:**

- 47 ● eine dekoloniale Neuausrichtung der deutschen und europäischen Rohstoffpolitik, die globale
48 Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und die Stärkung lokaler Wertschöpfungsketten priorisiert
- 49 ● Eine Rohstoffpolitik, die an Unterstützung der Abbauländer bei der Entwicklung und
50 Umsetzung hin zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Infrastruktur geknüpft ist
- 51 ● Eine Rohstoffpolitik, die einen umweltfreundlichen Abbau unterstützt und die Rohstoffländer
52 nicht auf den Kosten der Auswirkungen des Abbaus auf die Umwelt dort sitzen lässt
- 53 ● eine Überarbeitung der Kriterien zur Einstufung von Mineralien als „kritisch“: Neben
54 wirtschaftlicher Bedeutung sollen ökologische und soziale Auswirkungen sowie eine
55 internationalistische Perspektive stärker berücksichtigt werden.
- 56 ● beschleunigte Maßnahmen zur Senkung des Bedarfs an Primärrohstoffen, u.a. durch
 - 57 ○ Förderung kleinerer und leichter Fahrzeuge, Sharing-Konzepte, und eine
58 Verringerung des Gewichts und der Größe von Neufahrzeugen.
 - 59 ○ Verpflichtende Standards im Bausektor sowie in der öffentlichen Beschaffung zur
60 Verwendung von Sekundärrohstoffen und die Wiederverwendung von Baustoffen.
 - 61 ○ neue europäische Partnerschaften zum beschleunigten Ausbau der lokalen
62 Kreislaufwirtschaft sowie deren konkrete praktische Umsetzung.

Antragsteller*innen: Juso-Arbeitskreis Internationales

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos möge beschließen:

E2_1/25 Resolution: Kein imperialistischer Frieden in der Ukraine

1 Seit über drei Jahren führt das von Wladimir Putin gesteuerte Russland einen brutalen Angriffskrieg
2 gegen die Ukraine. Dieser Krieg hat unermessliches Leid über die Menschen gebracht. Nicht nur
3 Soldat*innen an der Front sind betroffen, sondern auch die Zivilbevölkerung, insbesondere Kinder, die
4 täglich in Angst leben müssen. Wohnhäuser, Schulen und Krankenhäuser werden zerstört, während
5 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Die humanitäre Katastrophe nimmt kein
6 Ende, und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft ist dringender denn je.

7 Am 21. Januar zog Donald Trump erneut ins Oval Office ein. Ein Mann, der bereits in seiner ersten
8 Amtszeit für unberechenbare Entscheidungen bekannt war und dessen außenpolitische Haltung sich
9 stark von der seines Vorgängers unterschied. Ein Despot, welcher den Krieg in der Ukraine binnen 24
10 Stunden beenden wollte. Zum Glück missglückte dieser Vorsatz, denn das Leid, welches es der
11 Zivilbevölkerung gebracht hätte, wäre grausam gewesen. Ein übereilter, von den USA diktierten
12 "Frieden" hätte höchstwahrscheinlich die Interessen Russlands bevorzugt und die Ukraine zu
13 territorialen und politischen Zugeständnissen gezwungen. Die humanitären Folgen wären kaum
14 abzuschätzen – massive Vertreibungen, weitere Gewalt gegen Zivilist*innen und eine langfristige
15 Destabilisierung der gesamten Region.

16 Die kapitalistische Gier der USA zeigte sich erneut auf der Münchener Sicherheitskonferenz. Dort
17 unterbreitete die US-Delegation einen Vorschlag für einen "Rohstoff-Deal", der einseitig zugunsten
18 der Vereinigten Staaten ausgelegt war. Glücklicherweise lehnte Wolodymyr Selenskyj diesen ab. Doch
19 unter massivem Druck der US-Administration wurde ein neuer Deal ausgehandelt, der nach wie vor
20 inakzeptabel ist. Die Unterstützung der Ukraine darf nicht an wirtschaftliche Interessen gekoppelt
21 werden. Kein Staat, keine Großmacht und kein Wirtschaftsakteur darf versuchen, aus dem Leid der
22 ukrainischen Bevölkerung Profit zu schlagen. Kein Menschenleben darf gegen einen Geldwert
23 aufgewogen werden.

24 Trumps rücksichtslose Politik erreichte jedoch ihren gefährlichsten Punkt, als er entschied, sämtliche
25 Militärhilfen für die Ukraine zu streichen und den Austausch von Geheiminformationen mit der
26 ukrainischen Führung einzustellen. Diese Entscheidung ist mehr als nur eine politische Kursänderung
27 – sie ist ein direkter Angriff auf die Sicherheit der Ukraine und Europas. Die Vereinigten Staaten sind
28 der mit Abstand größte Waffenlieferant für die Ukraine. Ihre Unterstützung umfasst nicht nur Panzer,
29 Munition und Artillerie, sondern auch Schutzsysteme, die die ukrainische Bevölkerung vor
30 Raketenangriffen und Drohnenangriffen aus Russland bewahren. Die Einstellung dieser Lieferungen
31 gefährdet aktiv Menschenleben, schwächt die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine und spielt Putin
32 direkt in die Hände. Die europäische Gemeinschaft kann diese Lücke nicht eigenständig schließen.
33 Ohne eine verlässliche Unterstützung der USA könnte die Ukraine in eine noch bedrohliche Lage
34 geraten.

35 Auf eine von Donald Trump geführte USA ist kein Verlass. Seine "America first" Politik stellt nicht nur
36 die transatlantischen Bündnisse infrage, sondern gefährdet auch die gesamte europäische

37 Friedensordnung. Sollte sich dieser Kurs fortsetzen, droht eine Destabilisierung der NATO, was auch
38 die Sicherheit der europäischen Staaten gefährden wird. Europa muss sich der neuen Realität bewusst
39 werden: Es kann nicht mehr allein auf die Schutzmacht USA vertrauen, sondern muss eigenständige
40 sicherheitspolitische Strategien entwickeln, um Frieden und Stabilität zu gewährleisten.

41 Der Vorschlag der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ist auf den ersten
42 Blick eine sinnvolle Überlegung, auf den zweiten Blick Augenwischerei. "Der Plan ReARM Europe"
43 umfasst fünf Punkte. Lediglich Punkt 2 dient einer europäischen Lösung. Hier wird von Investitionen
44 in gemeinsame Schutz- und Waffensysteme geredet. Europa braucht nicht 27 nationale Armeen,
45 sondern eine starke Verteidigungsarmee. Ansonsten heißt es mehr Geld für die nationalen Staaten
46 und Anreize für private Investitionen. Weder die Nationalstaaten noch private Akteure sollten die
47 Zukunft des Kontinents in der Hand haben. Europäische Probleme brauchen europäische Lösungen.
48 Von der Präsidentin der mächtigsten EU Institution muss es ein klares Zeichen für ein geeintes Europa
49 geben.

Antragssteller*innen: Jusos Mitte und Juso-Arbeitskreis Queer*feminismus

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

E3_1/25 Gegen den Druck von Antifeminist*innen - Intersektionales Erinnern an sog. Trostfrauen!

1 Sogenannte "Trostfrauen" bezeichnen bis zu 200 Tausend Mädchen und Frauen aus dem gesamten
2 Asien-Pazifik-Raum, die während des Zweiten Weltkrieges durch das japanische Militär verschleppt,
3 missbraucht und sexuell versklavt wurden. Sie wurden in sogenannten „Militärbordellen“ oder
4 „Troststationen“ massenhaft vergewaltigt und oftmals unter falschen Versprechungen angeworben,
5 gewaltsam entführt oder durch Zwangsrekrutierungen in das System integriert. Die Geschichte der
6 sog. Trostfrauen wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lange verschwiegen und Akten,
7 Unterlagen und Beweise gezielt vernichtet. Die wenigen Opfer, die es zurückschafften, schwiegen aus
8 Angst vor sozialer Ächtung über die traumatischen Erfahrungen. Erst in den späten 1980er Jahren
9 begann eine öffentliche Diskussion über das Thema, nach dem betroffene Frauen ihre Geschichten
10 erzählten. Reaktionäre Gruppen in Japan und Südkorea leugnen diese Tatsachen und fordern den
11 Abbau der Statuen, die an verschiedenen Orten auf der Welt an die Opfer erinnern.

12 Im Jahr 2012 wurde ein Antrag für eine Resolution zu den sog. "Trostfrauen" im Deutschen Bundestag
13 mit dem Titel "Anerkennung und Wiedergutmachung des Leids der „Trostfrauen“ (Drucksache
14 17/8789) behandelt, dieser wurde durch die damals regierende schwarz-gelbe Koalition jedoch
15 abgelehnt. Die SPD-Bundestagsfraktion war wesentlich an diesem Antrag beteiligt. Das Europäische
16 Parlament hat bereits im Jahr 2007 eine Resolution mit dem Titel "Gerechtigkeit für die Trostfrauen"
17 verabschiedet, die von Aktivist*innen, die zu dem Thema arbeiten, gelobt wird.

18 Das Erinnern an sexualisierte Gewalt in Konflikten darf nicht durch Konservative und Liberale blockiert
19 werden. Es wird höchste Zeit, dass sich nach dem Europäischen Parlament auch der Deutsche
20 Bundestag endlich offiziell in dieser Sache positioniert. In der besonderen historischen und
21 erinnerungspolitischen Verantwortung an die Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges kommt hier der
22 deutschen Gesellschaft eine besondere Verantwortung des Gedenkens zu.

23 ● Daher fordern wir einen Antrag auf eine Resolution des Deutschen Bundestags zur Bekundung
24 seiner Solidarität mit denjenigen, die während des Zweiten Weltkriegs Opfer des Systems der
25 sogenannten Trostfrauen waren.

26 Für Aktivist*innen, die sich für das Gedenken an die sog. Trostfrauen einsetzen, würde eine solche
27 Resolution eine bessere Grundlage schaffen, um sich gegen Angriffe zu wehren. So stehen auf der
28 ganzen Welt "Friedensstatuen", die an die sog. Trostfrauen erinnern. Sie sind Symbol für eine
29 transnationale, feministische, antirassistische und dekoloniale Erinnerungspolitik. An vielen Orten
30 wird dieses Erinnern durch Politik und Verwaltung verhindert oder erschwert. So wurde eine
31 Friedensstatue in Kassel abgebaut und die Friedensstatue in Berlin-Moabit steht seit Jahren unter
32 Druck, da die zuständige Bezirksbürgermeisterin von den Grünen nach intensivem Druck der

33 japanischen Regierung auf höchster Ebene, verkündet hat, die Statue abbauen lassen zu wollen. Wenn
34 antifeministische und geschichtsrevisionistische Ansichten und Bewegungen weltweit zunehmen,
35 müssen wir uns klar positionieren und solidarisieren: Niemals dürfen wir als Feminist*innen und
36 Antifaschist*innen dem Druck der Täter nachgeben. Es ist unsere Pflicht, zu erinnern und zu mahnen.

37 Daher fordern wir:

- 38 ● den Erhalt aller Friedensstatuen
- 39 ● eine auskömmliche Förderung der Projekte, die anhand der Geschichte der sog. Trostfrauen
40 über sexualisierte Gewalt aufklären und an diese erinnern
- 41 ● Solidarität mit den Aktivist*innen, die sich für das Gedenken an die sog. Trostfrauen einsetzen
- 42 ● dass sich auf internationaler Ebene und in diplomatischen Gesprächen mit der japanischen
43 Regierung für eine nachhaltige Anerkennung der Verbrechen und ein würdiges Erinnern an
44 die sog. Trostfrauen eingesetzt wird.

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

E4_1/25 All eyes on Sudan!

1 TW: Krieg, Gewalt, Tod

2 Der Bürgerkrieg im Sudan erhält aktuell sehr wenig internationale und mediale Aufmerksamkeit. Und
3 das obwohl die Vereinten Nationen (UN) die aktuelle Lage im Sudan als eine der größten humanitären
4 Krisen weltweit beschreiben. Laut Berichten sind mehr als 14 Mio. Menschen auf der Flucht; ca. 3
5 Millionen sind in drei Nachbarländer Tschad, Ägypten und Südsudan geflohen, der Großteil der
6 Menschen ist jedoch innerhalb des Landes auf der Flucht. Über 26 Millionen Menschen hungern, das
7 ist etwa die Hälfte der Bevölkerung.

8 Die Berichte über die Auswirkungen des Bürgerkrieges sind grausam: es kam zu Plünderungen von
9 Eigentum, Entführungen, sexualisierter Gewalt, Hinrichtungen und gezielter Ermordung von
10 ethnischen Gruppen, also Verdacht von Genozid. Insgesamt sind zehntausende Zivilisten bereits im
11 Konflikt ermordet worden. Die medizinische Versorgung ist zusammengebrochen und Krankheiten wie
12 Cholera, Malaria, Masern und Röteln breiten sich aus.

13 Der Krieg im Sudan begann im April 2023. Es kam in diesem Monat zum Machtkampf zwischen dem
14 damalige Machthaber General Abdel Fattah al-Burhan und seinem Vize General Mohamed Hamdan
15 Dagalo (Hemedti). Die Armee unter Befehl des Machthabers kämpft gegen die von Daglo angeführten
16 Rapid Support Forces (RSF).

17 Die RSF wurde 2013 gegründet und entstand aus der Janjaweed Miliz, welche Rebellen in Dafur
18 bekämpfte. Bei diesen Kämpfen kam es laut Berichten zur gezielten Tötung von nicht-arabischen
19 Sudanese*innen. Auch massive Menschenrechtsverletzungen wie die Tötung von 120
20 Demonstrierenden im Juni 2019 werden der RFS vorgeworfen. Die RSF war auch in Konflikten im
21 Yemen und Libyen eingesetzt. Die Journalistin Anna-Theresa Bachmann beschreibt die RSF als eine Art
22 Mafia, die in verschiedenen Branchen Geschäfte betreibt. Zu dem „Businessimperium“ gehört auch
23 eine Sicherheitsfirma des Bruders Daglos. Diese sei auch von westlichen Botschaften wie der
24 Deutschen und Hilfsorganisationen engagiert worden.

25 Aber auch das sudanesisches Militär wurde wegen Kriegsverbrechen angeklagt. Das Militär hatte bspw.
26 Luftangriffe und Artilleriefeuer in Krankenhäusern gestartet, während sich die Patienten noch im
27 Gebäude befanden.

28 Laut der Nachrichtenagentur Reuters sagen UN-Experten, dass die RSF während des gesamten Krieges
29 von benachbarten afrikanischen Staaten wie Tschad, Libyen und Südsudan unterstützt wurde. Die
30 Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) wurden beschuldigt, die RSF zu bewaffnen. Es gibt auch
31 Berichte, dass Iranisch hergestellte bewaffnete Drohnen der Armee geholfen haben Territorium

32 zurückzugewinnen. Insgesamt sind also deutlich mehr Akteure in den Bürgerkrieg im Sudan involviert,
33 als das Militär und die RSF.

34 Der Konflikt im Sudan dauert schon mehrere Jahrzehnte an. Nach der Unabhängigkeit der britischen
35 Kolonialherrschaft, kam es im Sudan immer wieder zu Putschen und abwechselnd militärischen und
36 zivilen Regierungen. 2019 wurde der Machthaber Omar Al-Bashir, der seit 1989 nach einem
37 Militärputsch autoritär herrschte, durch riesige Straßenproteste mit anschließendem Putsch aus dem
38 Amt abgesetzt und verhaftet.

39 Eine militärisch-zivile Regierung übernahm die politische Macht anschließend bis Oktober 2021, als
40 diese durch einen erneuten Putsch durch Gen Burhan. Nach diesem übernahm ein Rat an Generälen
41 (u.a. Dagalo und Burhan) die politische Macht. Im Dezember 2022 wurde ein Rahmenabkommen zur
42 Rückerlegung der Macht in die Hände von Zivilisten vereinbart, aber die Gespräche zur Fertigstellung
43 der Details scheiterten. Besonders Burhan und Dagalo konnten sich nicht über die Zukunft des Landes,
44 mit nicht-militärischer Herrschaft einigen. Pläne, die RSF in das sudanesisches Militär zu überführen,
45 scheiterten vermutlich auch an der Frage der Macht. Nachdem die RSF zu verschiedenen Orten des
46 Landes versetzt wurde, kam es zu ersten militärischen Auseinandersetzungen, die zum Bürgerkrieg
47 führten.

48 Im Sudan leben viele Menschen unterhalb des Armutsrisikos. Durch den Bürgerkrieg hat sich die
49 wirtschaftliche Situation des Landes massiv verschlechtert - die Wirtschaftsleistung ist im Jahr 2023
50 laut dem sudanesischen Finanzminister um 40% gesunken, was die Situation vieler Menschen noch
51 drastischer gestaltet.

52 Internationale Initiativen, um den Krieg zu beenden oder auch nur einen Waffenstillstand zu
53 vermitteln, sind bislang gescheitert. Zuletzt im August 2024, als sich das sudanesisches Militär weigerte,
54 an den von den USA vermittelten Gesprächen in Genf teilzunehmen. Seitdem haben sich die Kämpfe
55 nur noch verschärft.

56 Auf einer Unterstützungskonferenz für den Sudan in Paris Mitte April 2024 kündigte die deutsche
57 Außenministerin Annalena Baerbock an, den Sudan mit weiteren 244 Millionen Euro zu unterstützen.
58 Weitere 350 Millionen versprach die EU, 138 Millionen die USA und 110 Millionen Frankreich.
59 Insgesamt wurden Hilfen von über zwei Milliarden Euro zugesagt. Aktuell sind besonders die Zusagen
60 aus den USA als unsicher einzuschätzen.

61 Diese angekündigten finanziellen Unterstützungen sind aus unserer Sicht nicht ausreichend, um eine
62 langfristige Verbesserung der Lage im Sudan sicherstellen zu können.

63 **Wir fordern deshalb:**

- 64 • Europäische Initiative zu Verhandlungen für Waffenstillstand und einen langfristigen
65 Frieden, welcher lokale Akteure und die lokale Zivilgesellschaft inklusive marginalisierter
66 Gruppen, aus dem Sudan, aber auch involvierte Länder wie bspw. Saudi-Arabien und
67 Ägypten einschließt und nach Vorstellungen von sudanesischen zivilgesellschaftlichen
68 Gruppen und NGO's (Nichtregierungsorganisationen) gestaltet wird
- 69 • zusätzliche europäische Verhandlungen mit RSF zur Abgabe von Waffen und zum
70 Übergang von Kämpfer*innen in ziviles Leben

- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- 85
- 86
- Sofortige finanzielle und materielle Unterstützung durch die EU und die Bundesregierung von internationalen und lokalen Organisationen, welche sich um Binnengeflüchtete, Verletzte und andere Betroffene des Krieges kümmern
 - Bereitstellung von unverzüglichen Hilfen in Form von Lebensmitteln und notwendigen Medikamenten/ Impfungen durch die EU und die Bundesregierung
 - Unterstützung durch die Europäische Union und die Bundesregierung bei der Dokumentation und Verfolgung von Kriegsverbrechen
 - Finanzielle und materielle Unterstützung durch die EU und die Bundesregierung von Organisationen und Ländern, welche sich um die geflüchteten Sudanese*innen im Ausland kümmern
 - Vereinfachte Möglichkeiten für Schutzsuchende nach Deutschland einzureisen und Schutz zu erhalten (z.B. über Botschaften in Ägypten)
 - sofortiger Stopp der Beschäftigung der Sicherheitsfirma von Douglas Bruder
 - Langfristige Unterstützung durch die EU und die Bundesregierung beim Aufbau von demokratischen und rechtsstaatlichen politischen Institutionen unter Einbindung von zivilen, sudanesischen Akteuren

Antragsbereich F: Finanzen und Steuern

Antragssteller*innen: Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

F1_1/25 In die Zukunft steuern!

1 Geld und Macht sind in unserer kapitalistischen Gesellschaft unweigerlich miteinander verknüpft. Die
2 Frage nach einer gerechten Besteuerung basierend auf rationalen Erwägungen und empirischen
3 Erkenntnissen ist damit maßgebend für das Ziel, sozialen und ökonomisch nachhaltigen Wohlstand für
4 alle Menschen zu sichern. Ein Steuersystem sollte daher insbesondere Kapital und Vermögen statt
5 Arbeit belasten, gendergerechte Besteuerungsergebnisse erzielen, queerfeindliche Systeme
6 bekämpfen und strukturelle Unterdrückung beenden, durch rassistische und koloniale Strukturen
7 entstandene Vermögens-, Einkommens- und Machtungleichgewichte angreifen und dabei helfen, ihre
8 erneute Entstehung national und international zu verhindern, ökologisches und sozial-nachhaltiges
9 Wirtschaften steigern sowie regionale Lebensverhältnisse angleichen.

10 Steuern haben dabei vornehmlich eine Umverteilungs- sowie eine gesellschaftliche und
11 wirtschaftliche Steuerungs- und Lenkungsfunktion. Indirekte Steuern können zur gezielten Lenkung
12 der Produktion beitragen, indem durch sie erhöhte Produktionskosten die Investitionen und
13 Produktion in bestimmten Bereichen senken oder verlagern. Die Lenkung individuellen
14 Konsumverhaltens durch eine indirekte Besteuerung lehnen wir aufgrund der nicht bzw. kaum zu
15 vermeidenden sozialen Ungerechtigkeiten ab.

16 Der Staat ist als Träger der Besteuerung in hohem Maße auf die Mitwirkung steuerpflichtiger Personen
17 angewiesen. Im derzeitigen System profitieren insbesondere Gruppen mit bereits hoher Macht- und
18 Kapitalkonzentration von zahlreichen Möglichkeiten, diese Mitwirkung zu verweigern oder auf Grund
19 der Komplexität des Systems Lücken zu finden. Ein umfassendes Eigentums-, Besitz- und
20 Vermögensregister ist deshalb die notwendige Voraussetzung einer gerechten Besteuerung, um so
21 gesellschaftliche Klarheit über die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Mitgliedes der Gesellschaft zu
22 erhalten. Darüber hinaus muss das sozialistische Steuersystem dem Grundsatz "So einfach wie
23 möglich, damit möglichst jeder das System versteht und versteckte Lücken geringer werden und so
24 komplex wie nötig, damit ausreichende Einzelfallgerechtigkeit gewahrt ist" folgen.

25 Die SPD Berlin wird daher in (zukünftigen) Regierungen sowie der Abgeordnetenhaus- wie
26 Bundestagsfraktion folgende Steuerreformen anstreben:

- 27 1. Die Einrichtung eines umfassenden Eigentums-, Besitz- und Vermögensregisters auf Landes-
28 und langfristig auch auf Bundesebene.
- 29 2. Die Einführung einer Meldepflicht für von Beratenden und Wirtschaftskanzleien errichtete
30 Steuerkonstruktionen.

- 31 3. Die Abschaffung der Grundsteuer und ihr Ersatz durch ein reformiertes
32 Vermögenssteuerkonzept (s.u.) sowie die Abschaffung der Gewerbesteuer und ihr Ersatz
33 durch eine Erhöhung der Körperschaftssteuer um 15%, um den regionalen
34 Unterbietungswettbewerb zu beenden.
- 35 4. Um den finanziellen Bedarf der Gemeinden abzudecken, soll ein bundesweiter Fond
36 eingerichtet werden, in den die neue Körperschaftsteuer sowie Anteile der Vermögens-,
37 Erbschafts- und Einkommensteuer einfließen, die als Bundessteuern ausgestaltet werden.
38 Dieser Fond wird dann nach einem Schlüssel unter Einbezug eines Flächen- wie
39 Bevölkerungsfaktors sowie der Arbeitsplätze verteilt.
- 40 5. Die Umgestaltung der Erbschaft- und Schenkungsteuer als Bundessteuer, die alle
41 übertragenen Vermögenswerte abzüglich zusammenhängender Verbindlichkeiten erfasst. Für
42 betriebliche und auf Unternehmensanteile anfallende Steuerschulden soll es verschiedene
43 Möglichkeiten der Begleichung geben (Stundung, Demokratisierungsprozesse). Diese
44 Erbschaft- und Schenkungsteuer soll ferner folgende Punkte beinhalten:
- 45 a. ein lebenslang einziger und universeller Grundfreibetrag in Höhe von 999.999 Euro
 - 46 b. außerhalb des Grundfreibetrags soll der Steuersatz mit 10% für die erste Million
47 einsteigen
 - 48 c. die Ausgestaltung der Progression als Stufensteuer und wächst mit jeder Million um
49 10% an (20% auf die zweite Million, 30% auf die dritte Million usw.) bis zu einem
50 Erreichen von 90% und einem Verbleib auf dieser Höhe
- 51 6. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Bundessteuer, bei der ausschließlich
52 natürliche Personen, Einheitsgesellschaften sowie Stiftungen besteuert werden, nicht aber
53 Gebrauchsvermögen. Diese Vermögensteuer soll ferner folgende Punkte beinhalten:
- 54 a. ein pauschaler Freibetrag von 2 Millionen Euro pro Person, ein zusätzlicher Freibetrag
55 von 3 Millionen Euro für eine selbst bewohnte Immobilie und einen Freibetrag von 5
56 Millionen Euro für ein selbst geführtes Unternehmen, welches sich zu mindestens 25%
57 im eigenen Besitz befindet
 - 58 b. ein pauschaler Freibetrag von 10 Millionen Euro für Stiftungen
 - 59 c. Vermögen über den Freibeträgen soll mit einem Satz von 1% pro Jahr besteuert
60 werden. Dieser Satz soll bis zu einem Wert von 3% ab einem zu versteuernden
61 Vermögen von 50 Millionen Euro ansteigen.
- 62 7. Die Umgestaltung der Einkommensteuer, sodass sie einer konvexen Kurve folgt und flach
63 ansteigt, sodass der Grenzsteuersatz für das Durchschnittseinkommen nicht über 25% liegt,
64 dann aber steil progressiv ansteigt, sodass sie beim zwanzigfachen des
65 Durchschnittseinkommens zum Höchststeuersatz von 80% übergeht. Diese Einkommensteuer
66 soll ferner folgende Punkte beinhalten:
- 67 a. eine einheitliche Besteuerung aller Einkommen unabhängig davon, ob sie aus Arbeit,
68 Kapitalertrag oder anderen Quellen stammen
 - 69 b. das Erheben der Einkommenssteuer direkt am Ort der Wertschöpfung

- 70 c. das System der Lohnsteuer beibehalten und das der Kapitalertragsteuer in ein
71 vergleichbares überführen
- 72 d. Die vollständige Abschaffung des Splittingtarifs (Ehegattensplitting) zugunsten
73 konsequenter Individualbesteuerung
- 74 8. Auf Ebene der Körperschaftsteuer soll eine erste Besteuerung in Kombination des
75 Mindestlevels internationaler Vereinbarungen (15%) und des Ersatzes der Gewerbesteuer
76 (15%) von aktuell insgesamt 30% geschehen. Die hauptsächliche Besteuerung soll dann auf
77 Ebene der Ausschüttungen erfolgen und unabhängig von der Höhe der Beteiligung voll in der
78 persönlichen Einkommensteuerpflicht des Gesellschafters berücksichtigt werden.
- 79 a. Eine steuerliche Entlastung von wenig kapitalintensiven Kleinst- und Kleinbetrieben,
80 indem nur noch bei Kleinst- und Kleinbetrieben das Teileinkünfteverfahren
81 anwendbar ist.
- 82 9. Die Abschaffung der Umsatzsteuer.
- 83 10. Die Einführung einer Treibhausgassteuer, welche die bisherige CO₂-Steuer, sowie alle
84 spezifischen Steuern auf Treib- und Brennstoffe ersetzt.
- 85 11. Keine Besteuerung von Suchtmitteln wie Alkohol, Tabak und THC-haltigen Produkten, sowie
86 keine Fleisch- oder Zuckersteuer.
- 87 12. Eine Ausgestaltung der Glücksspiel-Besteuerung als zusätzliche Gewinnbesteuerung.

Antragssteller*in: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg und Juso-Arbeitskreis Klima und Umwelt

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

F2_1/25 Die Strompreise müssen runter – für eine sozial gerechte und schnelle Energiewende

1 Durch ein konsequentes Vorantreiben durch die Ampel-Regierung hat die Energiewende in
2 Deutschland in den letzten Jahren deutlich an Fahrt aufgenommen. Dabei ist die Energiewende in drei
3 zentrale Sektoren zu unterteilen:

- 4 • Strom: Ende der Verstromung von Kohle und Erdgas und Ersetzen durch Erneuerbare Energien
5 wie Wind und Photovoltaik
- 6 • Wärme: Abschaffung aller fossilen Öl- und Gasheizungen sowie der fossilen Fernwärme und
7 Ersetzen durch klimaneutrale Heizungen, allen voran Wärmepumpen
- 8 • Verkehr: Abkehr vom Verbrennungsmotor und Ersetzen durch klimaneutrale Antriebe, allen
9 voran E-Autos sowie Verlagerung des Verkehrs vom motorisierten Individualverkehr hin zum
10 öffentlichen Verkehr

11 In der ersten Phase der Energiewende wurde vor allem die Stromwende vorangetrieben: Hier liegt der
12 Anteil der Erneuerbaren mittlerweile bei ca. 60% und der Ausbau von Wind- und Solarenergie boomt.
13 So ist 100% erneuerbarer Strom in ca. einem Jahrzehnt in Deutschland realistisch. Jetzt tritt
14 Deutschland in eine neue Phase der Energiewende, die Dekarbonisierung im Wärme- und
15 Verkehrssektor müssen genauso vorangetrieben werden wie der klimaneutrale Umbau der Industrie
16 und Landwirtschaft.

17 Auffällig ist hierbei, dass die meisten klimaneutralen Technologien auf elektrischem Strom als
18 Energieträger basieren. In den nächsten 20 Jahren sollen in Deutschland viele Millionen
19 Wärmepumpen und E-Autos verkauft werden. Auch die Produktion von grünem Wasserstoff soll
20 massiv hochgefahren werden. Für all diese Anwendungen wird sehr viel günstiger grüner Strom
21 benötigt.

22 Deutschland wird in einigen Jahrzehnten erstmals an den Punkt gelangen, an dem elektrischer Strom
23 der wichtigste Energieträger wird, der alle alltäglichen Lebensbereiche durchzieht. Strom wird ein
24 menschliches Grundbedürfnis wie fließendes, sauberes Wasser. Daher muss es aus sozialer
25 Perspektive unser Ziel sein, dass die Strompreise so weit wie nur irgendwie möglich sinken. Auch die
26 Energiewende wird in diesem Fall schneller vorankommen, da niedrige Strompreise für niedrige
27 Betriebskosten von klimaneutralen Technologien sorgen und so Privatpersonen wie auch
28 Unternehmen eher auf diese umsteigen. Die Kosten für die Verwendung fossiler Brennstoffe müssen
29 durch steigende CO₂-Kosten steigen, gleichzeitig müssen aber auch die Kosten für klimaneutrale
30 Technologien sinken. Niedrige Strompreise sind also sowohl sozial- als auch klimapolitisch unbedingt
31 notwendig. Sie sind einer der, wenn nicht der wichtigste Baustein für das weitere Gelingen der
32 Energiewende.

33 Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat zum 01.04.2024 einen durchschnittlichen Strompreis für
34 Haushaltskunden von 41,59 ct/kWh angegeben. Dieser setzt sich aus folgenden Anteilen zusammen:

- 35 • Beschaffung, Vertrieb und Marge: 18,10 ct/kWh
- 36 • Netzentgelt: 13,22 ct/kWh
- 37 • Steuern, Abgaben und Umlagen: 10,27 ct/kWh

38 Die Kosten, die beim stromproduzierenden Unternehmen, wie beispielsweise Vattenfall, anfallen,
39 machen also weniger als die Hälfte des Strompreises aus.

40 Daher fordern wir, dass die Netzentgelte sowie alle Steuern, Abgaben und Umlagen vollständig
41 entfallen. Der Betrieb der Stromnetze muss vollständig in die öffentliche Hand überführt werden.
42 Insbesondere die Stromsteuer ist sozial ungerecht und muss daher ersatzlos gestrichen werden.

Antragssteller*innen: Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

F3_1/25 Millionenerben müssen nicht geschont werden: Für eine Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung und weiterer Steuertricks

- 1 In Deutschland ist das Vermögen sehr ungleich verteilt, momentan besitzen die obersten 10% mehr
- 2 als zwei Drittel alles Vermögens in Deutschland, während die untere Hälfte der Bevölkerung fast kein
- 3 Vermögen oder sogar Schulden „besitzt“. Das in Deutschland weiterhin starke Ideal der
- 4 Leistungsgesellschaft kann diese Vermögensungleichheit nicht mehr erklären. Mehr als die Hälfte des
- 5 Vermögens in Deutschland ist mittlerweile ererbtes Vermögen.
- 6 Dieses Vermögen kommt wiederum vor allem den reichsten Erben zugute, da sie übermäßig von
- 7 Ausnahme- und Sonderregeln profitieren.
- 8 Eine prominente Sonderregel bietet dabei der Paragraf 28a des Erbschaftssteuer- und
- 9 Schenkungsgesetzes. Wird Vermögen vererbt oder verschenkt, das in einem Betrieb steckt (also z.B
- 10 Firmenanteile) ist diese Übertragung bis zu einer Summe von 26 Millionen Euro alle zehn Jahre
- 11 steuerfrei. Dieses Vermögen, das von Steuern befreit wird, nennt sich begünstigtes Vermögen. Bei
- 12 höheren Beträgen fällt eigentlich eine Steuer an.
- 13 Diese wird teilweise erlassen (bei bis zu 26 Millionen noch zu 100%), wobei immer mehr Steuern
- 14 anfallen bis zu einer Summe von 90 Millionen, wo eigentlich keine Verschonungen mehr vorgesehen
- 15 sind.
- 16 Dort greift aber eine Ausnahme, die Verschonungsbedarfsprüfung: Wenn der oder die Erbin zum
- 17 Zeitpunkt der Übertragung die Steuer mit der Hälfte des privaten Vermögens nicht bezahlen kann,
- 18 wird keine Steuer fällig. Egal ob der*die Erb*In davor oder danach das Geld besaß.
- 19 Diese Regelungen werden in der Praxis bei millionenschweren Übertragungen massiv ausgenutzt, zum
- 20 Beispiel indem Vermögen an weniger reiche Enkel übertragen wird (33 Milliarden Euro zwischen 2009
- 21 und 2020) oder indem man es einer neu gegründeten, vermögenslosen Stiftung vermacht, wobei egal
- 22 ist wieviel die Beteiligten der Stiftung besitzen.
- 23 Weiterhin wird die zeitgleiche Übertragung zweier begünstigter Vermögen nicht addiert. Erhält also
- 24 ein Kind von beiden Elternteilen je 25 Millionen Euro als Übertragung fallen keine Steuern an, wie es
- 25 bei 50 Millionen Euro eigentlich der Fall sein müsste.
- 26 Ein weiteres Mittel der Steuerumgehung ist es private Luxusgegenstände (Autos, Yachten, Kunst) zum
- 27 Stichtag der Übertragung in Betriebsvermögen umzuführen (man lässt seine eigene Firma das eigene
- 28 Auto kaufen z.B.) und damit steuerfrei weiterzugeben.

- 29 Durch den Paragraphen 28a wurden allein im Jahre 2023 2,126 Milliarden Euro von 2,132 Milliarden
- 30 Euro möglicher Steuern erlassen. Damit nahm der Fiskus nur 0,3% der möglichen Steuereinnahmen
- 31 ein. Dabei ist davon auszugehen, dass der Großteil dieser Summe an Erb*Innen ging, die die Steuer
- 32 geschickt umgingen.

33 Solche Sonderregeln führen dazu, dass Übertragungen über 20 Millionen Euro mit durchschnittlich
34 4,5% besteuert wurden, während alle kleineren Übertragungen mit 9% doppelt so hoch besteuert
35 waren.

36 Diese Tatsachen widersprechen massiv dem Gleichheitsideal der Sozialdemokratie und führen dazu,
37 dass weite Teile der Bevölkerung sich – Zu Recht- ungerecht behandelt fühlen müssen. Organisationen
38 wie die OECD und der Internationale Währungsfonds sehen darin ein großes Risiko für den sozialen
39 Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft und damit für die Demokratie an sich.

40 Anstatt einer Steuerbefreiung durch die Verschonungsbedarfsprüfung könnte es, sollte eine Zahlung
41 die Liquidität der Empfängerin tatsächlich gefährden, Stundungsregelungen geben. So wie es bei der
42 Besteuerung von Vermögen von Stiftungen schon der Fall ist (Erbsatzsteuer), könnte die
43 Steuerschuld auf einen Zeitraum von 30 Jahren gestundet werden, und aus den laufenden Einnahmen
44 abgezahlt werden. Anstatt einer bürokratisch aufwendigen Bedarfsprüfung, sollte die Steuerstundung
45 verzinst werden. Ein Zinssatz von 5,5%, wie es bei der Erbsatzsteuer von Stiftungen der Fall ist,
46 scheint angemessen zu sein. Bei einem Unternehmensverkauf müssten die Steuern selbstverständlich
47 sofort komplett gezahlt werden.

48 Im Wahlprogramm zu dieser Bundestagswahl forderte die SPD zwar eine Reform von
49 Ausnahmeregelungen im Allgemeinen, nannte aber keine konkreten Maßnahmen. Diese Leerstelle
50 soll mit diesem Antrag teilweise gefüllt werden.

51 **Daher fordern wir:**

- 52 • Die Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung.
- 53 • Stattdessen die Einführung einer Stundung der Erbschafts- und Übertragungssteuer, nach
54 dem Vorbild der Erbsatzsteuer.
- 55 • Die Abschaffung der 100% Verschonung und stattdessen eine Regel- und
56 Optionsverschonung, die bei 85% beginnt und ohne Ausnahmen auf 0% Verschonung sinkt.
- 57 • Die entsprechenden Finanzbehörden sollen Umgehungsmaßnahmen wie überkreuzte
58 Übertragungen, Kettenschenkungen und Vermögensumwandlungen stärker überprüfen,
59 indem auch das Vermögen abseits des Stichtags in den Blick genommen wird. Die genannten
60 Maßnahmen sollen verboten und strenger kontrolliert werden.

Antragsbereich I: Inneres und Justiz

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

I1_1/25 Antragsfrist für Überlebende von häuslicher Gewalt

1 Triggerwarnung: Körperverletzung & Gewalt

2 Das Grundgesetz beansprucht, dass "jeder (...) das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit"
3 hat. Dennoch ist die Realität erschütternd: Jeden Tag erleiden mehr als 700 Menschen in Deutschland
4 häusliche Gewalt und jeden zweiten Tag stirbt eine Frau durch Partnerschaftsgewalt. Studien belegen
5 zudem, dass Frauen weiterhin häufiger von Diskriminierung und Gewalt betroffen sind als Männer.
6 79,2% der Betroffenen von Partnerschaftsgewalt sind Frauen. Diese hohen Zahlen von häuslicher
7 Gewalt sind alarmierend und erfordern sofortiges Handeln. Hierbei darf Gerechtigkeit kein leeres
8 Versprechen sein. Sie muss in konsequenter juristischer Verfolgung umgesetzt werden. Gewalt gegen
9 Frauen sollte zum Kern dessen werden, was unter "Sicherheitspolitik" verstanden wird.

10 Körperverletzung wird in der juristischen Praxis und Literatur als "einfache" und "vorsätzliche"
11 Körperverletzung bezeichnet. Dadurch wird diese Art der Körperverletzung von der gefährlichen,
12 schweren und fahrlässigen Körperverletzung unterschieden. Zu der vorsätzlichen Körperverletzung
13 zählen die objektiven Tatbestände "körperliche Misshandlung" und "Gesundheitsschädigung". Das
14 umfasst zum Beispiel Schläge, Kratzer, Tritte und Würgen (ohne bleibende Schäden) sowie Prellungen,
15 blaue Flecken und leichte Schnittwunden. Grundsätzlich umfasst sie solche Verletzungen, die keine
16 bleibenden körperlichen Schäden verursachen.

17 Eine vorsätzliche Körperverletzung ist ein Antragsdelikt. Somit müssen Betroffene einen Strafantrag
18 gegen Täter stellen, damit die Tat juristisch verfolgt werden kann. § 77b Abs.1 besagt, dass "eine Tat,
19 die nur auf Antrag verfolgbar ist, nicht verfolgt wird, wenn der Antragsberechtigte es unterlässt, den
20 Antrag bis zum Ablauf einer Frist von drei Monaten zu stellen." Demnach kann ein Antrag nur binnen
21 drei Monaten gestellt werden. Dies ist der Fall bei den meisten Betroffenen von häuslicher Gewalt.
22 Denn bei 56,3% dieser Fälle handelt es sich um vorsätzliche Körperverletzung. Die Frist beginnt mit
23 dem Tag, an dem der zur Antragstellung Berechtigte von der Tat und der Person des Täters Kenntnis
24 erlangt. Wenn der Antrag über diese Frist hinaus gestellt wird, kann dieser nur verfolgt werden, wenn
25 ein "besonderes öffentliches Interesse" besteht. Ansonsten wird das Verfahren eingestellt und es
26 folgen keine juristischen Konsequenzen für den Täter. Fälle werden nur dann stets von Amts wegen
27 verfolgt, wenn eine Tat vorliegt, die die Schwelle zur "gefährlichen Körperverletzung", "schweren
28 Körperverletzung" oder "Körperverletzung mit Todesfolge" überschreitet, da es sich hierbei um
29 Offizialdelikte handelt. Diese umfassen unter anderem Fälle, in denen sichtbare Strangulationsspuren,
30 Messerstiche, Verätzungen, bleibende Hirnschäden, Sehverlust sowie der Einsatz von Gift oder
31 (Schlag-)Waffen nachgewiesen werden können.

32 Jedoch sollte es nicht so weit kommen müssen. Häusliche Gewalt soll unabhängig von einer Frist
33 verfolgt werden können.
34 Es dauert meistens länger als nur drei Monate, bis Betroffene gegen Gewalttäter*innen aussagen. Das
35 liegt daran, dass Überlebende von häuslicher Gewalt zuerst den Mut brauchen, gegen ihre*n (Ex-
36)Partner*in oder Familienmitglied auszusagen. Darauf verweist auch die Sonderbeauftragte von
37 INTERPOL, Roraima Andriani, bei den Vereinten Nationen in einer Rede vor der UN-
38 Generalversammlung am Tag des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen:
39 „Die Anzeige von Missbrauch erfordert außerordentlichen Mut“. Zudem sollte ein*e Leidtragende*r
40 von Gewalt sich vor dem Aussagen in einem sicheren Umfeld befinden. Insbesondere die Zeit während
41 oder nach einer Trennung ist für Betroffene der gefährlichste Moment. Es gibt einen 75-prozentigen
42 Anstieg von Gewalt in Partnerschaften für mindestens zwei Jahre nach einer Trennung. Das ist häufig
43 durch den Umstand bedingt, dass der Täter den Verlust von Macht und Kontrolle über den/die
44 Betroffene*r verliert. Weil das Risiko für Überlebende häuslicher Gewalt nach einer Aussage gegen
45 den gewalttätigen Partner steigen kann, ist es wichtig, dass diese dabei Schutz und Unterstützung
46 bekommt. Doch nicht nur Mut und Sicherheit sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass Leidtragende
47 von Gewalt gegen Täter aussagen. In gewaltsamen Beziehungen sind Betroffene oft vom Täter
48 abhängig - und das vor allem finanziell. Auch deshalb fällt es den betroffenen Personen schwer, eine
49 alternative und sichere Bleibe während des Prozesses des Fliehens zu finden. Solange Überlebende
50 keinen Rückzugsort haben oder keine Maßnahmen zur Flucht ergreifen können, ist es gefährlich,
51 gegen den Täter auszusagen. Zusätzlich sind Betroffene in den meisten Fällen von engen Kontakten
52 isoliert. Das erschwert das Auffinden von Hilfe in solchen Fällen ebenfalls. Darüber hinaus ist es für
53 Betroffene von Gewalt oftmals schwer, die schambehaftete Beziehungssituation und
54 Gewalterfahrung zu benennen und dementsprechend zeitnah zu reagieren. Betroffene empfinden in
55 einer solchen Lage oft Scham, verbunden mit der Angst, nicht ernst genommen zu werden. Daher ist
56 es umso wichtiger, dass sie von staatlicher Seite Beachtung und Respekt erhalten.

57 Es ist erschütternd, dass die Aussichten auf Gerechtigkeit äußerst gering sind, wenn Überlebende von
58 häuslicher Gewalt die strikte Dreimonatsfrist nicht einhalten können. Dies kann dazu führen, dass sie
59 vom Justizsystem im Stich gelassen werden und sie im Falle erneuter Gewalt eine weitere Aussage
60 aufgrund von Entmutigung vermeiden. Hierdurch würde die Diskrepanz zwischen der wirklichen Zahl
61 und der Dunkelziffer steigen, was dazu führen würde, dass weitere Versuche zur Reduzierung von
62 häuslicher Gewalt nur eingeschränkt wirksam wären.

63 Im Jahr 2011 hat sich Deutschland dazu verpflichtet, die Maßnahmen der Istanbul-Konvention
64 umzusetzen. In der 2017 von Deutschland ratifizierten Konvention geht es darum, Gewalt gegen
65 Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern und bekämpfen, Maßnahmen zum Schutz von Betroffenen
66 umzusetzen, Straftaten konsequent zu verfolgen, und politische Maßnahmen zu koordinieren. Es ist
67 daher dringend notwendig, den Zugang zur Gerechtigkeit für Frauen, Mädchen und weitere
68 Überlebenden von häuslicher Gewalt zu erleichtern, anstatt ihn zu erschweren.

69 **Deshalb fordern wir:**

- 70 • In Fällen, in denen vorsätzliche Körperverletzung in einer Partnerschaft vorliegt, soll die
71 Antragsfrist von 3 Monaten nicht gelten. Stattdessen wird eine Frist von 24 Monaten gesetzt.

- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- Die Benennung in der juristischen Praxis und Literatur von “einfache” zu “grundlegende” Körperverletzung ändern, um die sprachliche Verminderung der Tat und die Verwechslungsgefahr von “einfach” und “harmlos” zu verhindern.
 - Wenn die nachhaltige Verschlechterung des psychischen Zustands der Betroffenen von häuslicher Gewalt nachgewiesen werden kann, soll zusätzlich zum Tatbestand der vorsätzlichen Körperverletzung, auch der Tatbestand der schweren Körperverletzung erfüllt sein. Denn Überlebende von vorsätzlicher Körperverletzung leiden zusätzlich zur physischen Gewalt häufig unter Traumata. Dies soll berücksichtigt werden.

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

I2_1/25 In the rich man's democracy? Mehr Transparenz wagen!

1 Im Jahr 2023 haben die Parteien 14,3 Millionen Euro Spenden von Unternehmen bekommen. Im
2 Wahlkampf zur Bundestagswahl waren es sogar 24 Millionen Euro. Vor allem CDU, CSU, FDP und
3 rechte Parteien profitieren von Großspenden. Eine Mehrheit der Anhängerinnen aller im Bundestag
4 vertretenen Parteien befürwortet eine Deckelung von Parteispenden. 91 % der Bürger*innen sehen,
5 dass Großspenden Einfluss auf die Politik einer Partei haben. Parteien brauchen neben der staatlichen
6 Parteienfinanzierung Spenden, um ihren Wahlkampf zu finanzieren. Im Grundgesetz ist die zentrale
7 Rolle von Parteien zur politischen Willensbildung des Volkes verankert. Sie spielen eine zentrale Rolle
8 in der Willensbildung der Gesellschaft, sollten aber nicht als Sprachrohr für die Interessen einzelner
9 Superreiche oder von Unternehmen missbraucht werden. Mit Geld geht Macht einher, was ein
10 öffentliches Interesse an der Finanzierung unserer Parteien begründet.

11 Spenden bis 35.000 Euro müssen jährlich in einem Rechenschaftsbericht der Parteien gemeldet
12 werden. Spenden ab 35.000 müssen der Bundestagsverwaltung mit Name und Adresse der Spenderin
13 gemeldet werden.

14 Auch die Karenzzeit für den Übergang von Menschen, die in Bundesbehörden tätig waren, muss
15 erhöht werden. Dies betrifft besonders ehemalige Mitglieder der Bundesregierung und
16 parlamentarische Staatssekretär*innen.

17 Interessenkonflikte von ranghohen Bundesbeam*innen haben in den letzten Jahren für Skandale
18 gesorgt. So wurde 2023 durch das ZDF aufgedeckt, dass eine Referatsleiterin im Finanzministerium
19 einen Vortrag bei einer Fachtagung für Steuerspartricks für Superreiche gehalten hat. In ihrem Vortrag
20 hat sie Tipps zur Steuervermeidung und exklusives Wissen aus dem Ministerium geteilt. Solche
21 Handlungen von Beam*innen sind untragbar.

22 Das Vertrauen in die politischen Parteien in Deutschland ist so gering wie noch nie. Mehr Transparenz
23 ist ein Schritt für mehr Vertrauen in die Demokratie.

24 Deswegen fordern wir:

- 25 • Die sofortige Meldung von Spenden ab 1.000 Euro
- 26 • Eine Kennzeichnung von Spenden an Untergliederungen von Parteien, sodass die gezielte
27 Förderung einzelner Verbände oder Personen nachvollziehbar wird.
- 28 • Eine Begrenzung von Parteispenden und Parteisponsoring auf maximal 50.000 Euro pro
29 Spender*in oder Sponsor*in je Partei pro Jahr
- 30 • Die maximale Dauer, in der Beschäftigungen der Bundesregierung und parlamentarischer
31 Staatssekretär*innen untersagt werden können, von 18 auf 36 Monate zu verdoppeln und
32 Sanktionen bei Nichteinhaltung
- 33 • Eine größere Gewichtung von Interessenkonflikten bei den Nebentätigkeiten von
34 Beam*innen und Mitarbeitenden von Bundesministerien

- 35
- Ein Verbot von solchen Nebentätigkeiten, sollten die Arbeit- oder Auftraggeber*innen von
- 36 dienstlichem Handeln betroffen sein

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

I3_1/25 Verbreitung von Vergewaltigungsvideos: Schluss mit der Strafflosigkeit!

1 Triggerwarnung: Sexualisierte Gewalt

2 Sexualisierte Gewalt ist eine der schwerwiegendsten Formen von Machtmissbrauch und
3 Unterdrückung in unserer Gesellschaft. Trotzdem weist die deutsche Gesetzeslage gravierende Lücken
4 auf, wenn es um den Umgang mit Vergewaltigungsvideos von Erwachsenen geht. Nach derzeitiger
5 Rechtslage sind der Besitz und die Verbreitung solcher Aufnahmen nicht explizit strafbar, solange die
6 Betroffenen volljährig sind. Dies stellt einen unhaltbaren Zustand dar, der Opfer erneut entwürdigt
7 und Täter schützt.

8 Recherchen des NDR in Zusammenarbeit mit STRG_F haben 2024 ein erschütterndes Netzwerk
9 aufgedeckt, in dem über den Messenger-Dienst Telegram Anleitungen zur Betäubung und
10 Vergewaltigung von Frauen geteilt werden. Die Täter dokumentieren ihre Taten in Form von Videos
11 und Fotos und verbreiten diese untereinander. Diese Inhalte sind nicht nur Ausdruck abscheulicher
12 Gewalt, sondern auch ein Instrument zur weiteren Erniedrigung der Opfer. Das
13 Bundesjustizministerium hat auf Anfrage bestätigt, dass es keine Pläne gibt, diese Gesetzeslücke zu
14 schließen. Das ist ein Versäumnis, das wir nicht hinnehmen dürfen.

15 Der Fall Gisèle Pelicot hat international gezeigt, wie wichtig es ist, die Scham und Schuld von den
16 Opfern auf die Täter zu verlagern. Pelicot wurde jahrelang von ihrem Ehemann betäubt und
17 systematisch missbraucht, während er die Taten dokumentierte und mit anderen Männern teilte. Ihre
18 öffentliche Forderung nach Gerechtigkeit und Transparenz hat eine Debatte über sexualisierte Gewalt
19 entfacht und verdeutlicht, wie dringend ein umfassender rechtlicher Schutz für Betroffene notwendig
20 ist.

21 Die derzeitige Gesetzgebung erlaubt es Tätern, durch die Verbreitung solcher Videos weiter Macht
22 über ihre Opfer auszuüben. Dies widerspricht den Grundsätzen des Opferschutzes und der
23 Menschenwürde. Ein effektiver Schutz vor sexualisierter Gewalt darf nicht an Altersgrenzen oder
24 rechtlichen Grauzonen scheitern. Der Opferschutz muss dabei oberste Priorität haben, sowohl durch
25 die schnelle Beweissicherung als auch durch die nachhaltige Löschung dieser Inhalte aus dem Internet.

26 Gleichzeitig müssen Strafverfolgungsbehörden gestärkt werden, um Sexualdelikte konsequent
27 verfolgen zu können. Dies schließt eine bessere Ausstattung, die Aufstockung des Personals und
28 spezialisierte Schulungen für Kriminal- und Polizeibeamt*innen ein, um den Herausforderungen
29 digitaler Beweissicherung gerecht zu werden.

30

31 Wir fordern daher:

- 32 ● Die explizite Kriminalisierung des Besitzes, Erwerbs und der Verbreitung von
33 Vergewaltigungsvideos erwachsener Personen im Strafgesetzbuch.
 - 34 ● Eine gesetzliche Klarstellung, dass auch die Speicherung solcher Inhalte auf digitalen
35 Plattformen oder Geräten strafbar ist.
 - 36 ● Eine verpflichtende Meldepflicht für Plattformbetreiber*innen bei Verdacht auf das
37 Vorhandensein solcher Inhalte sowie hohe Strafen bei Nichtbefolgung dieser Pflicht.
 - 38 ● Die nachhaltige Löschung solcher Videos aus dem Internet nach einer schnellen
39 Beweissicherung durch Strafverfolgungsbehörden.
 - 40 ● Den Ausbau und die Stärkung von Strafverfolgungsbehörden, die Sexualdelikte verfolgen,
41 durch bessere Ressourcen und spezialisierte Schulungen.
- 42 Sexualisierte Gewalt darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben, weder in der Realität noch in
43 digitalen Räumen! Es ist unsere Verantwortung als Sozialdemokrat*innen, für eine Gesetzgebung
44 einzutreten, die Täter konsequent zur Rechenschaft zieht und Opfer schützt.

Antragssteller*in: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

I4_1/25 Querschnittsthema statt Schnittpunkt - Queere Projekte langfristig im Haushalt absichern!

1 In den Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre hat die CDU wiederholt versucht, die queeren
2 Projekte und Einrichtungen aus dem Haushalt zu streichen und nicht länger zu finanzieren, teilweise
3 erfolgreich. Der Entzug der Senatsmittel bedeutet für viele Projekte das Aus und damit den Wegfall
4 von in vielen Fällen deutschlandweit einzigartiger Infrastruktur, Expertise und lebensrettender
5 Angebote und Beratung. Gerade im Bereich der queeren Jugendhilfe sind die Projekte elementar
6 und dürfen nicht blinder Sparpolitik zum Opfer fallen. Queere Sozialarbeit ist kein nice to have,
7 sie unterstützt und schützt queere Menschen und beugt damit jahrelangen psychischen
8 Konsequenzen von Diskriminierung, Ausgrenzung und mangelnder Aufklärung vor.
9 Damit rettet sie auch Leben. Sie ist elementar wichtig für das queere Leben in der Stadt und darf
10 keine Verhandlungsmasse in Haushaltsverhandlungen sein.

11 Das gilt insbesondere für queere Jugendarbeit. Hier hat der ehemalige rot-grün-rote Senat bereits das
12 Jugendförderungsgesetz verabschiedet, das Jugendarbeit in Berlin schützt. Im Gesetz sind pro Bezirk
13 quantitative und qualitative Mindeststandards festgelegt, die die Jugendarbeit erfüllen muss. Diese
14 müssen auch für queere Jugendarbeit umgesetzt werden.

Wir fordern daher:

- 16 • dass queere soziale Projekte und Einrichtungen dauerhaft im Haushalt abgesichert werden.
17 Eine Streichung lebensrettender queerer Infrastruktur, besonders im Jugendbereich, darf es
18 mit der SPD nicht geben!
- 19 • die konsequente Umsetzung der Fachstandards des Jugendförderungsgesetzes!
- 20 • die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des
21 Senats auf, zu prüfen, welche haushaltsrechtlichen Instrumente, z.B. qualifizierte
22 Sperrvermerke oder Auflagenbeschlüsse für die Haushaltstitel und zur Sicherung der queeren
23 Jugendhilfe zum Schutz der Angebote notwendig und möglich sind und diese im Falle einer
24 positiven Prüfung entsprechend anzuwenden.
- 25 • die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des
26 Senats ferner dazu auf, im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt
27 26/27 und zu den Pauschalen Minderausgaben 2025 sicherzustellen, dass keine Kürzungen
28 der queeren Projekte im Land Berlin erfolgen

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

I5_1/25 Gefängnisreform: Rückfallquote senken – Resozialisierung stärken

1 Das deutsche Strafvollzugssystem steht vor einer zentralen Herausforderung: Die Rückfallquote von
2 Straftäter*innen ist zu hoch, und die bestehenden Resozialisierungsmaßnahmen reichen nicht aus,
3 um eine nachhaltige gesellschaftliche Wiedereingliederung zu gewährleisten. Wer einmal im
4 Gefängnis war, hat oft geringe Chancen auf einen erfolgreichen Neustart. Rund 44 % Entlassene
5 werden wieder straffällig, bei Jugendlichen sind es sogar ca. 70%. Das führt zu einem Teufelskreis
6 aus Inhaftierung und Rückfall, der nicht nur das Leben der Betroffenen prägt, sondern auch die
7 Gesellschaft belastet.

8 Statt Gefängnisse als bloße Strafanstalten zu begreifen, müssen sie Orte der Resozialisierung werden
9 und den Menschen eine echte zweite Chance ermöglichen. Nur so kann verhindert werden, dass
10 Menschen nach ihrer Haftstrafe erneut straffällig werden. Wer nach der Haft ein stabiles Leben
11 führen kann, wird nicht rückfällig – das schützt die Gesellschaft, reduziert Kriminalität und spart
12 langfristig Kosten. Eine progressive Gefängnisreform ist daher nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit,
13 sondern auch der Vernunft. Ein modernes Gefängnis muss sich daher auf Bildung, berufliche
14 Qualifikation und psychologische Betreuung konzentrieren.

Resozialisierung als oberstes Ziel des Strafvollzugs

15 Die hohe Rückfallquote zeigt, dass reine Strafverschärfungen nicht die Lösung sind. Eine erfolgreiche
16 Gefängnisreform muss darauf abzielen, Straffälligkeit langfristig zu reduzieren. Es muss sichergestellt
17 werden, dass Inhaftierte nicht einfach nur ihre Strafe absitzen, sondern aktiv auf ein Leben in
18 Freiheit vorbereitet werden. Dazu gehören:

- 20 • **Bessere Haftbedingungen mit Fokus auf Resozialisierung:** Länder wie Norwegen zeigen,
21 dass humane Haftbedingungen und gezielte Rehabilitationsprogramme zu niedrigeren
22 Rückfallquoten führen.
- 23 • **Verpflichtende Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen:** Wer nach der Haft eine
24 berufliche Perspektive hat, wird seltener rückfällig. Wir fordern eine deutliche Ausweitung
25 von Ausbildungs- und Weiterbildungsprogrammen in den Justizvollzugsanstalten (JVA).
- 26 • **Mehr Sozialarbeiter*innen und Betreuungspersonal in den JVAs:** Resozialisierung
27 funktioniert nur, wenn genügend Fachkräfte für individuelle Betreuung zur Verfügung
28 stehen. Eine konsequente psychologische Betreuung während der Haft kann dazu
29 beitragen, Rückfälle zu verhindern. Es gibt Haftanstalten, in denen auf 70 Gefangene nur
30 ein Beamter bzw. eine Beamtin kommt. Bundesweit sind im Justizvollzug etwa 2.000
31 Planstellen unbesetzt.
- 32 • **Bessere Nachbetreuung für Haftentlassene:** Haftentlassene brauchen Unterstützung bei
33 der Wohnungs- und Arbeitssuche sowie bei der sozialen Reintegration. Fehlt das steigt das
34 Risiko in alte Muster zurückzufallen signifikant. Wir fordern ein System, das ehemalige

35 Gefangene durch Mentor*innenprogramme und Unterstützungsangebote nachhaltig
36 begleitet und das eine engere Verzahnung zwischen Strafvollzug, Sozialarbeit und
37 Arbeitsmarktpolitik gewährleistet.

- 38 • **Mehr Prävention, weniger Rückfälle:** Die Präventionsmaßnahmen müssen zusätzlich
39 ausgeweitet werden. Besonders wichtig sind Veranstaltungen an Schulen und die enge
40 Zusammenarbeit mit Jugendlichen. Wer einmal im Gefängnis war, hat es schwieriger im
41 Leben. Jugendliche brauchen einen Ausblick auf eine erfolgreiche, straffreie Zukunft und
42 müssen konkret dabei unterstützt werden aus straffälligen Gruppen auszusteigen.

43 **Daher fordern wir:**

- 44 • Ausbau verpflichtender Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Inhaftierte.
- 45 • Einführung eines ganzheitlichen psychologischen Betreuungsprogramms in allen
46 Justizvollzugsanstalten.
- 47 • Stärkung des Übergangsmangements durch engere Zusammenarbeit mit Arbeitsagenturen,
48 Wohnungsämtern und sozialen Trägern.
- 49 • Verbesserung der Haftbedingungen, um die Resozialisierung zu fördern.
- 50 • Einstellung zusätzlicher Sozialarbeiter*innen und Betreuungskräfte für
51 Justizvollzugsanstalten.
- 52 • Einführung eines verpflichtenden Nachbetreuungsprogramms für Haftentlassene.
- 53 • Wissenschaftliche Evaluierung bestehender Resozialisierungsmaßnahmen und deren
54 Anpassung an aktuelle Erkenntnisse.

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

I6_1/25 Armenkontrollen beenden - Ran an die großen Summen!

1 Regelmäßig trifft man in BVG und S-Bahn auf Kontrolleur*innen, welche die Gültigkeit des Fahrscheins
2 prüfen und bei fehlendem Ticket erhöhte Fahrkartenentgelte einfordern. Insgesamt 16,4 Millionen
3 Fahrgäste wurden im Jahr 2023 in Berlin kontrolliert, davon wurden in S-Bahnen 199.000 Menschen
4 ohne Fahrschein angetroffen. Bei solch einer hohen Kontrolldichte lässt sich konstatieren: Ein längeres
5 Fahren ohne Fahrschein ist bei solch engmaschigen Kontrollen nicht möglich. Während dies in der
6 Verkehrsverwaltung wahrscheinlich positiv bewertet wird, offenbart dieses Verfahren einen
7 Widerspruch.

8 Menschen, die über geringeres Einkommen verfügen und eher auf den Ticketkauf verzichten würden,
9 werden so dicht kontrolliert, dass sie in keinem Fall in der Lage wären, Leistungen zu erschleichen. Ein
10 ähnliches Muster lässt sich bei BAFÖG-Anträgen, Bürgergeldverfahren oder Wohngeldanträgen
11 erkennen. Die Hürden sind hoch, die Kontrollen engmaschig und die Sanktionen bei Fehlverhalten
12 drastisch.

13 Gleichzeitig ist man verwundert, wie große Unternehmen Milliardensummen dem Staat vorspielen
14 können, ohne dass diese Unregelmäßigkeiten entdeckt werden. So fälschte etwa das Unternehmen
15 Wirecard ihre Bilanzen und fingierte die Existenz von Treuhandgeldern in Höhe von 1,9 Milliarden Euro
16 auf philippinischen Konten, welche gar nicht existierten. Führende Manager konnten Gelder für
17 persönliche Bereicherung zweckentfremden und Investoren und Kreditgeber*innen über gefälschte
18 Geschäftszahlen zu Investitionen bewegen. Dies war kein Einzelfall. Cum-Ex, P&R-Container, der
19 Dieselskandal bei Volkswagen sind weitere Namen von Betrugsfällen, welche zu erheblichen
20 wirtschaftlichen Verlusten aufgrund mangelnder staatlicher Kontrollen führten.

21 Doch auch jenseits von großen Unternehmen lässt sich beobachten: Je mehr Geld im Spiel ist, desto
22 lascher werden oftmals die Kontrollen. Je weniger Geld involviert ist, desto strikter werden
23 behördliche Vorgaben und Kontrollen. Diese Beobachtung geht auch d'accord mit der Verteilung von
24 Steuerlasten: Während Menschen mit geringeren Einkommen durch Umsatzsteuer auf Lebensmittel
25 und Sozialabgaben auf Einkommen anteilig stark belastet werden, sind Gewinne am Aktienmarkt und
26 Vermögenseinkünfte deutlich geringer besteuert oder können durch geschickte Gestaltung ganz der
27 Besteuerung entzogen werden.

Systemische Ungleichbehandlung als Prinzip

28 Die beschriebene Ungleichbehandlung ist kein Zufall, sondern Ergebnis einer systematischen
29 Entwicklung seit den 1990er Jahren. Mit dem Siegeszug neoliberaler Politik unter dem Leitbild der
30 Deregulierung wurden staatliche Kontrollen im Wirtschafts- und Finanzbereich sukzessive
31 zurückgefahren. Die Ideologie des "schlanken Staates" führte einerseits zum Abbau von
32 Aufsichtsbehörden und Kontrollmechanismen im Bereich großer Kapitalflüsse, während gleichzeitig
33

34 im Sozialbereich das Paradigma des "Förderns und Forderns" zu einer massiven Ausweitung von
35 Kontrollen führte.

36 Diese Entwicklung lässt sich empirisch belegen: Während die Zahl der Steuerprüfer*innen in
37 Deutschland seit den 1990er Jahren kontinuierlich gesunken ist, wurden die Kontrollen im
38 Sozialbereich systematisch ausgebaut. Die Personalausstattung der Finanzaufsicht BaFin stagnierte
39 jahrelang, während gleichzeitig die Komplexität der zu überwachenden Finanzmärkte exponentiell
40 zunahm. Im Ergebnis wurden Kontrolldefizite im Bereich der Wirtschaftskriminalität strukturell
41 festgeschrieben.

42 Die politische Dimension dieser Entwicklung wird besonders deutlich, wenn man die unterschiedlichen
43 Folgen von Regelverstößen betrachtet. Während das Erschleichen von Leistungen im Wert von
44 wenigen Euro im ÖPNV zu empfindlichen Strafen führt, bleiben die Verantwortlichen für
45 Milliardenbetrug oft unbehelligt oder werden mit vergleichsweise milden Strafen belegt. Die
46 gesellschaftliche Stigmatisierung trifft vor allem diejenigen am unteren Ende der Einkommensskala,
47 während wirtschaftskriminelle Handlungen oft als "Kavaliersdelikte" bagatellisiert werden.

48 Die Diskrepanz zwischen Kontrolldichte und potenziellem Schaden ist frappierend: Der
49 volkswirtschaftliche Schaden durch Schwarzfahren ist verschwindend gering im Vergleich zu den
50 Milliarden Schäden durch Steuerhinterziehung, Bilanzfälschung oder Finanzbetrug. Dennoch werden
51 für die Kontrolle von Fahrkarten erhebliche Ressourcen aufgewendet, während die Kontrolle von
52 Finanzströmen chronisch unterfinanziert bleibt.

53 Diese Schieflage spiegelt sich auch in der medialen Darstellung wider. Die "Schwarzfahrerdebatte"
54 wird regelmäßig mit moralischer Empörung geführt, während komplexe Wirtschaftsdelikte kaum
55 öffentliche Aufmerksamkeit erregen. Die sprachliche Rahmung ist bezeichnend: Während von
56 "Sozialschmarotzern" die Rede ist, werden Steuerhinterzieher euphemistisch als "Steuroptimierer"
57 bezeichnet.

58 Besonders problematisch ist die soziale Selektivität der Kontrollen. Die engmaschige Überwachung im
59 ÖPNV trifft vor allem diejenigen, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind – tendenziell
60 Menschen mit geringerem Einkommen. Die komplexen Antragsverfahren für Sozialleistungen wirken
61 als strukturelle Barriere, die gerade die Bedürftigsten von der Inanspruchnahme abschrecken.
62 Gleichzeitig profitieren Vermögende von einem System, das ihnen zahlreiche Möglichkeiten zur
63 legalen oder halblegalen Vermeidung von Kontrollen und Abgaben bietet.

64 **Es braucht eine Neuausrichtung staatlicher Kontrollen!**

65 Wir fordern daher eine grundlegende Neuausrichtung staatlicher Kontrollmechanismen nach dem
66 Prinzip: Strenge Kontrollen dort, wo große Summen bewegt werden, weniger Kontrollen im Bereich
67 kleiner Beträge. Konkret bedeutet dies den Ausbau der personellen und technischen Ressourcen für
68 die Finanzaufsicht, die Steuerfahndung und andere Behörden, die Wirtschaftskriminalität bekämpfen.

69 Exemplarisch im ÖPNV fordern wir etwa langfristig die Einführung eines ticketfreien Nahverkehrs für
70 alle. Kurzfristig setzen wir uns für eine signifikante Reduzierung der Kontrolldichte und eine
71 Entkriminalisierung des Schwarzfahrens ein. Dazu sind die vergangenen Beschlüsse der Jusos und
72 Jusos Berlin maßgeblich.

Antragssteller*innen: Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

I7_1/25 Reformation des MedCanG und KCanGs

1 Im April 2024 traten das Konsumcannabisgesetz (KCanG) und das Medizinal-Cannabisgesetz
2 (MedCanG) in Kraft, wodurch Cannabis aus dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG) entlassen wurde. Die
3 Gesetzesänderung ermöglichte neben dem privaten Eigenanbau von bis zu drei Pflanzen und der
4 Mitgliedschaft in einem Cannabis Social Club (CSC) auch die erleichterte ärztliche Verschreibung von
5 Cannabis auf einem regulären Rezept.

6 Diese Gesetzesänderung hat zur Folge, dass Privatpersonen unkontrolliertes Cannabis für den
7 Freizeitkonsum (KCan) entweder selbst anbauen oder über CSCs beziehen können. Dabei erfolgt die
8 Qualitätskontrolle von Cannabisblüten CSC-Produktion lediglich stichprobenartig. Eine
9 chargenspezifische Prüfung auf mikrobielle Kontaminationen, Pestizid- oder Schwermetallbelastung
10 ist für die Abgabe innerhalb der CSCs derzeit nicht vorgesehen.

11 Dies hat ein erhöhtes gesundheitliches Risiko durch Pathogene Keime für Cannabiskonsumenten zur
12 Folge.

13 Medizinisches Cannabis (MedCan) kann seit der Gesetzesänderung von Ärzt*innen erleichtert
14 verschrieben werden. MedCan unterliegen jedoch vor der Freigabe durch pharmazeutische Hersteller
15 einer umfassenden Qualitätskontrolle, einschließlich einer Keimreduktion sowie einer Prüfung auf
16 mikrobielle Verunreinigungen, Pestizid- und Schwermetallrückstände und unterscheidet sich
17 dahingehend von KCan. Auch eine Prüfung des Wirkstoffgehaltes, welcher in nicht professionellem
18 Anbau variieren kann, und weitere Verunreinigungen durch Zugabe synthetischer Cannabinoide wird
19 bei CSC Produkten nicht geprüft. Die bestehenden CSC sollen jedoch weiterhin als Produktionsstätten
20 in Deutschland genutzt werden und als Rohstofflieferanten für die Pharmazeutische Industrie
21 fungieren.

22 Um MedCan in einer Apotheke zu erhalten, ist weiterhin eine ärztliche Verschreibung erforderlich.
23 Dies hat zur Entstehung zahlreicher dubioser Online-Plattformen (Bspw. doktorabc.com oder
24 dransay.com) geführt, auf denen durch telemedizinische Fragebögen Rezepte für cannabisbasierte
25 Arzneimittel ausgestellt werden. Diese Praxis untergräbt die Notwendigkeit einer fundierten
26 ärztlichen Konsultation, da kein direktes Patient*innen – Ärzt*innen Gespräch inkl. Diagnose erfolgt.

27 Durch diese Entwicklung verliert die ärztliche Verschreibung ihren medizinischen Mehrwert und
28 reduziert sich auf einen reinen bürokratischen Vorgang, der von einigen Online-Anbietern finanziell
29 ausgeschöpft wird. Das Wohl der Patient*innen steht hierbei nicht im Vordergrund.

30 Apotheker*innen, die medizinische Cannabisblüten basierend auf Online-Rezepten abgeben müssen,
31 äußern seit längerem Bedenken bezüglich dieser Praxis. Sie sehen sich einem heilberuflichen
32 Gewissenskonflikt ausgesetzt, da die Verordnungspraxis fragwürdig erscheint und nicht immer den
33 pharmazeutischen Versorgungsansprüchen genügt. Zudem stellt die Vielfalt an Cannabispräparaten
34 eine Herausforderung für die sachgerechte Beratung dar. Bereits im Jahr 2023, vor der

35 Cannabislegalisierung, waren über 222 verschiedene Produkte an Cannabisblüten auf dem deutschen
36 Arzneimittelmarkt dokumentiert.

37 Angesichts der derzeitigen Problematik erscheint eine Überführung von Cannabisblüten in den
38 Bereich der rezeptfreien (OTC) Arzneimittel als sinnvoll. Dies würde den Zugang zu standardisierten,
39 geprüften Produkten für Patient*innen und Konsument*innen erleichtern und zugleich die
40 Notwendigkeit fragwürdiger Online-Verschreibungen eliminieren.

41 Da jedoch nicht alle Apotheken über die notwendigen Kenntnisse, Kapazitäten verfügen und zum Teil
42 Ihren moralischen Status als Heilberufler infrage stellen, sollte für die Abgabe von Cannabispräparaten
43 eine spezialisierte freiwillige Weiterbildung für Apotheker*innen angeboten werden. Apotheken, die
44 diese Qualifikation erwerben, könnten den Verkauf von Cannabisblüten übernehmen, während
45 andere Apotheken von der Abgabepflicht entbunden werden.

46 Darüber hinaus unterscheidet sich die Beratung zu Cannabisblüten grundlegend von der Beratung zu
47 klassischen Arzneimitteln wie beispielsweise Ibuprofen-Tabletten. Aufgrund der komplexen
48 organoleptischen Eigenschaften der Cannabispflanze und der Begleitenden Wirkung durch
49 verschiedene Terpene der Pflanze ist eine vertiefte pharmazeutische Beratung am Arzneimittel
50 erforderlich. Diese Beratung kann nur durch geschultes Apothekenpersonal vor Ort, und nicht durch
51 den verschreibenden Arzt gewährleistet werden.

52 Diese Änderung würde nicht nur die Qualität der Patient*innen-Beratung verbessern, sondern auch
53 eine Stärkung der Vor-Ort-Apotheken bewirken, dem fortschreitenden Apothekensterben
54 entgegenwirken und zusätzlich Hausärzte entlasten.

55 Darüber hinaus wäre mit einem erheblichen Maß an Steuereinnahmen von rund 4,7 Milliarden Euro
56 durch eine Kommerzialisierung der Cannabisabgabe rechnen.

57 Angesichts dieser Sachlage erscheint eine Einstufung als OTC-Arzneimittel umso gerechtfertigter.

58 **Forderung:**

- 59 • Wir fordern, eine Reformierung der Legalisierung von Cannabisblüten in ihrer jetzigen
60 Form, insbesondere die Einstellung der Abgabe über CSCs sowie die Einschränkung des
61 privaten Eigenanbaus
- 62 • Überführung von Cannabisblüten in den Bereich der OTC-Arzneimittel, um eine sichere,
63 kontrollierte und standardisierte Abgabe an Personen über 18 Jahren zu gewährleisten.
- 64 • Wir fordern, Implementierung einer spezialisierten Weiterbildung für Apotheker*Innen,
65 die an der Abgabe von Cannabisblüten interessiert sind, um eine qualifizierte Beratung
66 und Versorgung sicherzustellen
- 67 • Freistellung von Apotheken, die sich nicht an der spezialisierten Weiterbildung beteiligen
68 möchten, von der Pflicht zur Abgabe von Cannabisprodukten.

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

18_1/25 Großveranstalter:innen an Polizeikosten beteiligen

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, eine
2 gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass nach Bremer Vorbild, Gebühren für den polizeilichen
3 Mehraufwand bei Großveranstaltungen (z.B. Hochrisikospielen im Fußball) von profitorientierten
4 Veranstalter:innen erhoben werden können. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
5 zum Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetz steht der Erhebung einer solchen Gebühr kein
6 verfassungsrechtlicher Einwand mehr entgegen. Das Gesetz zielt darauf ab, die durch die
7 Durchführung von kommerziellen Großveranstaltungen entstandenen Mehrkosten der Polizei auf die
8 Veranstalterinnen und Veranstalter abzuwälzen, wobei die Kosten an die Stelle verlagert werden
9 sollen, an der die Gewinne anfallen. Auf diese Weise sollen die Mehrkosten der Polizeieinsätze nicht
10 durch die Gesamtheit der Steuerzahler:innen, sondern jedenfalls auch durch die (un)mittelbaren
11 wirtschaftlichen Nutznießer:innen der Polizeieinsätze geschultert werden. Gerade in Zeiten knapper
12 Landeskassen stellt eine solche Gebühr einen angemessenen Ausgleich zwischen der finanziellen
13 Inanspruchnahme der Allgemeinheit und den profitierenden Veranstalter:innen dar. Bei der
14 Ausgestaltung des Gebührentatbestandes sind die Folgenden Eckpunkte zu beachten:

- 15 1. Eine Einsatzgebühr wird von der Polizei bei Veranstalter:innen für den polizeilichen
16 Mehraufwand bei gewinnorientierten, erfahrungsgemäß gewaltgeneigten
17 Großveranstaltungen erhoben, welche nach dem Mehraufwand zu berechnen ist, der
18 aufgrund der Bereitstellung zusätzlicher Polizeikräfte entsteht. Dabei muss sichergestellt
19 sein, dass für politische, religiöse, künstlerische oder wissenschaftliche Veranstaltungen,
20 die in besonderem Maße grundrechtlich geschützt sind, keine Kosten erhoben werden.
- 21 2. Die Grenze, ab welcher eine Veranstaltung als Großveranstaltung dient, ist an Berliner
22 Verhältnisse und den konkreten Veranstaltungsbereich anzupassen und kann die Zahl von
23 5.000 Teilnehmer:innen nach Bremer Vorbild übersteigen.
- 24 3. Die Gebühr ist in einer Weise zu berechnen, dass Veranstalter:innen nicht übermäßig
25 belastet werden. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, die Gebühren durch eigene
26 Sicherheitskonzepte zu reduzieren. Damit soll dazu angehalten werden, sich
27 eigenverantwortlich an der Veranstaltungssicherheit zu beteiligen.
- 28 4. Schließlich soll sichergestellt werden, dass die Gebühren nicht einseitig auf die
29 Ticketpreise weitergegeben werden, sodass die Teilnahme an Veranstaltungen bezahlbar
30 bleibt. Eine Umlegung der Gebühren soll zu Lasten der gewaltgeneigten Besucher:innen
31 erfolgen, bspw. durch Festlegung einer Vertragsstrafe.

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

I9_1/25 Wo Alkohol drin ist, muss auch Alkohol drauf stehen

1 Die Mitglieder der S&E Fraktion des europäischen Parlaments werden aufgefordert, sich für eine
2 eindeutige Kennzeichnungspflicht von alkoholhaltigen Lebensmitteln einzusetzen.

3 Hierbei sind folgende Punkte zu beachten:

- 4 • Einführung eines einheitlichen, eindeutigen und gut erkennbaren Piktogramms für
5 alkoholhaltige Lebensmittel
- 6 • Kennzeichnung von Lebensmitteln mit dem Wort „Alkohol“ unabhängig davon, welche Art
7 Alkohol verwendet wird
- 8 • Kennzeichnung von alkohol-haltigen Produkten unabhängig der Packungsgröße
- 9 • Kennzeichnung von alkoholhaltigen Produkten, auch wenn Alkohol nicht als Zutat, sondern zu
10 einem anderen Zweck (Lösemittel, Konservierungsstoff, etc.) zugesetzt wird
- 11 • Kennzeichnung auch von unverpackten Lebensmitteln (z.B. durch entsprechenden Aufkleber
12 für die Umverpackung)
- 13 • Kennzeichnungspflicht auch für Restaurants, Imbisse, Cafés etc. (Alkohol, der in Zutaten oder
14 beim Kochen verwendet wird, sollte gemeinsam mit den Allergenen aufgeführt werden)

Begründung

16 Es gibt viele Schlupflöcher bei der Kennzeichnung alkoholhaltiger Produkte.

17 Wenn Alkohol nicht als Zutat, sondern in nur in der Herstellung, beispielsweise als Lösemittel für
18 Aromen oder zur Konservierung, verwendet wird, muss dies nicht explizit gekennzeichnet werden.
19 Dies ist zum Beispiel bei vielen Fertigprodukten der Fall.

20 Hersteller:innen müssen nicht das Wort „Alkohol“ verwenden, sondern schreiben stattdessen die Art
21 des Alkohols (z.B. Cognac, Sherry oder Marc de Champagne) oder auch chemische Bezeichnungen wie
22 Ethanol oder Äthanol in die Zutatenliste. Diese uneindeutige Kennzeichnung kann bei
23 Verbraucher:innen zu Verwirrung führen.

24 Unverpackte Lebensmittel müssen überhaupt nicht gekennzeichnet werden. Dazu gehören
25 beispielsweise lose Süßigkeiten. Hierzu zählen auch Gerichte in Restaurants oder Kuchen in Cafés.

26 Auch kleine Verpackungen, mit einer Oberfläche, die kleiner als 10 cm² ist, müssen keine Zutatenliste
27 aufführen.

28 Bei Getränken besteht erst ab einem Alkoholgehalt von 1,2 Volumenprozenten eine
29 Kennzeichnungspflicht. Beispielsweise Malzbier, ein Getränk, welches auch gerne von Kindern und
30 Jugendlichen konsumiert wird, enthält in geringen Mengen Alkohol.

31 Es kann nicht von Verbraucher:innen erwartet werden, dass sie die Herstellungsprozesse aller
32 Lebensmittel kennen und wissen, wann sie Gefahr laufen Alkohol gegen ihren Willen zu konsumieren.

33 Für verschiedenste Personen wird die mangelnde Kennzeichnungspflicht zum Gesundheitsrisiko.
34 Schwangere sollen zum Schutz des ungeborenen Kindes schon auf kleinste Mengen Alkohol
35 verzichten. Bei Kindern kann durch die regelmäßige Zufuhr geringer Mengen Alkohol ein
36 Gewöhnungseffekt entstehen, wodurch die Hemmschwelle zum Konsum verringert wird, was zu
37 Entwicklungsstörungen im Kinder- und Jugendalter führen kann oder auch zu Alkoholismus.
38 Abstinente Alkoholiker:innen können bereits durch kleinste Mengen oder nur durch den Geruch von
39 Alkohol rückfällig werden. Dazu kommen Menschen, die aus religiösen Gründen auf Alkohol
40 verzichten.

41 Verbraucherorganisationen fordern bereits seit Jahren eine Überarbeitung der Kennzeichnungspflicht
42 von Lebensmitteln.

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf & Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

I10_1/25 Wasserversorgung obdachloser Menschen im Sommer sicherstellen!

1 Durch immer wärmer werdende Sommermonate in einer Stadt, die nicht für diese hohen
2 Temperaturen konzipiert ist, wird diese Zeit für uns alle, aber insbesondere für obdachlose Menschen,
3 auch körperlich belastender. Obdachlose Menschen haben, wie auch im Winter, nicht die Möglichkeit,
4 sich ausreichend vor den Temperaturen zu schützen. Zwischen Häusern auf betonierten Wegen staut
5 sich die heiße Luft bis spät in die Nacht. Zudem treten Tropennächte mit fortschreitendem
6 Klimawandel immer häufiger auf.

7 Gerade im Sommer ist eine ausreichende Flüssigkeitsaufnahme besonders notwendig. Laut
8 Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. sollten Erwachsene bei hohen
9 Temperaturen zwei bis drei Liter Wasser trinken. Flüssigkeitsmangel macht sich körperlich und geistig
10 schnell bemerkbar: Unser Wasserhaushalt beeinflusst unsere Körpertemperatur und unseren
11 Blutdruck und die typischen Symptome wie Müdigkeit, Schwäche und Schwindel sind uns allen
12 bekannt. Dazu kommen Kopfschmerzen und eine geminderte Konzentrationsfähigkeit sowie
13 Leistungsfähigkeit. Flüssigkeitsmangel bildet somit ein Einfallstor für weitere Krankheiten. Für ohnehin
14 schon geschwächte, obdachlose Menschen ist ein solcher Mangel umso gefährlicher.

15 Die Beschaffung von ausreichend Flüssigkeit stellt zu dem ohnehin schon harten Leben auf der Straße
16 eine weitere Belastung dar. Deswegen braucht es konkrete, politische Antworten, welche
17 niedrigschwellig Obdachlosen den Zugang zu Wasser ermöglichen.

18 Deshalb fordern wir die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus sowie die SPD-geführten
19 Senatsverwaltungen zu folgenden Maßnahmen auf:

- 20 • die umgehende Reparatur kaputter Trinkwasserbrunnen in Berlin
- 21 • den Ausbau von Trinkwasserbrunnen in Berlin
- 22 • eine Überprüfung, ob Trinkwasserbrunnen auch außerhalb der Sommermonate weiterlaufen
23 können
- 24 • alle Gastronomiebetriebe dahingehend zu verpflichten, Bedürftigen auf Nachfrage
25 kostenloses Trinkwasser zur Verfügung zu stellen. Dies soll möglichst niedrigschwellig
26 erfolgen, um soziale Hürden abzuschwächen.

27 Letzteres wurde durch den gemeinnützigen Verein *a tip: tap* und dem Refill-Netzwerk bereits
28 angestoßen. Teilnehmende Einrichtungen mit klaren Öffnungszeiten ermöglichen das kostenlose
29 Auffüllen mitgebrachter Gefäße mit Trinkwasser. Hieran anknüpfend soll das Konzept auf ganz Berlin
30 ausgeweitet werden, um eine ausreichende Trinkwasserversorgung Bedürftiger sicherzustellen.
31 Langes Suchen einer teilnehmenden Einrichtung wird durch eine gesetzliche Verpflichtung aller
32 Gastronomiebetriebe verhindert.

33 Dass dies nur eine geringfügige Verbesserung der Situation obdachloser Menschen ist, ist klar.
34 Gleichzeitig lässt sich so relativ einfach die Lebenssituation dieser Gruppe verbessern. Unsere

35 weitergehenden, vergangenen Beschlüsse zum Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit bleiben von
36 diesem Antrag unberührt.

Antragsbereich O: Organisation und Parteireform

Antragssteller*innen: Landesvorstand der Jusos Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

O1_1/25 Nein zu stigmatisierenden Begriffen!

1 Fast überall in der aktuellen medialen Berichterstattung lässt sich die ständige Verwendung des
2 Begriffes "Islamismus" beobachten. Es handelt sich hierbei um einen Begriff, der religiös begründeten
3 Extremismus, im Kontext des Islams, beschreibt. Problematisch hierbei ist die begriffliche Nähe zum
4 Islam. Dies erzeugt für viele Gläubige eine Stigmatisierung, da die Religion oft mit dem Begriff
5 "Islamismus" in Verbindung gebracht wird. Im deutschen Kontext wird - um religiös begründeten
6 Extremismus zu beschreiben - nur in Bezug auf den Islam eine Begrifflichkeit verwendet, die eine
7 begriffliche Nähe zur Religion selbst hat.

8 Es entsteht ein Bild, bei dem der Islam als solcher problematisiert und mit Negativität assoziiert wird
9 und so eine erwartete Rechtfertigung gegenüber muslimisch gelesenen Menschen entsteht. Immer
10 wieder kommt die Aufforderung - egal ob direkt oder indirekt -, sich von religiös begründetem
11 Extremismus, wie von der Hamas oder dem IS, zu distanzieren. Diese Forderung wird auch unabhängig
12 von Religion, also allgemein gegenüber muslimisch gelesenen Menschen, aufgemacht. Dadurch zeigt
13 sich, dass die Stigmatisierung nicht alleine gegenüber der Religion stattfindet, sondern ganze
14 Menschengruppen unter Generalverdacht gestellt werden.

15 In diesem Kontext lässt sich ein Erstarken von antimuslimischem Rassismus in der Gesellschaft
16 feststellen. Dieser gesellschaftliche Rassismus wird auch häufig mit der Bekämpfung von religiös
17 begründetem Extremismus begründet. Oft werden damit zusätzlich problematische Maßnahmen, wie
18 unter anderem die großen Abschiebeoffensiven und die rassistischen Gesetze unter den Ampel-
19 Parteien, gerechtfertigt.

20 Zudem wird auch medial eine bewusste Hetzkampagne gegen muslimisch gelesene Menschen
21 betrieben. So kriegten Vorfälle von Täter*innen, die muslimisch gelesen werden, große mediale
22 Aufmerksamkeit und es wird auch direkt von einem "islamistischen" Motiv gesprochen, wohingegen
23 man bei Täter*innen, die Weiß sind, von psychischen Problemen spricht. Es kann nicht sein, dass zwei
24 Fälle, wo offensichtlich ist, dass diese Menschen psychisch labil sind, so unterschiedlich rassistisch
25 behandelt werden.

26 Uns ist bewusst, dass der tief verankerte Rassismus in der Gesellschaft nicht alleine an der
27 Verwendung einzelner Begriffe liegt. Dennoch tragen sie zur Stigmatisierung von unterschiedlichen
28 Menschengruppen bei und führen verstärkt zu regelmäßiger Rassismuserfahrung. Zudem fühlen sich
29 Muslim*innen durch diesen Begriff in ihrem Glauben abgewertet und unter ständigem Druck, sich von
30 religiös begründetem Extremismus zu distanzieren. Es ist nicht hinnehmbar, dass Begrifflichkeiten
31 verwendet werden, wodurch sich Muslim*innen auf beschuldigende Weise angesprochen fühlen
32 müssen.

33 Mit einer diskriminierungsfreien Debattenkultur können wir einen Beitrag dazu leisten, weniger
34 rassistische Narrative zu bilden und gleichzeitig einen Raum für Betroffene zu schaffen. Als Verband,

35 der sich als antirassistisch versteht, muss auch unsere Sprache antirassistisch und inklusiv sein. Für
36 uns ist ebenfalls klar, dass religiös begründeter Extremismus ohne rassistische Narrative und
37 Stigmatisierung bekämpft werden muss. Wir lehnen daher ganz klar die Stigmatisierung des Islams
38 und muslimisch gelesenen Menschen durch den Begriff "Islamismus" ab.

39 Stattdessen soll ein Begriff verwendet werden, den man auch für andere extremistische Strömungen
40 von Religionen verwendet. So wird im deutschen Raum für extremistische Strömungen des
41 Christentums der Begriff "Christlicher Extremismus" verwendet und beschreibt die Ablehnung des
42 säkularen Staates, eine feindselige Haltung gegenüber nicht Gläubigen und Andersgläubigen sowie ein
43 heteronormatives Gesellschaftsbild. Ausgehend hiervon schlagen wir für die Beschreibung von
44 extremistischen Strömungen des Islams den Begriff "Islamischer Extremismus" vor. Dadurch wird
45 einerseits klar, dass es hier explizit um eine extremistische Gesinnung geht und andererseits wird eine
46 sprachliche Trennung geschaffen, die eindeutig verständlich ist.

47 Wir befassen keine Anträge, die den Begriff "Islamismus" alleinstehend verwenden. Die
48 antragstellende Gliederung kann dies nötigenfalls nachholen. Stattdessen können Begriffe wie
49 "Islamischer Extremismus" verwendet werden, um den konkreten religiös begründeten Extremismus
50 zu beschreiben.

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

O2_1/25 Nähe in überfordernden Zeiten vermitteln - Die SPD als Partei der Menschen von Jung bis Alt

1 16,41 Prozent der Wähler*innen haben bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 ihre Stimme der
2 SPD gegeben. Dieses Ergebnis reiht sich ein in einen Abwärtstrend: dieses bislang schlechteste
3 Ergebnis der SPD bei einer Bundestagswahl stellt einen Verlust von etwa 9,6% zur vergangenen Wahl
4 im Jahr 2021 und eine Halbierung der Stimmenzahl im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 dar.
5 Während in der Nachkriegszeit des 20. Jahrhundert Wahlergebnisse von 35 bis 45 Prozent für die SPD
6 die Regel waren und sie sich zurecht als Volkspartei verstand, bewegt sich die SPD seit 1998 in einem
7 durchgehenden Abwärtstrend. In Umfragen konnte dieser nur durch kleinere Zwischenhochs wie in
8 den Monaten August und September 2021 oder die Zeit nach der Ankündigung der Kanzlerkandidatur
9 von Martin Schulz abgeschwächt werden. Dieser Trend beschränkt sich aber nicht nur auf die
10 Bundesebene: Auch in Berlin lässt er sich beobachten. Umso erstaunlicher ist es, dass sich Analysen
11 und Konsequenzen nach verlorenen Wahlen immer in einem Rahmen bewegen, der mal falsche
12 inhaltliche Prioritätensetzungen oder falsche Personalentscheidungen für maßgeblich hält.

13 Wir sind der Überzeugung: Die Probleme der Sozialdemokratie liegen tiefer und sind grundsätzlicher
14 Natur. Eine reine Behandlung der Symptome reicht nicht mehr - wir müssen an die Wurzel!

Wider dem Neoliberalismus! - Soziale Politik auch gegen Widerstand

15 Der Niedergang der SPD seit den 1990er Jahren vollzieht sich parallel zu einer tiefgreifenden
16 gesellschaftlichen Transformation. Mit dem Siegeszug neoliberaler Politik, voranschreitender
17 Individualisierung und der Auflösung traditioneller Milieus hat sich die Lebensrealität der Menschen
18 fundamental verändert. Die klassische Arbeiterschaft, einst Kernklientel der SPD, existiert in ihrer
19 traditionellen Form nicht mehr. An ihre Stelle sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse, eine
20 fragmentierte Arbeitswelt und neue soziale Ungleichheiten getreten.
21

22 Die Sozialdemokratie hat es versäumt, auf diese Veränderungen eine überzeugende Antwort zu
23 finden. Stattdessen hat sie sich mit der Agenda 2010 selbst zum Motor einer Politik gemacht, die viele
24 ihrer traditionellen Wähler*innen verunsichert und enttäuscht hat. Wir müssen konstatieren: Bis
25 heute hat die SPD keine glaubwürdige Antwort auf den immer radikal werdenden Neoliberalismus
26 gefunden. Gleichzeitig liegt es nahe, dass der Abwärtstrend der SPD im Zusammenhang mit der
27 fortschreitenden Durchsetzung neoliberaler Politik liegt.

28 Gleichzeitig leben wir in einer Zeit multipler Krisen und Überforderungen. Ältere Generationen fühlen
29 sich überfordert von rasanten gesellschaftlichen Veränderungen, einer immer komplexeren digitalen
30 Welt und neuen kulturellen Normen rund um Geschlecht, Sexualität und Zusammenleben. Jüngere
31 Generationen blicken mit Sorge und oft Verzweiflung in eine Zukunft, die von Klimakrise, sozialer
32 Ungleichheit und globalen Konflikten geprägt scheint. Die Aussicht auf ein besseres Leben als die
33 Elterngeneration - einst Kernversprechen sozialdemokratischer Politik - erscheint vielen als
34 unerreichbar.

35 In Zeiten der kollektiven Überforderung muss es die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, Nähe zu
36 vermitteln und die Überforderung abzufedern. Während AfD und Co. Niedergangsfantasien
37 propagieren, gezielt die Gesellschaft spalten und die Überforderung der Menschen bewusst
38 verstärken, muss es die Rolle der SPD sein, durch Nähe wieder Handlungsfähigkeit und
39 Glaubwürdigkeit herzustellen.

40 **Die Diskursverschiebung verhindern!**

41 Gleichzeitig beobachten wir, dass sich Diskurse in den vergangenen Jahren in ihrer Tonalität und
42 inhaltlichen Ausrichtung massiv verschärft und verändert haben. CDU, FDP und Co. sowie Medien wie
43 die Welt oder Nius versuchen, Politik systematisch von den Alltagsproblemen der Menschen zu
44 entfernen. Durch vollkommene Phantomdebatten zu Migration oder Bürgergeld, welche statt echtem
45 Lebensbezug nur auf Spaltung abzielen, wird den Menschen der Glaube an Veränderung durch Politik
46 entzogen. Stattdessen wird der politische Diskurs zu einem "Vereinswettkampf" umgebaut, in dem es
47 darum geht, seiner eigenen Identität und Zugehörigkeit zur Deutungshoheit und Macht zu verhelfen.
48 In diesem veränderten Diskurs wird die Sozialdemokratie nicht erfolgreich sein. Symptomatisch dazu
49 steht das TV-Duell zwischen Friedrich Merz und Olaf Scholz in ARD und ZDF, in dem in spalterischer
50 Art ausgiebig über Migration diskutiert wurde, aber die Schwächen der CDU/CSU etwa bei der
51 Bekämpfung von hohen Mieten überhaupt nicht thematisiert wurden, weil sie es im Vorhinein
52 geschafft hatten, diese Themen aus dem Diskurs zu verdrängen.

53 Die Sozialdemokratie muss den Angriff auf den politischen Diskurs kämpferisch beantworten und muss
54 jenseits konkreter inhaltlicher Forderungen auch viel stärker den Ton im Austausch setzen.

55 **Keine Spiegelstriche, wir brauchen eine echte, linke Erzählung!**

56 Die SPD hat in den vergangenen Jahrzehnten sehr häufig Regierungsverantwortung übernommen und
57 in schwierigen Zeiten wichtige Arbeit geleistet. Klar ist dabei: Die Politik der SPD hat das Land oftmals
58 zum Besseren verändert. Der Mindestlohn, die jüngste BAföG-Reform oder die Ehe für Alle sind einige
59 von vielen Erfolgen sozialdemokratischer Regierungspolitik. Während aus Reihen konservativerer
60 Genoss*innen oftmals zu hören ist, dass die SPD diese Erfolge nur "besser kommunizieren" müsse,
61 glauben wir nicht, dass dies der entscheidende Grund für den andauernden Abwärtstrend ist.

62 Zu häufig verliert die SPD ihre Erfolge im Klein Klein, auf der Ebene der Spiegelstriche - niemand wählt
63 jedoch die SPD, weil die Wohnpauschale im BAföG um ein paar Euro angehoben wurde oder der
64 Mindestlohn um ein paar Cent angestiegen ist. Es reicht nicht, sich in Regierungsverantwortung darauf
65 zu berufen, man habe Schlimmeres verhindert. Was die SPD nicht schafft, ist ein glaubwürdiges Gefühl
66 zu schaffen, dass sich der Großteil der Arbeitnehmer*innen mit ihren Interessen von der SPD
67 repräsentiert fühlt. Zum Einen hat die SPD jegliche Erzählung aufgegeben, die weiter reichen würde
68 als eine Veränderung der Spiegelstriche. Zum Anderen hat die Partei kaum noch Mut aktiv und
69 entschlossen, etwa größere Fragen wie Lohn- und Vermögensungleichheiten zu thematisieren.
70 Symptomatisch steht die Forderung nach einer Corona-Vermögensabgabe, welche zwar kurzzeitig
71 artikuliert, aber mit kaum Nachdruck verfolgt wurde. Auch wenn sich die meisten Menschen nicht
72 tagtäglich mit Politik befassen - sie spüren, wer sich entschlossen für ihre Interessen einsetzt und wer
73 nicht. Sie bekommen mit, wer in der Politik einen grundlegenden Plan zur Verbesserung ihrer Situation
74 hat und sich nicht scheut, dafür auch gegen Widerstände einzustehen. Bei der SPD bekommen sie
75 dieses Gefühl gegenwärtig nicht mehr.

76 **Social-Media ist eine Verpflichtung!**

77 Ein Blick auf die Social-Media-Auftritte vieler Abgeordneter, auch aus Berlin, offenbart: Die Relevanz
78 gezielter Onlinekommunikation wird immer noch verkannt und nicht prioritär behandelt. Mangelnde
79 Social-Media Präsenz seitens Mandatsträger*innen ist aber schlicht unsolidarisch - es wäre
80 undenkbar, dass sich Abgeordnete ohne Kritik aus ihrem Wahlkreis zurückziehen und keine
81 Veranstaltungen vor Ort mehr besuchen und organisieren. Dieses Verständnis muss sich auch für den
82 digitalen Raum etablieren: Es ist eine Verpflichtung durch die zusätzlichen Ressourcen eines Mandats,
83 gute und attraktive Social-Media Arbeit zu leisten. Dass gerade auch soziale Themen auf Tiktok und
84 Co. funktionieren, wurde jüngst durch die Digitalpräsenz der Partei "Die Linke" deutlich. Klar ist: Wer
85 auf Social-Media nicht geklickt wird, wird am Ende auch nicht gewählt.

86 **Die Stärke der Sozialdemokratie wieder spürbar machen!**

87 Aus dieser Analyse erkennen wir: Wir brauchen eine grundlegende Neuausrichtung der
88 Sozialdemokratie, die nicht bei kosmetischen Korrekturen, neuen Slogans oder Personalwechslern an
89 der Spitze stehen bleibt. Die SPD muss zur Partei der Menschen werden - nahbar, verständlich und im
90 Alltag der Bürger*innen verwurzelt. Gerade das ist doch die Stärke der Sozialdemokratie: Während
91 die CDU Arbeitgeber*inneninteressen vertritt und die Grünen vor allem in urbanen Milieus verankert
92 sind, decken sich auf dem Papier die Interessen der meisten Menschen mit denen der
93 Sozialdemokratie. Diese Verbindung muss aber wieder spürbar gemacht werden.

94 Die SPD muss ihre Politik aus der konkreten Lebenswirklichkeit der Menschen ableiten. Jedes
95 politische Vorhaben muss sich daran messen lassen, ob es das Leben der Menschen spürbar
96 verbessert. Konkrete Alltagsprobleme wie steigende Mieten, Pflegenotstand oder marode Schulen
97 müssen im Zentrum unserer politischen Arbeit stehen. Folgende Maßnahmen halten wir für
98 unerlässlich, um die SPD wieder neu aufzubauen.

99 **Sichtbar sein in den Kiezen der Stadt!**

100 Die Präsenz vor Ort muss deutlich gestärkt werden. SPD-Abgeordnete auf allen Ebenen müssen wieder
101 mehr Zeit in ihren Wahlkreisen verbringen, zuhören und mit den Menschen ins Gespräch kommen.
102 Wir brauchen eine Aktivierung der Mitglieder für aufsuchende politische Arbeit jenseits von
103 Wahlkampfzeiten und die Schaffung von niedrigschwelligen Anlaufstellen in sozialen Brennpunkten,
104 wo Menschen konkrete Hilfe bei Alltagsproblemen erhalten können. Es braucht eine bessere
105 Verbindung zwischen städtischen und ländlichen SPD-Gliederungen und stärkere Unterstützung dort,
106 wo es an aktiven Genoss*innen mangelt. Die SPD-Abgeordneten müssen vor Ort bei den Menschen
107 sein, für die sie sich stark machen, anstatt sich in den Bestlagen zu verstecken. Das heißt auch, nicht
108 nur zu warten bis sich Bürger*innen mit Problemen melden - sondern an die Haustüren, zu den
109 Straßen- und Kiezfesten, zu den Betrieben, in die Schulen und Universitäten zu gehen und die
110 Aufgaben von dort mit in die Parlamente zu nehmen. Das ist harte Arbeit - aber sie muss stärker
111 geleistet werden.

112 **Nehmt den Generationenwechsel ernst!**

113 Die Bundestagswahl 2025 und die herben Verluste der SPD haben Löcher in den eigenen Reihen der
114 Fraktion hinterlassen. Waren 2021 noch gut ein Viertel der Fraktion junge Abgeordnete unter 35, fällt
115 darunter jetzt nur noch jedes achte Mitglied der Fraktion.

116 Wir haben viele engagierte junge Menschen bei den Jusos und in der SPD, die zeigen, dass sie
117 Verantwortung übernehmen wollen und können. Allzu oft fallen junge Menschen in der Besetzung
118 von aussichtsreichen Wahlkreisen und bei Aufstellungen von Listen hinten runter, weil "lang gediente"
119 Abgeordnete sich absichern wollen oder andere Genoss*innen nun erstmal dran seien. Die SPD darf
120 keine Versorgerpartei der eigenen Mitglieder sein! Junge Menschen wollen mit am Tisch sitzen - auf
121 allen Ebenen, sei es im Bezirk, im Land oder im Bund!

122 **Social-Media Wende jetzt!**

123 Wir brauchen eine Social-Media Wende der SPD. Mandatsträger*innen müssen in ihren Büros mehr
124 Fokus auf eine moderne Social-Media Präsenz legen und dementsprechend Personal besetzen. Auch
125 sie selbst müssen Schulungen zur Online-Kommunikation besuchen und sich regelmäßig dazu
126 fortbilden. Social-Media Kompetenz gehört im Jahr 2025 zu den Anforderungen an eine*n gute
127 Abgeordnete*n. Aber auch die Parteigliederungen haben massiven Aufholbedarf: Die Aufrufzahlen
128 etwa des Youtube-Kanals der SPD sind im Vergleich zur Parteienkonkurrenz beängstigend gering.
129 Videos, die Titel tragen wie "Rede von Olaf Scholz in Wolfsburg" oder "Endspurt! Olaf Scholz in
130 Dortmund" werden noch nicht mal die größten Parteisolat*innen erreichen. Deswegen fordern wir
131 sowohl die Mandatsträger*innen der SPD als auch jegliche Parteigliederungen dazu auf, in ihren
132 Budgetplanungen Social-Media Arbeit prioritär zu behandeln. Es braucht eine Social-Media Wende
133 der SPD!

134 **Inhalte nah bei den Menschen!**

135 Während im Wahlkampf 2021 soziale Themen, welche niedragschwellig und einfach kommuniziert
136 wurden, die inhaltliche Ausrichtung der SPD bestimmten, wurde 2025 auf eine Mischung aus
137 Deutschland-Flaggen, individuellen Appellen ("Mehr für Dich") und Übernahme der konservativen
138 Themen Migration und Wirtschaft gesetzt. Schon während der Regierungszeit der Ampel-Koalition
139 verpasste es die SPD, ihre im Wahlkampf gesetzten Narrative glaubwürdig fortzuführen. Die starke
140 Erzählung von "Respekt" für jede*n wurde nicht mehr aufgegriffen, als etwa die Grünen die soziale
141 Absicherung im Heizungsgesetz vernachlässigten oder die FDP jegliche Reform der Schuldenbremse
142 verweigerte. So wurde die SPD nicht mehr als das starke, soziale Korrektiv der Koalition
143 wahrgenommen, sondern als konturlose Streitschlichter*innen.

144 Analysen, nach denen die SPD "zu woke" im Wahlkampf gewesen sei, verkennen zum einen die
145 tatsächliche Themensetzung der SPD in den letzten Monaten und lenken davon ab, dass die SPD durch
146 die fehlende Glaubwürdigkeit in sozialen Fragen viele Menschen verloren hat - nicht durch "woke"
147 Themen. Das lässt sich auch bei der politischen Konkurrenz beobachten: Ines Schwerdtner konnte in
148 Lichtenberg die Erststimmenwahl gewinnen - weil sie gleichzeitig glaubwürdige Feministin als auch
149 Klassenkämpferin sein konnte.

150 Gute Arbeitsbedingungen, Wohnen, Infrastruktur, Bildung, Mobilität - diese Fragen bewegen die
151 Menschen im Alltag. Wenn die SPD diese Themen glaubwürdig vertritt und durchsetzungsstark
152 auftritt, wird sie gewählt. Niemand wird die SPD aufgrund ihrer Positionen zur Migrationspolitik oder
153 Wirtschaftspolitik wählen, sondern nur wenn sie ihre Kernkompetenz, den Kampf um soziale
154 Gerechtigkeit, in den Mittelpunkt stellt und bereit ist, für diesen Kampf Widerstände auszuhalten und
155 zu überwinden.

156 **Den Abwärtstrend beenden! - Für die neue Erzählung**

157 Die Sozialdemokratie wird Erfolg haben, wenn sie nah bei den Menschen ist und ihr Handeln an ihren
158 Bedürfnissen ausrichtet. In Zeiten wachsender Verunsicherung brauchen die Menschen keine
159 abgehobenen Debatten, sondern eine Politik, die ihre Alltagsorgen ernst nimmt und ihnen Sicherheit
160 und Orientierung gibt. In Zeiten der kollektiven Überforderung muss die SPD durch eine Mischung aus
161 inhaltlicher Schärfe, Engagement vor Ort, Erreichbarkeit und Niedrigschwelligkeit Nähe vermitteln.
162 Die SPD muss eine Partei sein, die man nicht nur wählt, sondern der man vertraut, weil man spürt:
163 Diese Partei steht an meiner Seite. Sie versteht meine Sorgen und kämpft für meine Zukunft. Dafür
164 braucht es eine neue, linke Erzählung.

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

O3_1/25 Antifa ist nicht gleich Antirassismus: Was wir besser machen müssen

1 Rassismus ist nicht nur ein Problem des organisierten Faschismus, sondern tief in unserer
2 Gesellschaft verankert. Er zeigt sich in alltäglichen Erfahrungen von Diskriminierung, in
3 institutionellen Strukturen und in staatlichen Gesetzen. Der Kampf gegen Rassismus darf deshalb
4 nicht allein auf den Kampf gegen faschistische Gruppen oder Ideologien beschränkt sein. Vielmehr
5 müssen wir als Jusos einen breiteren, intersektionalen und strukturellen Ansatz verfolgen. Aus
6 diesem Grund fordern wir eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit unserem Verständnis von
7 Antirassismus als Verband und einen Prozess hin zur Gründung eines Arbeitskreises (AK)
8 Antirassismus.

9 Der bestehende Fokus auf antifaschistische Arbeit ist zwar grundlegend für eine sozialistische
10 Jugendorganisation, greift aber in Bezug auf Rassismus zu kurz. Struktureller und institutioneller
11 Rassismus benötigt eine eigene Analyse und Strategie, um ihm wirksam entgegenzutreten zu können.
12 Polizeigewalt, Diskriminierung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt oder rassistische
13 Gesetzgebungen wie in der Migrationspolitik sind Beispiele für Formen von Rassismus, die nicht
14 ausschließlich mit antifaschistischen Methoden bekämpft werden können. Wenn migrantische
15 Jugendliche trotz gleicher Qualifikation keinen Ausbildungsplatz bekommen, wenn eine Schwarze
16 Person in einer Polizeikontrolle Gewalt erfährt oder wenn geflüchtete Menschen systematisch in
17 Lagern isoliert werden – dann ist das Rassismus, der nicht einfach mit Antifa-Arbeit bekämpft
18 werden kann. Ein AK Antirassismus würde sich genau mit diesen Themen auseinandersetzen und
19 politische Konzepte entwickeln, die über klassische antifaschistische Strategien hinausgehen.

20 Darüber hinaus gibt es zahlreiche Rassismusformen, die nicht direkt auf faschistische Ideologien
21 zurückzuführen sind, sondern andere historische und gesellschaftliche Ursachen haben.
22 Antimuslimischer Rassismus, Anti-Schwarzer Rassismus oder antiasiaticher Rassismus sind
23 Erscheinungen, die nicht ausschließlich im Kontext faschistischer Bewegungen betrachtet werden
24 dürfen. Gerade antimuslimischer Rassismus ist tief in der Gesellschaft verankert und weit verbreitet.
25 Wenn muslimische Frauen mit Kopftuch bei der Jobsuche diskriminiert werden, wenn pauschal von
26 "importierter Kriminalität" gesprochen wird oder wenn Politiker*innen fordern, bestimmte
27 Bevölkerungsgruppen sollten weniger Kinder bekommen – dann zeigt sich ein Rassismus, der von
28 der Mitte der Gesellschaft ausgeht. Besonders im politischen Diskurs erleben wir, wie BIPOCs immer
29 wieder instrumentalisiert und unter Generalverdacht gestellt werden. Hinzu kommt, dass
30 rassistische Äußerungen von Politiker*innen in der Öffentlichkeit nicht nur hingegenommen, sondern
31 teils bewusst eingesetzt werden, um Ressentiments zu schüren. Wenn Geflüchtete in
32 Krisensituationen als "Belastung" dargestellt werden, während gleichzeitig Arbeitskräftemangel
33 beklagt wird, zeigt sich die Doppelmoral der politischen Debatte. Dies verstärkt das Gefühl der
34 Entfremdung und Exklusion vieler Menschen, die ohnehin schon mit struktureller Diskriminierung
35 konfrontiert sind. In dem hier angestoßenen Prozess könnten diese spezifischen Formen von
36 Rassismus gezielter analysiert und in einem AK Antirassismus darüber hinaus bekämpft werden.

37 Ein weiterer zentraler Aspekt ist die intersektionale Perspektive. Rassismus ist oft eng mit anderen
38 Diskriminierungsformen wie Sexismus, Klassismus oder Ableismus verknüpft. Eine Schwarze Frau, die
39 im Bewerbungsgespräch nicht nur wegen ihrer Hautfarbe, sondern auch wegen ihres Geschlechts
40 benachteiligt wird, oder ein Geflüchteter mit Behinderung, der doppelt diskriminiert wird – das sind
41 Realitäten, die wir nicht ignorieren dürfen. Ein AK Antirassismus würde diese Verflechtungen gezielt
42 in den Blick nehmen und dazu beitragen, die Arbeit der Jusos Berlin intersektionaler und diverser zu
43 gestalten.

44 Zudem setzen von Rassismus betroffene Menschen und Organisationen oft andere Schwerpunkte als
45 klassische antifaschistische Gruppen. Viele migrantische Selbstorganisationen oder BIPOC-
46 Communities kämpfen gegen Rassismus, tun dies aber nicht immer mit einem explizit
47 antifaschistischen Fokus. Stattdessen geht es oft um Themen wie soziale Gerechtigkeit,
48 Chancengleichheit oder gesetzliche Reformen. Wir fordern eine gleichberechtigte Teilhabe in allen
49 gesellschaftlichen Bereichen, nicht nur die Bekämpfung rechtsextremer Strukturen. In dem hier
50 angestoßenen Prozess werden Strategien entwickelt, wie wir gezielt mit diesen Gruppen
51 zusammenarbeiten und ihre Belange stärker in den Fokus nehmen können. Der Aufbau derlei
52 Netzwerke wird die antirassistische Arbeit der Jusos Berlin effektiver gestalten.

53 Die Notwendigkeit eines solchen Prozesses und eines AK Antirassismus sind klar: Wir müssen
54 Rassismus in all seinen Facetten bekämpfen, intersektionale Perspektiven stärken und uns breiter
55 aufstellen, als es bisher der Fall ist. Der Kampf gegen Rassismus darf nicht nur auf der Straße
56 stattfinden, sondern muss in den Parlamenten, in der Bildungspolitik, im Alltag und in den
57 Institutionen geführt werden.

58 **Deshalb fordern wir**

- 59 • einen intensiven Prozess zur Hinterfragung unserer Antirassismus-Arbeit, dieser soll vom
60 Landesvorstand in Kooperation mit dem antragsstellenden Kreis erarbeitet werden.
- 61 • die Erarbeitung eines Grundsatzpapiers, in dem die Leitlinien unseres Antirassismus
62 festgehalten werden im Rahmen einer Sitzung des erweiterten Landesvorstands.
- 63 • eine Beschäftigung mit der Gründung eines AK Antirassismus, insbesondere in Form
64 eines entsprechenden Workshops im Rahmen der diesjährigen Verbandswerkstatt,
65 welcher vom antragsstellenden Kreis in Zusammenarbeit mit weiteren Interessierten
66 konzipiert wird.
- 67 • mittelfristig die Gründung eines Arbeitskreises Antirassismus innerhalb der Jusos Berlin,
68 der sich strukturell, institutionell und gesellschaftlich mit dem Thema auseinandersetzt
69 und somit einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung von Rassismus leistet.

Antragsbereich W: Wohnen, Bauen & Stadtentwicklung

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:
Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

W1_1/25 Wenn Law & Order, dann für Mieter*innen: Entschlossenes Vorgehen gegen Verstöße gegen das Mietrecht!

1 Berlin ist eine Mieter*innenstadt. Ungefähr über 84% der Berliner Haushalte wohnen zur Miete.
2 Allerdings sind Mieter*innen in Berlin mit vielfältigen Problemen konfrontiert. Die Mietpreise steigen
3 immer weiter an, sodass viele Menschen aus ihren Kiezen verdrängt werden. Hinzu kommt, dass es
4 viele, oftmals systematische, Verstöße gegen das Mietrecht seitens der Vermieter*innen gibt.

5 Diese Verstöße sind vielfältig. Ausgefallene Heizungen und fehlendes Warmwasser, Schimmel oder
6 genereller Verfall - die Liste der Zumutungen für Berliner Mieter*innen sind lang. Teilweise sind die
7 Mängel so gravierend, dass Häuser kaum bewohnbar sind oder sogar von der Bauaufsicht wegen
8 Einsturzgefahr evakuiert werden müssen. Mehrere Bezirke haben deswegen zentrale Anlaufstellen für
9 Bewohner*innen von sog. Problemimmobilien geschaffen. Problemimmobilien sind Immobilien, in
10 denen "zu viele Menschen in prekären Wohnverhältnissen, auf zu engem Raum oder auch in zum
11 Wohnen ungeeigneten Räumlichkeiten leben" oder auch Gebäude, die dauerhaft leer stehen, wie es
12 die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2020 in einem Leitfaden für den Umgang mit
13 Problemimmobilien beschreibt. Diese Problemimmobilien werden von den Bezirken besonders
14 behandelt und die Bewohner*innen erhalten besondere Unterstützung, zum Beispiel durch extra
15 Mieter*innensprechstunden oder Hausbesuche. Aber auch in Gebäuden, die (noch) nicht als
16 Problemimmobilien deklariert wurden, ist die Lage für viele Mieter*innen prekär. Dauerhafte Mängel,
17 wie ausgefallene Heizungen im Winter, undichte Fenster, die erst nach Monaten repariert werden,
18 belasten die Lebensqualität enorm. Neben Mietmängeln leiden viele Berliner*innen unter
19 Wuchermieten, die nicht durch gesetzliche Regelungen gerechtfertigt sind.

20 Für Mieter*innen ist das Melden von Mängeln oder Wuchermieten aber oft nicht leicht. Zum einen
21 gehören viele Immobilien in Berlin undurchsichtigen Immobilienkonzernen, deren Hausverwaltungen
22 teils schlecht oder kaum erreichbar sind. Gleichzeitig ist durch das enorme Machtgefälle zwischen
23 Vermieter*innen und Mieter*innen jede Meldung von Mängeln oder Wuchermieten auch ein Risiko,
24 da viele Mieter*innen in Berlin stets Angst um ihren Wohnraum haben. Im Falle einer Kündigung ist
25 es für viele Menschen quasi unmöglich, schnell bezahlbaren Wohnraum in ihrer Umgebung zu finden.
26 Daher meiden viele Mieter*innen, insbesondere solche, die marginalisierten Gruppen angehören, den
27 Konflikt mit ihren Vermieter*innen. Besonders hervorzuheben sind Frauen, die mit ihren Kindern aus
28 familiären Gewaltsituationen fliehen. Nach dem Aufenthalt im Frauenhaus oder anderen
29 Zwischenlösungen soll eine Überführung in den regulären Wohnungsmarkt stattfinden, der für diese
30 Gruppe schon aus verschiedenen Gründen schwer zu betreten ist. Wenn sich dann eine Wohnung
31 findet, wird eine Auseinandersetzung mit Vermieter*innen so gut wie möglich gemieden. Ihr Recht,
32 dass ihnen eigentlich zusteht, können viele Berliner*innen daher nicht einfordern. Es gibt bereits

33 einige wichtige Schritte in diesem Bereich - die vom Senat neu gegründet Mietpreisprüfstelle oder die
34 bezirklichen Beratungsstellen sind hier erfreulich Beispiele.

35 Allerdings muss von staatlicher Seite noch deutlicher stärker nachgeholfen werden. Bezahlbares und
36 menschenwürdiges Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen in Berlin, für deren Lösung auch
37 entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Meldungen von Verstößen gegen
38 das Mietrecht müssen niedrigschwelliger an die entsprechenden Stellen weitergeleitet werden, zum
39 Beispiel durch eine zentrale Anlaufstelle im Land und in jedem Bezirk oder per App, ebenso muss -
40 sofern notwendig - Rechtshilfe geleistet werden.

41 Eigentum verpflichtet. Dieser Grundsatz ist im Berliner Mietmarkt aber kaum noch zu beobachten. Für
42 uns ist klar: Wer diesen Grundsatz bei Wohnraum, der lebensnotwendig ist, dauerhaft und
43 wiederholend - also systematisch - vernachlässigt, ist ungeeignet diesen Wohnraum zu besitzen.
44 Daher sind diese Immobilien zugunsten der Mieter*innen und der Allgemeinheit zu vergesellschaften.

45 Die hier skizzierten Schritte sind nicht genug, um das enorme Wohnproblem in Berlin zu lösen, dazu
46 müssen weit mehr Schritte gegangen werden. Wir müssen feststellen: Der Markt regelt nichts mehr
47 zugunsten der Mieter*innen in Berlin. Nur neuen Wohnraum zu bauen, hilft den Menschen nicht, die
48 gerade verzweifelt eine neue Wohnung suchen oder in prekären Wohnverhältnissen aufgrund des
49 überbelegten und angespannten Wohnungsmarktes bleiben müssen. Die breite Vergesellschaftung
50 von Wohnraum, wie vom erfolgreichen Volksentscheid "Deutsche Wohnen und Co" bereits 2021
51 gefordert müssen auf Landesebene umgesetzt werden. Auf der Bundesebene ist eine dauerhafte
52 Mietpreisbremse und ein Mietendeckel dringend notwendig.

53 **Daher fordern wir von der Landesebene:**

- 54 • eine zentrale Anlaufstelle für Mieter*innen auf Landesebene, die niedrigschwellig
55 Beratungen anbieten und Beschwerden über Vermieter*innen bündelt
- 56 • rechtliche Unterstützung, falls Fälle vor Gericht gehen
- 57 • die finanzielle Unterfütterung von Stellen und weiteren Bedarf für den massiven Ausbau
58 von Mietberatungen auf Bezirksebene, die in den Bezirken zwingend umzusetzen ist
- 59 • die Einführung einer App, über die Verstöße gegen das Mietrecht gemeldet werden
60 können und an die entsprechende Stelle weitergeleitet werden, die wiederum
61 Handlungsempfehlungen (next steps) an die Mieter*innen gibt (angelehnt an die
62 Ordnungsamt-App)
- 63 • die Vergesellschaftung von Wohneigentum, wenn die Vermieter*innen systematisch
64 Mietrecht brechen
- 65 • eine konsequente Anwendung des Zweckentfremdungsverbots
- 66 • die Umsetzung des Volksbegehrens "Deutsche Wohnen und Co enteignen"

67 **Von der Bundesebene fordern wir:**

- 68 • die Möglichkeit auf Landesebene einen Mietendeckel umzusetzen
- 69 • eine dauerhafte Mietpreisbremse

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

W2_1/25 Auch Tauben haben ein Recht auf besseres Leben

1 Der Umgang mit Stadttauben ist seit Jahren ein ungelöstes Problem in Berlin. Die Stadt setzt vor allem
2 auf Vergrämungsmaßnahmen wie Stacheln, Netze oder Fütterungsverbote. Doch diese Methoden
3 sind nicht nur tierschutzwidrig, sondern auch ineffektiv. Sie vertreiben die Tiere lediglich von einem
4 Ort zum anderen, ohne die Taubenpopulation langfristig zu reduzieren. Gleichzeitig führt das Fehlen
5 eines nachhaltigen Konzepts dazu, dass sich Tauben an ungeeigneten Orten wie Balkonen,
6 Lüftungsschächten oder Bahnhöfen niederlassen, was zu hygienischen und baulichen Problemen
7 führt.

8 Andere Städte zeigen, dass es auch anders geht. Ein bewährtes Konzept ist der Einsatz betreuter
9 Taubenschläge mit kontrolliertem Ei-Austausch. Dieses Verfahren sorgt dafür, dass die Population auf
10 humane Weise schrumpft, während sich gleichzeitig die Kotverschmutzung verringert. Statt weiterhin
11 auf Maßnahmen zu setzen, die nichts bewirken, sollte Berlin endlich eine nachhaltige Lösung
12 etablieren.

Unwirksame Vergrämungsmaßnahmen ersetzen

14 Die bisherige Strategie zur Taubenregulierung setzt auf Abschreckung. Doch Netze und Stacheln lösen
15 das Problem nicht, sie verlagern es nur. Tauben sind standorttreue Tiere. Werden sie an einem Ort
16 vertrieben, suchen sie sich in unmittelbarer Umgebung neue Brutplätze.

17 Ein Netz von betreuten Taubenschlägen wäre eine nachhaltige Alternative. Die Tiere würden gezielt
18 angelockt und dort versorgt. In den Schlägen könnten ihre Eier regelmäßig gegen Attrappen
19 ausgetauscht werden, sodass langfristig weniger Jungtiere schlüpfen. Durch dieses Konzept kann die
20 Population tierschutzgerecht kontrolliert werden, ohne dass Tauben leiden oder getötet werden.

21 Ein weiterer Vorteil ist die Gesundheitskontrolle. Viele Stadttauben sind krank oder unterernährt. In
22 betreuten Taubenschlägen könnten sie medizinisch versorgt werden. Dadurch sinkt das Risiko von
23 Krankheitsübertragungen, sowohl unter den Tauben als auch in der Stadtbevölkerung.

Andere Städte machen es vor

25 In vielen Städten sind Taubenschläge längst etabliert. Ihre Erfolge zeigen, dass das Konzept
26 funktioniert.

27 In Augsburg gibt es seit über 20 Jahren betreute Taubenschläge, wodurch die Population deutlich
28 gesenkt wurde. Frankfurt am Main hat ein Netzwerk von Taubenschlägen aufgebaut, das nachweislich
29 für weniger Tauben in der Innenstadt gesorgt hat. Zürich kombiniert betreute Schläge mit
30 Aufklärungsarbeit und konnte dadurch Vergrämungsmaßnahmen fast vollständig abschaffen.

31 Berlin sollte diesen Beispielen folgen. Die Einrichtung von Taubenschlägen in allen Bezirken ist ein
32 notwendiger Schritt, um das Problem endlich sinnvoll anzugehen.

33 Taubenschläge finanziell absichern

34 Ein großes Problem ist, dass viele Kommunen zwar Taubenschläge ermöglichen, deren

35 Finanzierung aber nicht langfristig sichern. Oft sind sie auf ehrenamtliche Arbeit angewiesen und
36 können nicht in allen Stadtteilen ausreichend betreut werden. Damit Taubenschläge wirklich eine
37 Alternative zu Vergrämungsmaßnahmen sein können, braucht es eine verlässliche Finanzierung durch
38 die Stadt Berlin.

39 Wir fordern deshalb, dass die Errichtung von Taubenschlägen durch die Stadt Berlin finanziell
40 gefördert wird. Die Bezirke sollen Mittel erhalten, um Schläge einzurichten und dauerhaft zu
41 betreiben. Gleichzeitig muss es eine enge Zusammenarbeit mit Tierschutzorganisationen geben, die
42 über langjährige Erfahrung im Umgang mit Stadtauben verfügen.

43 **Zusammenfassend fordern wir daher:**

- 44 • dass die Stadt Berlin ein flächendeckendes Netz von Taubenschlägen in allen Bezirken
45 einrichtet und betreibt
- 46 • dass die Schläge in Zusammenarbeit mit Tierschutzorganisationen professionell betreut
47 werden
- 48 • dass die Finanzierung der Taubenschläge langfristig gesichert wird, um Ehrenamtliche zu
49 entlasten
- 50 • dass tierschutzwidrige Vergrämungsmaßnahmen wie Stacheln und Fütterungsverbote
51 zurückgefahren und durch nachhaltige Konzepte ersetzt werden

52 Berlin kann sich nicht länger darauf verlassen, das Problem zu verdrängen. Ein nachhaltiger Umgang
53 mit Stadtauben ist möglich – er muss nur gewollt sein.

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

W3_1/25 Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt – Für einen umfassenden Diskriminierungsschutz im Wohnungswesen

1 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. In vielen Städten steigen die Mieten,
2 während gleichzeitig der Zugang zu Wohnraum ungleich verteilt ist. Besonders Menschen mit
3 Migrationshintergrund haben es schwer, eine Wohnung zu finden. Untersuchungen zeigen: Wer einen
4 nicht-deutschen Namen trägt oder eine nicht-deutsche Herkunft hat, bekommt seltener eine Zusage
5 – unabhängig von Einkommen oder anderen Faktoren.

6 Diese strukturelle Diskriminierung führt dazu, dass bestimmte Gruppen kaum Chancen auf dem
7 Wohnungsmarkt haben. Sie werden an den Rand gedrängt, oft in Viertel mit schlechterer Infrastruktur
8 und weniger Zukunftsperspektiven. Das verstärkt soziale Ungleichheiten und befördert eine Spaltung
9 der Gesellschaft. Statt gelebter Vielfalt entstehen Räume der Exklusion. Das ist nicht nur ungerecht,
10 sondern auch integrationspolitisch fatal.

11 Wir fordern deshalb wirksame Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und eine
12 Verschärfung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im Bereich Wohnen, um allen
13 Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder ihrem Namen gleiche Chancen auf dem
14 Wohnungsmarkt zu ermöglichen.

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt beenden

15 Jede Person sollte die gleiche Chance haben, eine Wohnung zu bekommen – doch die Realität sieht
16 anders aus. Studien zeigen, dass Menschen mit ausländisch klingenden Namen deutlich seltener eine
17 positive Rückmeldung auf eine Wohnungsanfrage erhalten. Selbst in gefördertem Wohnraum sind sie
18 oft benachteiligt.
19

20 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bietet zwar grundsätzlich Schutz vor Diskriminierung,
21 weist jedoch in der Praxis erhebliche Lücken auf. So ist der Nachweis einer Diskriminierung oft
22 schwierig zu erbringen, und die Durchsetzung von Rechtsansprüchen stellt für Betroffene eine
23 erhebliche Hürde dar.

24 Internationale Beispiele zeigen, dass ein aktiver Abbau von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
25 möglich ist. Das Wiener Modell des sozialen Wohnbaus sorgt durch gezielte Förderungen dafür, dass
26 eine soziale Durchmischung gewährleistet wird, ohne diskriminierende Quoten einzuführen. Dieses
27 Prinzip sollte auch in Deutschland stärker berücksichtigt werden.

Vielfalt als Chance – Inklusive Nachbarschaften fördern

28 Migrantische Communities sind seit jeher ein Motor für kulturelle, soziale und wirtschaftliche
29 Innovationen. Restaurants, kleine Geschäfte, künstlerische Räume – sie alle entstehen oft dort, wo
30 sich vielfältige Strukturen entfalten können. Diese Vielfalt bereichert Städte und macht sie
31 lebenswerter.
32

33 Doch wenn Menschen mit Migrationshintergrund kaum Chancen auf dem regulären Wohnungsmarkt
34 haben, werden sie in bestimmte Viertel gedrängt – nicht als bewusste Entscheidung, sondern als
35 Resultat struktureller Ausgrenzung. Das verhindert echte Teilhabe und erschwert den Austausch mit
36 der Gesamtgesellschaft.

37 Anstatt Menschen bestimmter Herkunft in isolierten Vierteln leben zu lassen oder künstliche Quoten
38 zu schaffen, sollten wir inklusive Nachbarschaften fördern, in denen ein gleichberechtigtes
39 Miteinander stattfindet. Wer nicht gezwungen ist, in abgeschotteten Vierteln zu leben, hat bessere
40 Möglichkeiten, Kontakte zu knüpfen, sich gesellschaftlich einzubringen und aufzusteigen.

41 Wirksame Maßnahmen gegen Diskriminierung durchsetzen

42 Damit der Abbau von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt gelingt, braucht es wirksame
43 Kontrollen und konsequente Durchsetzung bestehender Rechte. Gleichzeitig müssen die rechtlichen
44 Rahmenbedingungen verbessert werden.

45 Diskriminierung muss leichter nachweisbar und sanktionierbar werden. Bei systematischen Verstößen
46 gegen das Diskriminierungsverbot müssen spürbare Konsequenzen folgen – sowohl bei öffentlichen
47 als auch bei privaten Wohnungsanbietern.

48 **Unsere Forderungen:**

- 49 • **Verschärfung des AGG im Bereich Wohnen:** Beweislastleichterung für von Diskriminierung
50 Betroffene, höhere Bußgelder und Entschädigungen bei Verstößen und Ausweitung des
51 Verbandsklagerechts.
- 52 • **Verpflichtende anonymisierte Bewerbungsverfahren** für öffentliche
53 Wohnungsunternehmen, um Diskriminierung anhand von Namen oder Herkunft zu
54 verhindern.
- 55 • **Eine rechtliche Prüfung**, inwiefern Vermieter*innen auch konkrete Vorgaben/Quoten
56 gemacht werden können, um soziale Durchmischung zu erreichen
- 57 • **Transparente Vergabekriterien** für Wohnraum bei allen öffentlichen Wohnungsunternehmen
58 und Förderung solcher Praktiken auch bei privaten Anbietern.
- 59 • **Testing-Verfahren zur Aufdeckung von Diskriminierung** auf dem Wohnungsmarkt:
60 Regelmäßige systematische Tests, um Diskriminierungspraktiken aufzudecken und zu
61 dokumentieren. Dabei können Betroffene Testings durchführen, jedoch soll auch der Staat
62 verpflichtende, flächendeckende Testings auf dem Wohnungsmarkt durchführen.
- 63 • **Förderprogramme für interkulturelles Zusammenleben** in Wohnquartieren, um Vielfalt zu
64 stärken und Vorurteile abzubauen.
- 65 • **Anreize für private Vermieter*innen**, die aktiv gegen Diskriminierung vorgehen – zum
66 Beispiel durch steuerliche Vorteile oder bevorzugten Zugang zu Förderprogrammen für
67 sozialen Wohnungsbau.
- 68 • **Sensibilisierungskampagnen und Schulungen** für Akteure des Wohnungsmarktes, um
69 Vorurteile abzubauen und für das Thema Diskriminierung zu sensibilisieren.

70 **Warum das wichtig ist**

71 Unsere Städte sollen Orte der Begegnung sein, nicht Orte der Ausgrenzung. Wer in Deutschland lebt,
72 sollte die gleichen Chancen auf Wohnraum haben – unabhängig davon, woher sie oder er kommt oder
73 welchen Namen sie oder er trägt.

74 Ein wirksamer Diskriminierungsschutz im Wohnungswesen sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit, eine
75 bessere Integration und eine vielfältigere Gesellschaft. Wir setzen damit ein klares Zeichen gegen
76 Diskriminierung und für eine Stadtentwicklung, die alle einbezieht.

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

W4_1/25 Wohnen ist ein Grundrecht!

1 Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ist mittlerweile zu einer der dringendsten sozialen Fragen
2 geworden. In vielen deutschen Städten, besonders in Berlin, spüren immer mehr Menschen die
3 Auswirkungen eines völlig überhitzten Wohnungsmarktes, auf dem Mieten in schwindelerregende
4 Höhen steigen. Zugleich nehmen Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit dramatisch zu. Bisherige
5 Maßnahmen, wie die Mietpreisbremse oder der Mietendeckel, stoßen immer wieder an rechtliche
6 und politische Grenzen.
7 Der Vorschlag, das Recht auf Wohnen in die Verfassung aufzunehmen, ist daher nicht nur eine
8 Reaktion auf diese Misere, sondern ein notwendiger Schritt, um die sozialen und wirtschaftlichen
9 Folgen dieser Krise zu bekämpfen. Es ist Zeit, den Zugang zu Wohnraum als Grundrecht zu verankern.
10 Ein Schritt, der über einzelne politische Maßnahmen hinausgeht und der den Staat unabhängig von
11 politischen Strömungen zu einer langfristigen Verantwortung verpflichtet.

12

Dringlichkeit einer rechtlichen Grundlage

14 In den vergangenen Jahren haben wir immer wieder erlebt, dass Maßnahmen zur Regulierung des
15 Wohnungsmarktes, wie der Mietpreisdeckel, von Gerichten für verfassungswidrig erklärt wurden oder
16 in ihrer Umsetzung massiv eingeschränkt waren. Der Bundesgerichtshof entschied beispielsweise,
17 dass die Mietpreisbremse nicht immer anwendbar sei, und auch die rechtlichen Bestimmungen zum
18 Berliner Mietendeckel wurden 2021 für verfassungswidrig erklärt. Solche Nackenschläge zeigen, dass
19 Marktregulierungen in einem rechtlichen Kontext stehen, der ihre langfristige Wirksamkeit und
20 Durchsetzung gefährdet.

21 Die Verankerung des Rechts auf Wohnen im Grundgesetz würde eine rechtliche Grundlage schaffen,
22 die eine langfristige soziale Wohnungsmarktpolitik unabhängig von den wechselnden politischen
23 Mehrheiten gewährleistet. Die Entscheidung über Wohnen und Mietpreise würde nicht mehr allein
24 der Marktlogik und politischen Mehrheitsentscheidungen unterliegen, sondern einem
25 verfassungsrechtlichen Anspruch, der der Gesellschaft und den Bürger*innen zugutekommt.

Stärkung der Sozialpolitik über Regierungswechsel hinweg

27 Die soziale Wohnraumversorgung ist zu einem politischen Spielball geworden, bei dem politische
28 Parteien und Regierungen je nach Machtverhältnissen und Koalitionen unterschiedliche Prioritäten
29 setzen. Ein gesetzlich verankertes Recht auf Wohnen würde diese politische Unsicherheit überwinden.
30 Egal, welche Regierung im Amt ist, sie wäre verpflichtet, den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum als
31 verfassungsmäßige Verpflichtung zu garantieren und regelmäßig zu überprüfen.

32 Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Staat für bezahlbaren Wohnraum und die Bekämpfung
33 von Wohnungslosigkeit nicht nur von Regierungsmehrheiten abhängig ist. Durch die Verankerung des
34 Rechts auf Wohnen im Grundgesetz würde diese Verpflichtung unabhängig von politischen Wechseln
35 bestehen bleiben, und es würde sicherstellen, dass jede künftige Regierung sich weiterhin diesem Ziel
36 verpflichtet sieht.

37 Die internationale Perspektive: Best Practices

38 Mehrere Länder haben das Recht auf Wohnen explizit in ihrer Verfassung verankert, darunter
39 Frankreich, Spanien, Portugal, Schweden, Südafrika, Brasilien, Belgien, die Niederlande und Mexiko.
40 Diese Länder erkennen Wohnen nicht nur als gesellschaftliche Aufgabe an, sondern verpflichten den
41 Staat aktiv dazu, Wohnraum bereitzustellen und soziale Ungleichheiten zu bekämpfen. In Frankreich
42 gibt es sogar ein einklagbares Wohnrecht (DALO), während Südafrika Zwangsräumungen ohne
43 gerichtliche Anordnung verbietet. Im Gegensatz dazu steht Deutschland, wo es zwar
44 Schutzmechanismen gibt (z. B. Sozialstaatsprinzip, Mieterschutz), aber kein ausdrückliches
45 Grundrecht auf Wohnen. Dies hat den Nachteil, dass der Staat keine direkte verfassungsrechtliche
46 Pflicht hat, Wohnraum bereitzustellen oder Obdachlosigkeit effektiv zu verhindern, sondern nur
47 indirekt über Sozialpolitik und Fördermaßnahmen eingreifen kann. Eine explizite Verankerung würde
48 den Rechtsanspruch auf Wohnen stärken und Bürger*innen ermöglichen, den Staat bei Verstößen
49 rechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

50 Rechenschaft durch Obdachlose und Mieter*innen

51 Ein Grundrecht auf Wohnen würde Bürger*innen das Recht geben, vor Gericht zu klagen, wenn ihre
52 Rechte verletzt werden. So könnte eine obdachlose Person klagen, wenn der Staat keine
53 ausreichenden Hilfsangebote bereitstellt. Und Mieter*innen können gegen staatliche Entscheidungen
54 (zum Beispiel unzureichende Mietregulierung) vorgehen, wenn diese zu unzumutbaren
55 Wohnbedingungen führen.

56 Weitere Bedeutung der rechtlichen Verankerung

57 So könnte die Grundgesetz-Erweiterung zur Begrenzung von Spekulation und Privatisierung auf dem
58 Wohnungsmarkt führen. Beispiele wären: So wären strengere Regeln gegen den Leerstand von
59 Wohnungen wahrscheinlich. Ein Schutz vor Privatisierungen (wie dem Verkauf kommunaler
60 Wohnungen) wäre unabdingbar. Und die Förderung von gemeinwohlorientierten Wohnprojekten
61 statt rein profitorientierter Investitionen wäre Pflicht für den Staat.

62 **Daher fordern wir:**

63 Im Artikel 14 GG bereits einen neuen Aspekt als zusätzlichen Unterabsatz, als Absatz 2a einzufügen.
64 Eine mögliche Formulierung könnte so aussehen:

- 65 ● Artikel 14 GG (Ergänzung – Absatz 2a):
66 (2a) Der Staat hat ferner die Pflicht, durch geeignete Maßnahmen den Zugang zu
67 angemessenem, bezahlbarem und menschenwürdigem Wohnraum für alle Bürger*innen zu
68 sichern. Insbesondere soll der soziale Wohnungsbau gefördert und Rahmenbedingungen
69 geschaffen werden, die einen gerechten und bedarfsgerechten Wohnungsmarkt ermöglichen.

70 Diese Variante integriert das Recht auf Wohnen in den bestehenden Kontext der Sozialbindung des
71 Eigentums, ohne die aktuelle Struktur von Artikel 14 zu stören. Sie ergänzt Absatz 2, der bereits den
72 Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ formuliert, und betont zugleich die staatliche Aufgabe,
73 Wohnraumsicherheit herzustellen.

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

Die LDK der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

W5_1/25 Studentisches Wohnen an BAföG Wohnpauschale anpassen!

1 Das BAföG unterstützt aktuell Student*innen und Schüler*innen bei ihrer Ausbildung. Student*innen
2 erhalten BAföG, wenn das Einkommen ihrer Eltern nicht ausreicht, um die Ausbildung der Kinder zu
3 finanzieren. Im BAföG enthalten sind Finanzmittel fürs Wohnen (Wohnpauschale) und für den
4 allgemeinen Lebensunterhalt (Grundbedarf). Die Wohnpauschale lag zum Wintersemester 2024/2025
5 bei 380€ - ein Betrag, mit dem es im Berliner Wohnungsmarkt nahezu unmöglich ist, eine
6 angemessene Wohnsituation zu finden. Der Vorstoß der Jusos, eine WG-Zimmer-Garantie für maximal
7 400€ einzuführen, ist dabei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, den wir hier erneut
8 unterstreichen möchten.

9 Darüber hinaus schockierend ist jedoch, dass die BAföG-Wohnpauschale in den meisten Fällen nicht
10 mal reicht, um sich designiert studentisches Wohnen in einem der durch das Studierendenwerk Berlin
11 betreuten Wohnheime zu leisten.

12 Die Aufgabe von Wohnheimen des Studierendenwerks sollte es sein, eine angemessene
13 Wohnsituation zu angemessenen für Berliner Student*innen bereitzustellen. Studentisches wohnen
14 muss wenigstens in Wohnheimen innerhalb des politisch gesetzten Finanzrahmens möglich sein.

Wir fordern daher:

- 16 - Studierendenwerke dürfen für Wohnheimplätze pro Person maximal die BAföG-
17 Wohnpauschale berechnen
- 18 - Die verringerte Wohnheimsmiete darf nicht durch Erhöhungen des Semesterbeitrags oder
19 anderer studentischer Abgaben gegenfinanziert werden
- 20 - Kosten, die über der BAföG-Wohnpauschale liegen, müssen durch Landes- oder Bundesmittel
21 ausgeglichen werden, um den finanziellen Druck auf die Studierendenwerke zu reduzieren

22 Gleichzeitig reicht es natürlich nicht aus, lediglich bestehende Angebote zu vergünstigen. Wir
23 unterstreichen demnach unsere Forderung, die Wohnheimkapazitäten in Berlin drastisch zu erhöhen.

Antragsbereich Z: Zivilgesellschaft und Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen

Antragssteller*innen: Juso-Arbeitskreis Antisemitismusbekämpfung

Die Landesdelegiertenkonferenz 25/1 der Jusos Berlin möge beschließen:

Z1_1/25 Resolution: Alle zusammen gegen den Faschismus! Trotz AfD und alledem

1 Die politische Entwicklung der letzten Jahre zeigt eine besorgniserregende Zunahme rechter und
2 rechtsextremer Strömungen in Deutschland. Die vorgezogene Bundestagswahl hat massive Gewinne
3 für die AfD gebracht, während rechte Hetze und Geschichtsrevisionismus weiter zunehmen. Diese
4 zeigen sich unter anderem in der absurden Umdeutung der deutschen Geschichte durch Alice Weidel,
5 die Adolf Hitler als "Linken" bezeichnet oder wenn Elon Musk auf offener Bühne einen Hitlergruß zeigt.
6 Ebenso bedient Markus Söder mit seiner Rhetorik antisemitische Narrative, wenn er davon spricht,
7 dass sich NGOs wie „Kraken“ in Ministerien der Grünen ausgebreitet hätten.

8 Niemals vergessen!

9 Antisemitismus ist eine der ältesten Verschwörungserzählungen und unterscheidet sich in seinem
10 Vernichtungscharakter von allen anderen Diskriminierungsformen. Seit dem Mittelalter wurden
11 antisemitische Ressentiments verbreitet, die Jüdinnen*Juden zu Sündenböcken für alles Übel auf der
12 Welt machten. Dazu gehörten zum Beispiel Erzählungen von Ritualmorden oder der Schändung
13 christlicher Hostien. Indem Jüdinnen*Juden nachgesagt wurde, Brunnen zu vergiften, wurde ihnen
14 Schuld an den Pestepidemien des Mittelalters zugeschrieben.

15 Mit der Veröffentlichung der „Protokolle der Weisen von Zion“ 1908 wurde die antisemitische
16 Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung weiter manifestiert – Narrative, die bis heute in
17 Verschwörungstheorien weiterleben, etwa in Erzählungen über die Familie Rothschild oder die
18 jüdische Kontrolle von Medien und Finanzmärkten. Die Überhöhung von Jüdinnen*Juden, die ihnen
19 angebliche Macht und Kontrolle über zentrale gesellschaftliche Bereiche zuschreibt, entmenschlicht
20 und entwürdigt sie und führte historisch immer wieder zu ihrer Verfolgung und Vernichtung.

21 Im Nationalsozialismus wurde dieser gesellschaftliche und religiöse Antisemitismus mit der
22 pseudowissenschaftlichen NS-„Rassenlehre“ verknüpft. „Jüdisch sein“ war keine Frage des Glaubens
23 mehr, sondern eine rassistische Konstruktion, die sich unter anderem auf vermeintliche äußere
24 Merkmale stützte. Im NS-Regime zeigte sich der Vernichtungscharakter des Antisemitismus in der
25 industriellen Vernichtung von Jüdinnen*Juden in Konzentrations- und Vernichtungslagern. Die sechs
26 deutschen Vernichtungslager auf polnischem Boden – Chelmo, Belzec, Sobibor, Treblinka, Majdanek
27 und Auschwitz-Birkenau – stehen stellvertretend für die Diskriminierung, Deportation und Ermordung
28 von mehr als sechs Millionen Jüdinnen*Juden sowie weiterer als „minderwertig“ erklärter Menschen.
29 **Die Shoa ist historisch einzigartig in ihrer Grausamkeit und Bedeutung und darf niemals vergessen**
30 **werden.**

31 Moderner Antisemitismus und Erinnerungskultur

32 Die Wiederkehr des Antisemitismus zeigt die massiven Lücken in der deutschen Erinnerungskultur und
33 Aufarbeitung. Die Weigerung, sich dieser Verantwortung zu stellen, verhöhnt die Opfer und
34 Überlebenden der Shoa. Seit 1945 ist mit dem sekundären Antisemitismus eine neue Form des
35 Antisemitismus zu beobachten, der sich aus der deutschen Schuldabwehr speist. Sekundärer
36 Antisemitismus leugnet die Shoa oder relativiert sie, indem sie mit aktuellen Kriegen und Katastrophen
37 verglichen wird.

38 Insbesondere von Rechten wird die Bombardierung deutscher Städte häufig zur Schuldumkehr
39 benutzt. Ein Beispiel hierfür ist der jährlich stattfindende Aufmarsch tausender Rechter in Dresden,
40 die versuchen, im Gedenken an die Opfer der Bombardierung einen Opfermythos um Deutschland zu
41 konstruieren. In der Erzählung des "Bomben-Holocaust" ignorieren sie bewusst den grundlegenden
42 Unterschied zwischen der systematischen, industriellen Vernichtung von Menschen und einem
43 symmetrischen Krieg mit zivilen Opfern.

44 Immer wieder wird Jüdinnen*Juden auch vorgeworfen, die Erinnerung an die Shoa und angebliche
45 Schuldgefühle für ihren eigenen Vorteil auszunutzen, eine haltlose und antisemitische Behauptung.
46 Weltweit leben etwa 40 % der Shoa-Überlebenden unter der Armutsgrenze, auch weil sie und ihre
47 Familien wie in Deutschland durch soziale Sicherungssysteme fallen.

48 Rechte Kräfte versuchen verstärkt, die Erinnerung an deutsche Verbrechen infrage zu stellen. So
49 werden auch vermehrt Gedenkstätten und ihre Mitarbeiter*innen zum Ziel rechter Gewalt. Nachdem
50 der Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sich während des
51 Landtagswahlkampfes in Thüringen 2024 in einem Brief an die Wählerinnen gewandt hatte, wurde er
52 massiv attackiert. Viele deutsche Gedenkstätten berichten seit Jahren von Vandalismus, zum Beispiel
53 durch das Aufmalen von Hakenkreuzen. Rechtes Gedankengut ist nicht nur eine Bedrohung für die
54 Erinnerungskultur, sondern für die gesamte Demokratie. Besonders alarmierend ist, dass führende
55 Vertreter*innen der AfD immer wieder Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlosen oder in
56 Zweifel ziehen – während ihre Partei zunehmend Einfluss auf politische Entscheidungen gewinnt.
57 Solche Entwicklungen zeigen, dass vermeintliche Solidarität mit Jüdinnen*Juden aus der AfD nicht
58 mehr als eine perfide Instrumentalisierung für die eigene rassistische politische Agenda ist, um
59 insbesondere gegen die migrantische Community zu hetzen. Gerade in ostdeutschen Bundesländern,
60 in denen die AfD in Länderparlamenten Einfluss auf die Finanzierung von Gedenkstätten oder
61 Demokratieförderung nehmen kann, ist klar, dass diese Projekte essenziell sind.

62 Die Jusos Berlin setzen sich entschieden gegen Faschismus, Antisemitismus und
63 Geschichtsrevisionismus ein. Wir werden nicht zulassen, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus
64 relativiert oder gar geleugnet werden. **Unsere historische Verantwortung endet nicht – sie**
65 **verpflichtet uns, jederzeit und überall gegen Antisemitismus und rechte Ideologien zu kämpfen.**

Antragssteller*innen: Jusos Mitte & Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge Beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Z2_1/25 Klares Bekenntnis zur Antidiskriminierung!

1 Der politische Diskurs in unserer Gesellschaft verschiebt sich immer weiter nach rechts. So sind es vor
2 allem die marginalisierten Gruppen, die von rechter Politik betroffen sind. Jüdinnen*Juden und
3 Muslim*innen wird zunehmend ein sicherer und offener Platz in der Welt durch Antisemitismus und
4 antimuslimischen Rassismus genommen. Auch in Berlin betrachten wir mit Sorgen den ansteigenden
5 Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus. Statt das der Kampf gegen jeden Antisemitismus
6 und antimuslimischen Rassismus geführt wird, müssen wir mit Schrecken ansehen, wie der Haushalt
7 des Berliner Senats, Kürzungen in der Bekämpfung von Antisemitismus und antimuslimischen
8 Rassismus beinhalten. Unter anderem werden beispielsweise Gelder für das Projekt meet2respect
9 gekürzt, wo Vertreter*innen der jüdischen und muslimischen Religion Begegnungen zwischen
10 Angehörigen von gesellschaftlichen Gruppen organisieren, deren Interessen häufig als unvereinbar
11 dargestellt werden und die einander mit einer gewissen Skepsis gegenüberstehen.

12 Auch lässt sich in Berlin feststellen, wie sich der tief verankerte antimuslimische Rassismus im Umgang
13 mit propalästinensischen Demonstrationen abbildet. Es soll nur noch dann demonstriert werden
14 dürfen, wenn die Demonstrierenden ausschließlich in Englisch oder Deutsch reden. Das schließt viele
15 Demonstrierende, die sich mit den zivilen Opfern im Gazastreifen solidarisieren wollen und weder
16 deutsch noch englisch können gänzlich aus. Das ist in einer vielfältigen Stadt wie Berlin nicht
17 hinnehmbar. Wir verurteilen antisemitische, israelfeindliche und Holocaust-leugnende Aussagen
18 sowie entsprechende Plakate auf Demonstrationen ausdrücklich. Sprachbeschränkungen lösen hier
19 jedoch keine Probleme, sondern schüren rassistische Narrative.

- 20
- Wir stellen uns gegen die Sparpläne des Berliner Senats, die Kürzungen in der Bekämpfung
21 von Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus beinhalten
 - Wir lehnen Sprechverbote auf Demonstrationen, wie zuletzt in Berlin geschehen ab, denn sie
22 sind ein Beispiel für antimuslimischen Rassismus
23

Antragssteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Z3_1/25 Die Zivilgesellschaft ist die Brandmauer!

- 1 Die Bundestagsabstimmung am 29. Januar stellt eine Zäsur in der Geschichte der deutschen
2 Demokratie dar. Erstmals seit Gründung der Bundesrepublik wurde ein Bundestags-Antrag einer
3 demokratischen Partei mit den Stimmen einer rechtsextremen Partei angenommen. Die CDU unter
4 Friedrich Merz hat diese Mehrheit weit rechts der demokratischen Mitte in Kauf genommen, um ihren
5 populistischen Kurs gegen Geflüchtete und Schutzsuchende durchzusetzen.
- 6 Bereits zu Jahresbeginn 2024 – nachdem die Rechercheplattform CORRECTIV die
7 Deportationsfantasien der rechtsextremen AfD aufdeckte – gab es in der gesamten Bundesrepublik
8 Demonstrationen für die grundgesetzlich verankerten, universellen Menschenrechte und das
9 Asylrecht.
- 10 Ein Jahr später gingen insgesamt 1,5 Millionen Menschen auf die Straße, diesmal nicht gegen die
11 menschenfeindlichen Bestrebungen der AfD, sondern gegen den Dammbbruch und den Populismus der
12 CDU und ihrer gemeinsamen Abstimmung mit Rechtsextremen. Viele zivilgesellschaftliche
13 Organisationen riefen zu eigenen Demonstrationen auf oder schlossen sich den Protesten gegen
14 Populismus, gegen Menschenfeindlichkeit und für demokratische Werte an.
- 15 Nachdem die CDU/CSU die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar 2025 trotz des
16 zweitschlechtesten Ergebnisses der Parteigeschichte gewann, stellte die Unionsfraktion am Montag
17 darauf eine Kleine Anfrage im Bundestag, in welcher sie mit insgesamt 551 Fragen die Finanzierung
18 von 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen in Frage stellte. Unter diesen Organisationen befanden
19 sich viele, die gegen den Tabubruch der Union protestiert hatten.
- 20 Unter dem Vorwand, die Chancengleichheit wahren zu wollen, unterstellt die Union den
21 zivilgesellschaftlichen Organisationen eine direkte oder indirekte Wahlkampfunterstützung und stellt
22 die Förderungen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ infrage. Durch diese Anfrage sowie
23 vorangegangene und nachfolgende Interviews schafft die CDU eine Einschüchterungskulisse, um die
24 Zivilgesellschaft von ihrem demokratischen Engagement abzubringen.
- 25 Während die Anfrage der Union in eine ähnliche Richtung geht wie eine Anfrage der rechtsextremen
26 AfD im September 2022, bedient sich die CDU rechtspopulistischen Verschwörungsmaythen von
27 Donald Trump und Viktor Orbán, indem sie von einer “Schattenstruktur, die mit staatlichen Geldern
28 indirekt Politik betreibt” spricht und so die Glaubwürdigkeit der zivilgesellschaftlichen Initiativen
29 untergraben will.
- 30 Solche Einschüchterungsversuche sind in einem demokratischen Staat nicht hinnehmbar!
- 31 In den Sondierungsgesprächen und eventuellen Koalitionsverhandlungen fordern wir daher eine klare
32 Haltung der SPD-Verhandler*innen zu den Inhalten des SPD-Wahlprogramms:
- 33 • Die Mittel für die anstehende Förderperiode des Programms “Demokratie leben!” werden
34 nicht gekürzt
 - 35 • Längerfristige Förderperioden über eine Legislaturperiode hinaus werden sichergestellt
 - 36 • Die Demokratieförderung des Bundes wird dauerhaft in Gesetzesform verankert

- 37
- 38
- 39
- 40
- Die Liste der gemeinnützigen Zwecke in der Abgabenordnung wird um einen Demokratieförderzweck und um die Förderung der Grund- und Menschenrechte erweitert
 - Es ist öffentlich klarzustellen, dass sich gemeinnützige Organisationen auch außerhalb ihrer Satzungszwecke zu tagespolitischen Themen äußern können

Antragsteller*innen: Jusos Lichtenberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

An die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses:

An die Landesgruppe Berlin der SPD Berlin:

An den Landesvorstand der SPD-Berlin:

An den SPD-Parteivorstand:

Z4_1/25 Zivilgesellschaft schützen

1 Eine lebendige und kritische Zivilgesellschaft ist ein zentraler Bestandteil unserer Demokratie. Sie trägt
2 dazu bei, politische Prozesse transparent zu machen, gesellschaftliche Debatten zu fördern und gegen
3 demokratiefeindliche Strömungen vorzugehen. Insbesondere in Zeiten zunehmender
4 gesellschaftlicher Polarisierung und rechtspopulistischer Angriffe auf demokratische Institutionen
5 bedarf es einer starken Unterstützung von Initiativen, Vereinen und Organisationen, die sich für
6 Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit einsetzen.

7 Angriffe auf die Zivilgesellschaft – eine demokratiegefährdende Strategie

8 Die jüngste Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur „politischen Neutralität staatlich geförderter
9 Organisationen“ stellt eine neue Eskalationsstufe in der politischen Auseinandersetzung um
10 zivilgesellschaftliches Engagement dar. Diese Anfrage ist nicht nur ein Versuch der Einschüchterung,
11 sondern folgt einer klaren Strategie: Sie übernimmt Narrative rechtsextremer Akteure, um Stimmung
12 gegen Organisationen zu machen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Die
13 CDU/CSU setzt dabei bewusst auf die Diskreditierung und finanzielle Schwächung der Zivilgesellschaft,
14 indem sie sie als parteiisch und „nicht neutral“ darstellt.

15 Dies ist kein Einzelfall: Rechtsextreme Netzwerke wie „Ein Prozent“ arbeiten seit Jahren gezielt daran,
16 demokratische Organisationen durch Angriffe auf ihre Gemeinnützigkeit politisch und finanziell unter
17 Druck zu setzen. Die Strategie dahinter ist klar: Wer sich gegen Rassismus, Antisemitismus und
18 Rechtsextremismus engagiert, soll als „links“ und parteiisch diffamiert werden, um so demokratische
19 Gegenwehr zu schwächen.

20 Warum die SPD jetzt handeln muss

21 Gerade nach den Wahlergebnissen der letzten Bundestagswahl ist es die falsche Strategie, die
22 Zivilgesellschaft anzugreifen – sie muss gestärkt werden. Die SPD muss sich daher in
23 Koalitionsverhandlungen und in ihrer Arbeit in der 21. Legislaturperiode klar für die Sicherung und
24 Förderung einer starken Zivilgesellschaft einsetzen.

25 Dazu gehören insbesondere:

26 1. Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes

27 Bisher sind viele demokratische Projekte auf befristete Fördermittel angewiesen. Ein
28 Demokratiefördergesetz würde ihnen langfristige finanzielle Sicherheit geben.

29 2. Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts

30 Demokratische Organisationen müssen vor politisch motivierten Angriffen geschützt werden. Es
31 braucht eine rechtliche Absicherung, damit Vereine und Initiativen, die sich für Menschenrechte und

32 gegen Rechtsextremismus engagieren, nicht durch den Vorwurf der „politischen Einseitigkeit“ ihre
33 Gemeinnützigkeit verlieren.

34 **3. Klare Positionierung gegen Einschüchterungsversuche**

35 Die SPD darf nicht zulassen, dass demokratische Akteure durch gezielte Kampagnen unter Druck
36 gesetzt werden. Sie muss sich aktiv gegen eine solche Vergiftung des politischen Klimas,
37 Diffamierungsversuche und für die Verteidigung einer kritischen Zivilgesellschaft einsetzen.

38 Zivilgesellschaftliche Organisationen sind kein politisches Feindbild – sie sind essenziell für unsere
39 Demokratie. Eine starke Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft. Die SPD muss deshalb
40 entschlossen gegen diese Angriffe Stellung beziehen und sich für eine verlässliche Förderung
41 demokratischer Initiativen einsetzen.